

Einleitung

„Mehr oder weniger an die großen Weltbegebenheiten gekettet, die ihn umringen, sinkt der Philosoph, der Staaten und Regierungsformen zum Thema seiner Meditationen machte, in dem unaufhaltsamen Strome der Zeit, wo eine Welle die andere verschlingt, mit unter. Die vortreflichsten Raisonnements über die politischen Verhältnisse der Nationen werden der Vergessenheit überliefert, sobald neue Verhältnisse das Gemüth des Beobachters an sich reißen. Nie war dieser Wechsel so auffallend sichtbar, als in dem Wirwar großer, neuer, unerhörter Revolutionen, die seit einigen Jahren, Schlag auf Schlag, die Aufmerksamkeit und das Erstaunen der Menschen herausgefordert haben.“

Friedrich Gentz, 1793

Es waren die von der Französischen Revolution 1789 eingeleiteten politischen Stürme und leidenschaftlichen Erörterungen über alle Grundfragen der Gesellschaft und staatlicher Verfassung, die einen diesem revolutionären Aufbruch feindselig gegenüberstehenden Zeitgenossen zu solchen Erwägungen veranlaßten. Friedrich Gentz äußerte sie in seiner Einleitung zu den von ihm 1793 in Berlin herausgegebenen „Betrachtungen über die französische Revolution“ von Edmund Burke. In der Widmung für den preußischen König Friedrich Wilhelm II. nannte Gentz seine Ausführungen eine heilige Pflicht für den, „der Bürger eines glücklichen Staats, und Unterthan eines guten Fürsten“ sei. Er nähre die Hoffnung, daß Ew. Königl. Majestät „sie mit einem huldreichen Blick begnadigen werden, den ich als meine höchste Belohnung ansehe. Ich verharre in tiefster Devotion Ew. Königl. Majestät allerunterthänigster Friedrich Gentz.“¹ Keine anderthalb Jahrzehnte später brach das morsche preußische Regime unter den Schlägen der napoleonischen Truppen zusammen. Noch unmittelbarer wirkten so die Ereignisse im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts auf das Schicksal des preußischen Staates, als es sich Gentz mit seinem konterrevolutionären publizistischen Vorhaben ausgemalt haben mochte.

Verdient der damalige Streit – um nochmals bei den Worten von F. Gentz zu bleiben – „zwischen der Vertheidigern der Revolutions-Systeme die man allgemein die Lobredner des Neuen flennen kann, und ihren Gegnern (welche nur gemeine [10] Unwissenheit mit Freunden der Tyrannei verwechselt)“ in unserer Zeit ein nennenswertes Interesse? Zunächst insofern, als die gegenrevolutionäre Schrift des Edmund Burke, 1790 in London erschienen, deren Nützlichkeit für die preußische Monarchie F. Gentz so hoch bewertete, weithin als Geburtsurkunde des Konservatismus im Sinne bewußt und programmatisch konterrevolutionärer weltanschaulich-ideologischer und politischer Strömung betrachtet wird. Jede seitherige politisch-wissenschaftliche Erörterung zum Konservatismus hat in dieser oder jener Weise dessen Beziehung zu einer solchen Tradition festzustellen, und sei es, um den historisch konkreten Charakter und die Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität im seitherigen Weg konservativer Ideologie und Politik nachzuweisen. Unter solcher Voraussetzung sind in historischen Rückgriffen und Vergleichen allerdings auch allgemeingültige Kriterien des Konservatismus aufzudecken. Dazu gehört nicht zuletzt der in den Sätzen von Gentz erkennbare Wesenszug, die eigene volks- und fortschrittsfeindliche Position und Zielsetzung den revolutionären Ereignissen und Bestrebungen seiner Zeit bewußt entgegenzusetzen. Wo ist die Chance des Konservatismus heute angesichts eines weltrevolutionären Prozesses, der die Französische Revolution von 1789 in die Vorgeschichte der Menschheitsbefreiung verweist? Dieser Frage soll am Beispiel der BRD nachgegangen werden. Das geschieht vor dem historischen Hintergrund vielfältiger und ausgeprägter konservativer Strömungen, Organisationen sowie Ideologen und Politiker im Deutschland des vormonopolistischen Kapitalismus und des Imperialismus. Die aktuelle Betrachtung berührt dabei nicht nur im Sinne der Tradition, sondern überhaupt des Wesens und historischen Platzes des Konservatismus notwendig solche Grundfragen des 20. Jahrhunderts wie das Schicksal des 1871 gegründeten Deutschen Reiches und das Verhältnis von Konservatismus und Faschismus.

¹ Betrachtungen über die französische Revolution. Nach dem Englischen des Herrn Burke neubearbeitet mit einer Einleitung, Anmerkungen, politischen Abhandlungen, und einem critischen Verzeichniß der in England über diese Revolution erschienenen ~Schriften, von Friedrich Gentz, Berlin 1793, S. V ff.

Die Untersuchung und Einschätzung der reaktionären ideologisch-politischen Bewegungen ist eine unerläßliche Aufgabe demokratischer Kräfte. Sie sind insbesondere notwendiges Element der theoretisch-ideologischen Arbeit der marxistisch-leninistischen Parteien, nicht zuletzt als Bedingung für die wissenschaftlich begründete Strategie und Taktik des antiimperialistischen Kampfes sowie für eine zielstrebige Bündnis-[11]politik und massenpolitische Wirksamkeit. Die Ideologie und Politik der äußersten Rechtskräfte ist dabei stets im Zusammenhang mit der Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem gesamten Herrschaftssystem der Monopolbourgeoisie zu analysieren. Nur bei diesem Herangehen sind das historisch-klassenmäßige Wesen offen reaktionärer Bestrebungen und ihre ideologisch-politische Funktion hinreichend zu erfassen.

Zugleich ist seit 1917 die Einordnung und Wertung solcher Erscheinungen innerhalb des Kapitalismus nicht mehr ausreichend, um ihren historisch-politischen Platz zu bestimmen. Der Bezug zum Charakter unserer Epoche, zu ihrem Hauptinhalt, ihren revolutionären Triebkräften und Wesenszügen ist wesentlich für die Beantwortung der Frage, was in unserer Zeit konservativ ist. Diese grundlegende Seite gewinnt heute und künftig an Gewicht, da das zugunsten des Sozialismus und aller antiimperialistischen Ströme veränderte Kräfteverhältnis, insbesondere der zunehmende Einfluß der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft, auch den Imperialismus der BRD zu verstärkter Anpassung zwingt. Frühere aggressive Projekte sind geschichtlich gescheitert, darunter die Rollback-Pläne der Jahre des „kalten Krieges“ und der über ein Vierteljahrhundert offiziell geschürte und geförderte Revanchismus. Das gilt tendenziell für den organisierten Neofaschismus, der für die Monopolbourgeoisie eine wesentliche antidemokratische Funktion erfüllt und reaktionäre Tendenzen in der gesamten Gesellschaft verstärkt. Die langjährig vorherrschenden Spielarten des Revanchismus und Neofaschismus erwiesen sich unter den innen- und außenpolitischen Bedingungen seit dem Ende der sechziger Jahre als wenig anpassungsfähig sowie unfähig und ungeeignet, die Massenbasis und den Einfluß der reaktionärsten Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie in der BRD zu festigen oder gar zu erweitern.

Die Dialektik des erzwungenen imperialistischen Anpassungsprozesses an die Welt von heute und morgen erfaßt alle ideologischen Strömungen und politischen Stützen und Repräsentanten der Monopolbourgeoisie. Das auffälligste und wirksamste Merkmal dieser Entwicklung in der BRD ist unzweifelhaft die neue Stufe der Einbeziehung der rechtssozialdemokratischen Führungskräfte in den Herrschaftsmechanismus [12] und die politische Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Jedoch werden auch die offen reaktionären, rechtsextremistischen Kräfte von diesen veränderten Voraussetzungen und Bedürfnissen des gegenwärtigen Imperialismus erfaßt und unterliegen einem objektiven Zwang, ihre ideologischen, programmatischen und politisch-taktischen Positionen zu überprüfen und zu modifizieren. So wie sich unverhüllter Revanchismus und Neofaschismus gegenüber der Offensive der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus kaum behaupten konnten, hat längst auch der klerikal-konservative, undifferenzierte und theoriefeindliche Antikommunismus der Ära Adenauer im verschärften ideologischen Kampf rapide an Einfluß verloren. Dies alles führte in den letzten Jahren zu Rückschlägen, akuten Krisen- und Zerfallserscheinungen sowie zu verschiedenen Umgruppierungen und zu ideologischen und taktischen Modifikationen der offenen Rechtskräfte.

In diesen angedeuteten Prozessen und Auseinandersetzungen ist seit dem Ende der sechziger Jahre erneut eine offene, direkte Hinwendung zu einem „neuen“ Konservatismus und zielstrebiges Bemühen um dessen politisch-moralische Aufwertung und theoretische Neubestimmung zu beobachten. Einflußreiche Gruppen orientieren sich auf die „Rekonstruktion des Konservatismus“, wie die Zielsetzung im Titel eines Sammelbandes programmatisch formuliert wurde.² Das Konservative, seit dem reaktionären Echo auf die Große Französische Revolution stets Synonym erklärter Volks- und Fortschrittsfeindlichkeit, soll als weltanschaulich-ideologische Strömung und politisches Programm erneut Profil gewinnen und gemäß heutigen Erfordernissen des imperialistischen Herrschaftssystems wirksamer aufbereitet werden. Dieser Konservatismus soll nicht mehr bloß latent und vielfarbig

² Rekonstruktion des Konservatismus, hrsg. von Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Freiburg 1972 (Sammlung Rombach N. F. Bd. 18)

verkleidet existieren, sondern als Flagge reaktionärer Offensive, als Parole der Sammlung und Mobilisierung aller konterrevolutionären, militant antidemokratischen Kräfte dienen und wesentliche ideologisch-politische Funktionen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der BRD erhalten.

Dieses reaktionäre Drängen zu einem offenen und programmatischen Konservatismus äußert sich seit dem Ende der sechziger Jahre symptomatisch in einer Reihe von Verlautbarungen, [13] Aktivitäten und Erörterungen. Zunehmend wird das Attribut „konservativ“ seitens der CSU und Gruppen der CDU, von Monopolblättern, reaktionären Publizisten und Professoren sowie rechtsextremistischen Organisationen und Publikationsorganen zur Kennzeichnung der eigenen Position und des Interesses an reaktionären Sammlungsbestrebungen beansprucht. Wiederholt kam es von den neofaschistischen Blättern bis zu den sich seriös gebärdenden Sprachrohren der Monopolbourgeoisie zu ausgiebigen und wohlwollenden Erörterungen über Notwendigkeit und Wert eines geläuterten, vermeintlich reformfreudigen, laut diesen Erörterungen von hehren Motiven geleiteten und mit diversen edlen Wesenszügen ausgestatteten Konservatismus. Er wird vor allem als weltanschaulich-ideologische Bastion gegen den Sozialismus, den Marxismus-Leninismus und alle antiimperialistisch-demokratischen Bestrebungen empfohlen. Im Jahre 1973 erreichte der Disput um den heutigen Konservatismus auch den Bundestag und wurde in den prinzipiellen und taktischen Streit über die Standortbestimmung der Bundestagsparteien einbezogen.

Schließlich formierten sich in den letzten Jahren Organisationen und Gruppen und erschienen neue Periodika, die es als ihr erklärtes Ziel bezeichnen, konservative Traditionen, Ideen und Leitbilder zu aktualisieren und zu verbreiten. Monographien und Zeitschriftenartikel zum Konservatismus (oder: Konservativismus) nahmen sprunghaft zu; sie umspannen sowohl die kritische wie die apologetische Aufarbeitung konservativer Traditionen als auch Fragestellungen nach seiner heutigen Anpassungsfähigkeit und Verwendbarkeit.

[14]

Die akute geistige Krise der CDU/CSU

„Wie auch immer der moderne Mensch den Konservatismus betrachtet, er identifiziert ihn mit geistiger Zurückgebliebenheit, nicht unbedingt im pathologischen, klinischen Sinne (obwohl auch das schon unterstellt wurde), aber ganz bestimmt im Sinne eines inadäquat angepaßten Mechanismus.“

Thomas Molnar, 1972

Mit der Niederlage der CDU/CSU und aller mit ihnen verbündeten rechtsextremistischen Kräfte der BRD in der Bundestagswahl am 19. November 1972 wurden zahlreiche Erörterungen über die Ursachen dieses Rückschlages, die geistige und politische Standortbestimmung und Programmatik dieser Parteien und der offen reaktionären Strömungen überhaupt sowie entsprechende Schlußfolgerungen ausgelöst.³ Ansätze dazu gab es bereits seit 1969, als die CDU/CSU durch die Koalition von SPD und FDP aus der Bundesregierung verdrängt wurde, in der sie seit 1949 ununterbrochen den Kanzler gestellt und die Mehrzahl der Ministersessel besetzt hatte.⁴ „Spätestens der Schock, SPD-Politiker ihre Plätze in Bonn einnehmen sehen zu müssen, hat der CDU/CSU klarwerden lassen, daß sich verändernde wirtschaftliche und wissenschaftliche, innenpolitisch-gesellschaftliche und internationale Bedingungen neue Anforderungen an ihre politische Konzeption und soziale Struktur stellen, wenn sie nicht als Regierungspartei für die ausschlaggebenden Kräfte der Großwirtschaft unbrauchbar werden soll.“⁵ Die Spekulationen auf eine relativ rasche Rückkehr in diese Positionen hatten jedoch eine tiefergehende Bestandsaufnahme und Überprüfung vereitelt. Seit Ende 1972 kann den grundsätzlichen Fragen und ihrer Tragweite für diese Parteien der Monopolbourgeoisie nicht mehr ausgewichen werden. „Die Lage war noch nie so ernst: nämlich für die CDU/CSU.“ So resümierte ein großbürgerliches Blatt die Situation.⁶

Von Repräsentanten der Monopolbourgeoisie und ihrer Ver-[15]bände bis zu den neofaschistischen Akteuren nehmen alle Strömungen und Gruppierungen der offenen Rechten der BRD an diesen Auseinandersetzungen teil. Sie stimmen im militanten Antikommunismus, in nationalistischen und fortschrittsfeindlichen Grundpositionen überein. Unter diesen Vorzeichen werden partielle Interessengegensätze ausgefochten, graduelle und taktische Differenzen zu angeblichen Alternativen hochstilisiert, Cliques und „Hausmächte“ formiert und politische und personelle Intrigen eingefädelt. Rainer Barzels Karriere scheiterte zunächst in dieser Krisis, wiewohl sein Aufstieg zum Parteivorsitzenden selbst Symptom der Ungeistigkeit der CDU war. Das Gesamtbild dieser Parteien wird weitgehend von Unsicherheit und Meinungsverschiedenheiten beherrscht. Die Schwankungen und Differenzen traten gegenüber den Verträgen von Moskau, Warschau, Berlin und Prag seit 1970, zum Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971, bezüglich der Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO, hinsichtlich der Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz und der Beteiligung der BRD sowie in anderen Fragen der internationalen Politik zutage. Im Streit um das gesellschaftspolitische Konzept geht es darum, ob sozialdemagogische, reformistische und pseudoliberalen Elemente im Interesse erhöhten innen- und außenpolitischen Handlungsspielraums verstärkt oder im Sinne der Strauß, Dregger, Springer die rechtsextremistische Ambition und Profilierung vorangetrieben werden sollen – oder inwieweit aus beiden Linien eine Kombination entwickelt werden kann. In jedem Fall wirkt der Zwang, sich weltanschaulich-ideologisch, programmatisch und politisch-taktisch effektiver

³ In der Bundestagswahl 1969 hatten die Rechtsparteien CDU/CSU und NPD mit insgesamt 50,4 0/0 noch die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewonnen, wobei die NPD (4,3 0/0) auf Grund der 5-Prozent-Klausel kein Mandat erhielt und die CDU/CSU mit 242 Abgeordneten gegenüber SPD und FDP mit 254 in der Minderheit blieb. 1972 erhielten CDU/CSU (44,9%) und NPD (0,6%) gemeinsam nur noch 45,5% der Stimmen = 225 Mandate der CDU/CSU gegenüber 230 der SPD und 41 der FDP. Vgl. zur Einschätzung: Horst van der Meer, Bundestagswahlen in der BRD, in: IPW-Berichte, Berlin, 1/73, S. 42 ff.

⁴ Vgl. zu den seitherigen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU: Klaus-Dieter Hoefl, Der Versuch zur Neuformierung der CDU/CSU, in: Einheit, Berlin, 1/1970, S. 117 ff.; Klaus Hoefl/Harry Köhler, Zum Parteitag der CDU (25. bis 27.1.1971), in: dokumentation der zeit, Berlin (im folgenden: ddz) 3/1971, S. 12 ff.; dies., BRD: Die Formierung der CDU. Vom 18. zum 19. Parteitag, ebenda, 1/1972, S. 3 ff.; Manfred Behrend, BRD: Parteitag der CSU (Oktober 1971), ebenda, S. 15 ff.

⁵ Karl D. Bredthauer, Zur Lage der CDU/CSU nach den Parteitagen in Saarbrücken und München, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 11/1971, S. 1127 f.

⁶ Kurt Reumann, Schwierigkeiten beim Bekenntnis zur Union, in: Frankfurter Allgemeine, 27. Januar 1973.

an veränderte innere und äußere Bedingungen anzupassen. Das Dilemma besteht darin, angesichts der rasch zunehmenden Ausstrahlung der Ideen und der Wirklichkeit des Sozialismus die kapitalistische Ausbeuterordnung wirksam zu rechtfertigen und für sie auf dem äußersten rechten Flügel reaktionäre ideologische Gegenoffensiven zu führen, die die friedensfeindliche und antidemokratische Politik motivieren und rechtfertigen sollen.

Die geistige Sterilität der CDU/CSU hat sich keineswegs erst in den letzten Jahren ergeben. Sie ist vielmehr von Anbeginn Wesensäußerung ihres historisch-klassenmäßigen Auftrags bei der Restauration, Rechtfertigung und Mitverwaltung der Mono-[16]polherrschaft in der BRD, gegen Demokratie, gesellschaftlichen Fortschritt und Sozialismus. Herbert Bertsch hat dies im Zusammenhang mit den ideologischen Hauptlinien der CDU/CSU in der Nachkriegsperiode dargestellt, insbesondere bezüglich ihres Antikommunismus, der Europaideologie und der katholischen Soziallehre.⁷ Rüdiger Altmann wies als publizistischer Parteigänger der langjährigen Regierungsparteien bereits gegen Ende der Kanzlerschaft Konrad Adenauers auf diesen Wesenszug der CDU hin: „Ihre Kontakte zum geistigen Leben sind in erschreckendem Maß geschrumpft, und wo sie noch vorhanden sind, haben sie keine Spannkraft mehr.“ Und weiter: „So verbreitet sich in Partei, Fraktion und Regierung der Kanzlerdemokratie eine geistige Leere, die mit einer würzlosen Emulsion von Opportunismus und Fügsamkeit ausgefüllt wird.“⁸ Altmann wollte damit Führung, Mitglieder und Anhänger der CDU warnend auf die möglichen Wirkungen dieser Situation nach Adenauer hinweisen. Die jüngsten Entwicklungen bestätigen, wie stichhaltig jene reaktionäre Besorgnis um den weltanschaulich-ideologischen Habitus und damit die künftige politische Behauptung der CDU/CSU waren. Konrad Adenauer hat mit seinen inzwischen publizierten Erinnerungen selbst endgültig jegliche Vermutung zerstreut, daß sein politischer Weg seit 1945 sich in irgendwelchen nennenswerten Bindungen zu geistigen Strömungen, zu theoretisch-ideologischen Reflexionen und vorwärtsgerichteten Leitbildern seiner Zeit über Gesellschaft, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Zukunft usw. befunden hätte.

Im Bericht an den CDU-Parteitag in Mainz im November 1969 stellte der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, fest, daß die Partei den Kontakt zur Intelligenz verloren habe. Während des Bundestagswahlkampfes 1972 war das Fehlen politisch mobilisierender Ideen nicht zu übersehen. „Die Delegierten des 20. Bundesparteitages der CDU finden sich in der veränderten Welt noch nicht zurecht. ... dieser CDU-Wahlkampf lebt nicht vom Enthusiasmus der Mitglieder, er lebt von den Industrie-Millionen, die in den Werbeagenturen umgesetzt werden.“⁹ Walther Leisler Kiep, Schatzmeister, Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der außenpolitischen Kommission der CDU, erklärte unter dem Eindruck des Bundestagswahlergebnisses: „Diesmal zwingt uns das Ausmaß unserer Nieder-[17]lage alle zu einer langfristigen Oppositionsstrategie. Die Union muß nachdenken, nachdenken und nochmals nachdenken ... Entscheidend wird die Diskussion um unsere politische Linie sein ...“¹⁰ Leisler Kiep ist ein führender Vertreter der Anhänger eines flexibleren Kurses der CDU, vor allem in der internationalen Politik.

Der rechtsextremistische Flügel der CDU/CSU drängt auf eine entschieden reaktionäre Ideologisierung und Programmatik. In diesem Sinn forderte Herbert Kremp in einem Blatt des Springerkonzerns von der CDU-Führung einen „Wertekatalog der Nation, der nationalen und der sozialen Solidarität“.¹¹ Wenig später kritisierte er „den unpräzisen Umgang der CDU mit Prinzipien“, den Verlust der „geistigen Führung“ und verlangte: „Die Partei selbst muß die Prinzipien, die in Töne gehüllt einher-schreiten, genau untersuchen.“ Als zentrale „Prinzipien“ wurden exemplarisch „Marktwirtschaft“, „Mitbestimmung“, „Vermögensbildung“, „Leistungsprinzip“, „Freiheitsbegriff“, „Solidarität“ genannt.¹² Wiederholt wurden in diesem Springerblatt Franz Josef Strauß und die CSU-Führung sowie

⁷ Herbert Bertsch, CDU/CSU demaskiert, Berlin 1961, bes. S. 197 ff.

⁸ Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers. Eine Bilanz, München 1963, S. 8 f.

⁹ Gerhard Ziegler, Das Elend der CDU: Viele Füße und kein Kopf, in: Frankfurter Rundschau, 11. Oktober 1972.

¹⁰ „Wir müssen weg von der Klagemauer“. Ein ZEIT-Interview mit dem CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, in: Die Zeit, Hamburg, 1. Dezember 1972.

¹¹ Herbert Kremp, Ein Resultat des Glaubens, in: Die Welt, Ausg. B, 21. November 1972.

¹² Ders., Über den unpräzisen Umgang der CDU mit Prinzipien. Anpassung an Brandts „Neue Mitte“ ist für die Union kein Weg, ebenda, 23. Januar 1973.

der hessische CDU-Vorsitzende und CDU-Vorstandsmitglied Alfred Dregger als beispielhaft für die ideologisch-politische Orientierung der gesamten CDU/CSU genannt. Auf dem CDU-Sonderpartei-tag im Juni 1973 forderte der neue Parteivorsitzende, Helmut Kohl, ebenfalls nachdrücklich theoretische Arbeit und orientierte auf eine bewußte geistige Standortbestimmung und Besinnung auf die politischen „Werte“ der Partei.

Die akute, von den geschichtlichen Voraussetzungen und klassenmäßigen Grundlagen her unlösbare ideelle und politisch-moralische Krise der CDU/CSU ist Symptom der allgemeinen Krise des gegenwärtigen Kapitalismus und speziell der bürgerlichen Ideologie sowie des verschärften ideologischen Kampfes in unserer Zeit. Sie ist insofern Äußerung der Zersetzung und unvermeidlichen Diskreditierung offen reaktionärer Ideologie und Politik überhaupt. G. A. Arbatow sprach von der „Ideenarmut der gegenwärtigen Bourgeoisie“ und stellte fest: „Die Krise der bürgerlichen Ideologie hat tiefe Wurzeln, die mit der veränderten historischen Stellung der Bourgeoisie, ihrer Verwandlung in eine reaktionäre, den gesellschaftlichen Fortschritt hemmende Klasse zusammenhängen. [18] Unter diesen Bedingungen geraten die Interessen und das Streben der Mehrheit der Bevölkerung in Konflikt mit den Ideen und Anschauungen, die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschen.“¹³ Aus dieser Charakteristik folgt auch, daß die Krisenerscheinungen der bürgerlichen Ideologie in der Regel zunächst und am schärfsten bei den reaktionärsten ideologisch-politischen Strömungen und Gruppen auftreten, in denen die allgemeinen antidemokratischen Wesenszüge und Folgerungen des Imperialismus ihren entschiedensten Ausdruck finden. Deren rückläufige Tendenz und Defensive ist daher nicht nur ein partieller Erfolg über die reaktionärsten Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie, sondern bereits Moment und Vorwegnahme der generellen ideell-politischen Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Ideologie und des Verfalls ihrer Massenbasis. Allerdings verläuft dieser Prozeß keineswegs geradlinig, und die zeitweilige oder regionale Rückgewinnung oder Erweiterung von Einflußsphären der äußersten Rechten kann in einem einzelnen kapitalistischen Land wie im imperialistischen Weltsystem keineswegs ausgeschlossen werden.

Auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED zum 125. Jahrestag des „Manifests der Kommunistischen Partei“ im März 1973 in Berlin erklärte Kurt Hager: „Durch den siegreichen Vormarsch der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus wurde die Bourgeoisie mitsamt ihrer Ideologie historisch in die Defensive gedrängt.“ Er wies darauf hin, daß der wissenschaftliche Kommunismus seit dem Erscheinen seiner Geburtsurkunde schon viele Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie überdauert hat. „Dieser Verschleiß an Theorien und Konzeptionen ist ein deutliches Kennzeichen der Krise und des Bankrotts der bürgerlichen Ideologie. Und immer wieder werden neue Varianten der antikommunistischen Ideologie entwickelt.“¹⁴

Die Aufwertung traditioneller volks- und fortschrittsfeindlicher Strömungen wie des Konservatismus ist eine unvermeidliche Begleit- und Folgeerscheinung der unentwegten Herstellung neuer Modetheorien und ihres beschleunigten moralischen Verschleißes. In den Auseinandersetzungen innerhalb der Rechtskräfte der BRD behaupten sich nunmehr seit geraumer Zeit auch die Verfechter eines programmatischen Konservatismus und gewinnen als modifizierte rechtsextremistische Variante [19] in den gesellschaftstheoretischen und strategischen Erörterungen an Einfluß. Sie wollen im Konservatismus den Schlüssel zur gültigen Daseins- und Standortbestimmung des Menschen im letzten Viertel unseres Jahrhunderts entdeckt haben; mit seinen Traditionen, seinem weltanschaulichen Gehalt und seinem Wertekatalog könne allein er dem Marxismus-Leninismus als ernsthafte Alternative entgegenwirken. Die Propagandisten und Organisatoren eines „modernen“ Konservatismus finden bei ihren Aktivitäten einflußreiche Förderer.

[20]

¹³ G. A. Arbatow, Ideologischer Klassenkampf und Imperialismus, Berlin 1972, S. 160.

¹⁴ Kurt Hager, Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ und der revolutionäre Weltprozeß, Berlin 1973, S. 48, 50.

Ideologisch-politische Triebkräfte des Dranges zum Konservatismus

„Meiner Meinung nach hat der Mensch inmitten einer dem Kult des Nützlichen ergebenen Gesellschaft den eigentlichen Halt seiner geistig-moralischen Existenz vielfach verloren ... Dies hat zu einer Gesellschaftskrise geführt, die immer dort gedeiht, wo der Humus einer festen Lebensordnung und Gemeinschaftsgesinnung ausgewaschen ist, wo es zu einer sozialen Erosion kommt.

Insgesamt gesehen steht der Mensch heute vor der Frage: Was ist der Sinn des Lebens? Die Antwort hierauf wird immer dringender. Sie ist m. E. die einzige Chance, den Menschen zu nichtmateriellen Werten zurückzuführen.“

Ernst W. Mommsen, 1973

Das verstärkte Bemühen um den Konservatismus wäre in Ursache und Wesen unterschätzt, wenn darin nur der terminologische Nachholebedarf eines längst vollzogenen historisch-politischen Prozesses gesehen würde. Es würde andererseits überschätzt, wenn es als durchgängige Abkehr von modischen Gesellschaftstheorien interpretiert und dahingehend gedeutet würde, als ob in der Welt von heute und angesichts der scharfen inneren Widersprüche im Kapitalismus die Monopolbourgeoisie als Klasse auf den weltanschaulich-politischen Boden eines zeitgemäß aufbereiteten, im Wesen rechtsextremistischen Konservatismus zurückkehren und allein auf dieser Grundlage eine wirksamere soziale und ideologisch-politische Strategie entwickeln könnte.

Die Ursachen und Anlässe für die verstärkte Mobilisierung erklärt konservativer Ideologie und Politik liegen in der Gesamtentwicklung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der BRD unter den Bedingungen des Übergangs zu einer möglichst dauerhaften Friedensordnung in Europa begründet. Es sind Äußerungen des Klassenkampfes, in denen sich veränderte objektive Voraussetzungen sowie daraus resultierende neue politisch-ideologische Bedürfnisse der Monopolbourgeoisie widerspiegeln. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, sagte bei der Einschätzung aktueller Tendenzen des Klassenkampfes in den imperialistischen Ländern, daß es der Monopolbourgeoisie in einigen Ländern immer schwerer fällt, „ihre Macht mit den bisherigen Mitteln aufrechtzuerhalten und [21] die gesellschaftspolitische Entwicklung in ihrem Sinne unter Kontrolle zu halten“, während die antiimperialistischen Kräfte noch nicht genügend auf die Eroberung der politischen Macht vorbereitet sind. „Auf diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund wächst das Streben der herrschenden Monopolbourgeoisie nach Abbau der bürgerlichen Demokratie, nach ‚innerer Aggression‘, wächst der Drang nach faschistischen Herrschaftsmethoden.“¹⁵

Ein internationales wissenschaftliches Symposium über „Neue Formen der faschistischen Gefahr, der wachsenden Reaktion und die Wege ihrer Bekämpfung“ in Essen (BRD) bekräftigte die prinzipielle marxistisch-leninistische Auffassung über das Fortbestehen der Wurzeln und Triebkräfte des Faschismus und jeglichen Rechtsextremismus im Imperialismus der Gegenwart. Dabei wurde auf sozialökonomische und sozialstrukturelle Faktoren hingewiesen, die heute rechtsextremistische Bestrebungen verursachen oder begünstigen, darunter die Herausbildung des Militär-Industrie-Komplexes und der Ausbau des Machtapparates der herrschenden Klasse.¹⁶ In einer aktuellen Untersuchung der „Rolle von Gewalt und Gewaltandrohung“ sowie der „Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens“ als unabdingbarer Elemente imperialistischer Integrationspolitik in der BRD wurden solche bestimmenden klassenmäßigen Triebkräfte dargestellt.¹⁷ Aus ihnen erwachsen ausgeprägt reaktionäre weltanschaulich-ideologische Interessen und Erfordernisse, das Streben nach größerer politischer Stabilität in der Machtausübung und militant antikommunistischer Manipulierung der Werktätigen.

G. Diligenski wies bei den Tendenzen in der Ideologie und Politik des gegenwärtigen Kapitalismus nachdrücklich auf diese Momente hin. Danach sei „die reformistische Tendenz in der bürgerlichen Politik“ keineswegs die einzig mögliche: „Die sich vertiefende allgemeine Krise des Kapitalismus ruft gleichzeitig in der bürgerlichen Politik und Ideologie eine Verschärfung offen reaktionärer,

¹⁵ Erich Honecker, Unter dem Banner des Internationalismus. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1972, S. 311.

¹⁶ Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr. Internationale Diskussion von Marxisten, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 4 und 5, April und Mai 1973, S. 471 ff., 619 ff.

¹⁷ reformieren, manipulieren, integrieren – Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang, Berlin 1973, S. 61 ff., 169 ff. S. auch: Thesen des Düsseldorfer Parteitag der DKP, Düsseldorf (o. J.), bes. Thesen 1-7, 17-26.

ultrarechter Tendenzen sowie das Bestreben des konservativsten Teils der herrschenden Klasse hervor, sich mit einem Schlage von allen zunehmend komplizierter werdenden gesellschaftlichen Problemen zu befreien ...“¹⁸ In analoger Weise sprach W. Knjashinski im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus in [22] Europa von einem „äußerst reaktionären, militärischen Flügel, dessen Vertreter besonders aggressiv“ auftreten, und nannte dabei „vor allem die Führer der christlichen Demokraten in der BRD vom Typ des Franz Josef Strauß und der Konservativen in Großbritannien“.¹⁹

Die Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder erklärten im Ergebnis ihres Treffens am 30. und 31. Juli 1973 auf der Krim, daß die Politik der friedlichen Koexistenz zunehmend Unterstützung findet. Sie wiesen zugleich auf das andauernde Wirken von friedens- und verständigungsfeindlichen Kräften hin, „die, im Geiste des ‚kalten Krieges‘ handelnd, sich der internationalen Entspannung widersetzen und für das Anwachsen der Kriegsvorbereitungen sowie für das ‚Aufblähen der Kriegsbudgets eintreten““. Gegenüber dieser Politik sei stete Wachsamkeit geboten, nicht zuletzt hinsichtlich der Versuche zur Untergrabung der Positionen des Sozialismus.²⁰ In dieser marxistisch-leninistischen Analyse erweist sich, daß Lenins Aussagen über zwei grundlegende, miteinander kombinierte Methoden des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung und den Sozialismus gültig und äußerst aktuell sind. Das gilt auch für seine Einordnung der Methode der „Gewalt, Verfolgungen, Verbote, Unterdrückung“ in den Klassenkampf: „Überall – in den fortgeschrittenen Ländern weniger, in den zurückgebliebenen mehr – gibt es Schichten und Gruppen der Bourgeoisie, die dieser Methode den Vorzug geben, und in gewissen, besonders kritischen Momenten des Kampfes der Arbeiter gegen die Lohnsklaverei vereint diese Methode die *gesamte* Bourgeoisie, alle ihre Schichten.“²¹ Diese Wesensbeziehung der imperialistischen Bourgeoisie als Klasse zur offen reaktionären Politik ist außerordentlich bedeutsam für die Gesamteinschätzung ihrer Ideologie und Politik und bei der Analyse der jeweils gegebenen bzw. möglichen oder wahrscheinlichen Verknüpfung der beiden hauptsächlichen Methoden ihres Kampfes gegen die Kräfte des Fortschritts.

Neben allgemeinen Wesensmerkmalen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und internationalen Faktoren wirken auch spezifische historisch konkrete Umstände auf die Umgruppierung der offenen Rechtskräfte in der BRD ein, die ihrerseits den Drang zum offenen Konservatismus forcieren. Einige Hauptmomente sind im folgenden zu skizzieren:

[23] Der Antikommunismus war als Staatsdoktrin der BRD von Anbeginn außerordentlich militant. Er ist unverändert die ideologische Hauptwaffe der imperialistischen Bourgeoisie. Mit dem veränderten Kräfteverhältnis in der internationalen Arena erhielten flexiblere Spielarten des Antikommunismus für die herrschende Klasse eine zunehmende Bedeutung, nicht zuletzt in Gestalt der rechtssozialdemokratischen Ideologie und Politik. Daraus folgt jedoch keineswegs ein steter Abbau der rechtsextremistischen Varianten des Antikommunismus. Vielmehr wirkt die im Imperialismus gesetzmäßige Tendenz der Existenz und Aktivität reaktionärster Gruppen, Ideologien und politisch-taktischer Konzeptionen ständig stimulierend auf die Reproduktion des Konservatismus und Neofaschismus. Die flexibleren, pseudoliberalen Spielarten des Antikommunismus werden von der herrschenden Klasse durch offenen Rechtsextremismus beeinflusst, nicht zuletzt, um den wachsenden Einfluß des existierenden Sozialismus und des Marxismus-Leninismus sowie den Druck antiimperialistisch-demokratischer Kräfte zu kompensieren. Schließlich kann und will die Monopolbourgeoisie auf Grund ihrer historisch-klassenmäßigen Situation nie grundsätzlich oder definitiv auf die Drohung oder die Anwendung offen diktatorischer und terroristischer Mittel zur Machterhaltung verzichten. Die entsprechenden weltanschaulich-ideologischen und politischen Motivationen werden daher von

¹⁸ G. Diligenski, Die bürgerliche Ideologie und die soziale Strategie des Kapitalismus, in: Kommunist, Moskau, 3/1973 (Zit. nach dem Wortlaut in: Presse der Sowjetunion, Berlin, 19/1973, S. 16).

¹⁹ W. Knjashinski, Zusammenschluß der sozialistischen Gemeinschaft und die Krise der Strategie des Antikommunismus, in: Neues Deutschland, Berlin, 6. Juni 1973.

²⁰ Neues Deutschland, 1. August 1973.

²¹ W. I. Lenin, Die Methoden des Kampfes der bürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiter, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1965, S. 462.

ihr stets in dieser oder jener Form, Potenz usw. bewahrt. Der Antikommunismus konservativ-nationalistischer Prägung erhält in diesem weiteren Zusammenhang gegenwärtig und künftig seine spezifische ideologische Funktion.

Die offene und organisierte neofaschistische Strömung des Rechtsextremismus, die direkt an die hitlerfaschistische Bewegung und die Nazidiktatur anknüpft, war und ist eine bedenkliche Erscheinung in der politischen Struktur des Imperialismus der BRD. Infolge progressiver Tendenzen in der internationalen Politik und in den Klassenkämpfen im Innern ist die Wirksamkeit der neofaschistischen Strömung diskontinuierlich, für die antikommunistische Massenbeeinflussung beeinträchtigt und insgesamt in ihrer Massenbasis für die herrschende Klasse unzureichend. Das äußerte sich auffällig in den Rückschlägen der NPD bei den Landtagswahlen seit 1970 und im Ergebnis der Bundestagswahl 1972. Unter diesen Voraus-[24]setzungen gewinnen massenwirksamere und anpassungsfähigere Varianten des rechtsextremistischen Antikommunismus und Nationalismus zunehmende Bedeutung. Dies bedeutet andererseits keine definitive Abkehr des Großkapitals und seiner Repräsentanten vom Neofaschismus. Er bleibt unter den gegebenen sozialökonomischen Voraussetzungen, auf Grund reaktionärer klassenmäßiger Interessen und strategischer Erwägungen eine politische Reserve und ein eindeutig antidemokratisches Potential der imperialistischen Bourgeoisie.

Der ausgesprochen militante Revanchismus war für die herrschende Klasse der BRD bis weit in die sechziger Jahre ein tragendes Element der antikommunistischen und rechtsextremistischen Bewußtseinsbildung. Mit seinem geschichtlichen Scheitern verlor er die frühere programmatische und massenpolitische Funktion zugunsten des Rechtsextremismus. Er bleibt in modifizierten Erscheinungsformen Bestandteil der langfristig konzipierten Aggressionsstrategie der Monopolbourgeoisie, insofern auch Wesenszug der konservativen Gruppierungen und ihrer politischen Programme. Zugleich soll die rückläufige Wirkung des herkömmlichen Bonner Revanchismus durch andere weltanschaulich-ideologische Komponenten im Konservatismus kompensiert werden.²²

Der Nationalismus der herrschenden Klasse der BRD ist eine wesentliche Triebkraft des Konservatismus. Gerade in der Geschichte des imperialistischen Deutschlands schloß der Konservatismus den Nationalismus stets bis zu den chauvinistischen Spielarten ein. Ihr Klassenwesen begründet jene gemeinsame Feindseligkeit zur objektiven sozialkritischen Analyse, die sich nicht zuletzt in der Irrationalität mystifizierter Kategorien wie „Volk“, „Vaterland“ oder „Nation“, „Staat“, „Autorität“, „Tradition“, „Ordnung“, „Ehre“, „Treue“, „Pflicht“ usw. äußert. Solche Wesenszüge verbinden zugleich Konservatismus und Nationalismus mit dem Militarismus. Die Militarisierung in der BRD und die führende Mitwirkung an der aggressiven NATO-Politik sind Quellen und Impulse konservativen Denkens und Handelns, wie sie nicht zuletzt in der militaristischen Traditionspflege der Bundeswehr und des Bonner Staates sichtbar werden. In den neueren konservativen Zusammenschlüssen und Periodika nehmen die Interessen des Industrie-Militär-Komplexes einen vorrangigen Platz ein. Es entspricht somit der [25] geschichtlichen Kontinuität wie ihrem Ursprung, dem Fortbestehen entsprechender sozialer Bedingungen und Bedürfnisse, daß der Konservatismus der Gegenwart in der BRD ausgeprägt nationalistisch und militaristisch ist.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß sich auf Grund des erfolgreichen Voranschreitens des Sozialismus, seiner nachhaltigen Wirkung auf alle revolutionären Strömungen und Bewegungen und infolge der Offensive des Marxismus-Leninismus die weltanschaulich-ideologischen Auseinandersetzungen des Klassenkampfes verschärfen. Die Krise der bürgerlichen Ideologie äußert sich im raschen Wechsel und Verschleiß modischer Theorien ebenso wie in der Bewahrung und Belebung traditioneller reaktionärer Grundlinien. Gerade die letzteren sollen solche Forderungen erfüllen wie

- den Antikommunismus mit scheinbar positiven Werten, Zielen und Leitbildern anzureichern,

²² Zugleich bestehen die traditionellen Revanchistenverbände fort und übernehmen unter veränderten Bedingungen Funktionen im Rechts-block; vgl. dazu: Hans Ohly, Der „Bund der Vertriebenen“ — Stoßtrupp der Unversöhnlichkeit, München (o. J.) (Schriftenreihe des „Pressedienstes der Demokratischen Aktion“, 7); Georg Herde, Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 4/1972, S. 352 ff.; ders., Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge, ebenda, 3/1973, S. 290 ff.

- das in der Geschichte und in Traditionen wurzelnde latent vorhandene Potential reaktionärer Bewußtseinsbildung zu aktivieren und politisch nutzbar zu machen,
- verstärkt weltanschauliche Elemente auszuformen, die den reaktionären Klerikalismus einschließen, jedoch nicht überwiegend von ihm getragen werden. Die infolge vielschichtiger Säkularisierungstendenzen sowie politischer Polarisierung innerhalb der konfessionellen Lager rückläufige Wirkung des politischen Klerikalismus soll nicht zuletzt durch Normen und „Werte“ konservativer Prägung kompensiert werden.

Der ausgeprägte Bezug konservativen Denkens auf angeblich zeitlose und klassenmäßig indifferente grundlegende „Werte“ erscheint geeignet, reaktionäre Ideologie und Politik heute und ihre Hauptelemente, wie aggressiven Antikommunismus, Nationalismus und Militarismus, wirksamer zu fundieren und als gesellschaftspolitische Alternative zugunsten des imperialistischen Herrschaftssystems auszuarbeiten.

[26]

Die CSU als Vorreiter des Konservatismus

„Ich bitte weder um Sympathie noch um Mitleid, aber ich war in meinem Leben nie ein Rechter – ich bin es auch heute nicht, geschweige denn rechtsradikal – wozu man mich abstempeln will.“

Franz Josef Strauß, 1972

In der Ideologie und Politik der Monopolbourgeoisie der BRD stellt der Konservatismus keineswegs ein Novum der letzten Jahre dar. Er war von Anbeginn Wesenselement der imperialistischen Restauration und setzte entsprechende reaktionäre Traditionen fort. Das erfolgte vorrangig in der klerikal-konservativen Spielart der Ideologie und Politik jener Periode, die mit der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer, also der uneingeschränkten Dominanz der CDU/CSU im Staatsapparat und im innenpolitischen Leben, verbunden war. Die Traditionslinien, das reaktionäre Erbe und die volks- und fortschrittsfeindlichen Grundbestandteile des Konservatismus gehörten von Anbeginn – teilweise verdeckt und modifiziert – zu den weltanschaulich-ideologischen Grundlagen und zum politischen Programm des wiederhergestellten monopolkapitalistischen Herrschaftssystems.

Vor allem von der CSU unter ihrem Vorsitzenden F. J. Strauß gingen in den letzten Jahren extremistische Vorstöße zur weiteren Rechtsentwicklung aus. Er setzte auf dem CSU-Parteitag 1968 gegen verschiedene Vorbehalte durch, daß sich die CSU in ihrem neuen Grundsatzprogramm ausdrücklich als konservativ bezeichnete: „Die CSU ist auch eine konservative Partei und gerade deshalb entschlossen, die Lebendigkeit europäischer Tradition voll zu entfalten und die großen Reserven europäischen Geistes für die Zukunft zu erhalten.“²³ Inzwischen erschien seit 1964 in München der von CSU-nahen Kreisen herausgegebene Informationsdienst „Demokratisch-Konserva-[27]tive Korrespondenz“. Bereits im Grundsatzprogramm von 1946 ging die CSU ausgeprägter als die CDU von einem fortschrittsfeindlichen, konservativ-ständischen Gesellschaftsbild aus, das entschieden gegen revolutionär-demokratische Bestrebungen antifaschistischen Charakters gerichtet war.²⁴ „Von Anfang an ist die CSU trotz ihres Namens konservativer als die CDU gewesen, jetzt ist sie auch ‚nationaler‘ geworden.“ Das stellte R. Altmann am Beginn der sechziger Jahre fest, wobei er jedoch auch die CDU als konservativ charakterisierte.²⁵ In einem Interview vor der Bundestagswahl 1972 bekannte Strauß gegenüber einem führenden Blatt der Monopolbourgeoisie und gemäß dessen Erwartung: „Für mich heißt konservativ auf dem Boden dessen, was sich bewährt hat, an der Spitze des Fortschrittes zu marschieren.“²⁶ Strauß orientierte auf die konservative Etikettierung der CSU, da der Konservatismus von der Tradition und seinem historisch-klassenmäßigen Wesen wie seiner amorphen Struktur für reaktionäre Sammlungsbestrebungen recht geeignet erscheint. Er umriß diese Zielsetzung folgendermaßen: „Wir denken daran, die CSU als eine große Sammelpartei weiterzuentwickeln und zwar so, daß sie allen, die auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes in der weitestmöglichen Auslegung des Wortes stehen, die den sozialen Gedanken, den sozial-reformerischen Gedanken bejahen, denen, die ein natürliches Verhältnis zur nationalen Tradition in ihren guten Elementen haben, und denen, die unter ‚liberal‘ keine Kampfansage gegen ‚christlich‘ oder ‚konservativ‘ verstehen, sondern eine persönliche Denk- und Verhaltensweise, eine politische Heimat bietet ...“²⁷ Damit sind wesentliche Akzente des von der CSU angestrebten Konservatismus gesetzt, nicht zuletzt im eklektizistischen Bemühen um sozialdemagogische und pseudo-reformerische Verheißungen, um gleichzeitigen „liberalen“ Anspruch sowie mit dem „nationalen“ Vorzeichen und dem Klerikalismus. Auf diesem Weg soll eine offen reaktionäre Ideologisierung heute und künftig auch eine wesentliche massenpolitische Wirksamkeit sichern.

Die seit vielen Jahren herausgebildete reaktionäre Initiativ- und Sammelfunktion der CSU unter Strauß bestätigt sich in den innenpolitischen Kämpfen. Seitens aller Gruppierungen der offenen Rechtskräfte

²³ Zit. nach dem Wortlaut des Programms in: DIZ-Informationdienst. Innen- und außenpolitische Probleme Westdeutschlands, Berlin, Nr. 1, Januar 1969

²⁴ Vgl. den Wortlaut in: Die westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch, Berlin 1966, S. 203 ff.

²⁵ Rüdiger Altmann, a. a. O., S. 11, 93.

²⁶ „Wir brauchen das Leistungsprinzip als Motor sozialer Reformen“, Interview mit dem CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, in: Wirtschaftswoche. Der Volkswirt, Frankfurt a. M., 10. November 1972, S. 22.

²⁷ Zit. nach: Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, hrsg. v. Dieter Halfmann, Köln 1971, S. 237 (Kleine Bibliothek Politik – Wissenschaft – Zukunft, 14).

gibt es zunehmend eine ausdrückliche Anerkennung dieser Rolle sowie Bereitschaftserklärungen und [28] effektive Schritte zum koordinierten politischen Wirken. Der neofaschistische Publizist und Generalsekretär der Deutschland-Stiftung, Kurt Ziesel, stellte eine umfängliche Auswertung der Wahlniederlage der CDU/CSU vom November 1972 unter die programmatische Schlagzeile „Die Stunde von F. J. Strauß“. Er forderte die CDU auf, sich an Strauß und Dregger zu orientieren; anderenfalls solle „die maßvolle Rechte ein Zweitangebot auf Bundesebene“ machen – also die CSU zur Bundespartei entwickeln.²⁸ Das ist eine symptomatische Meinungsäußerung aus dem konservativ-neofaschistischen Lager. Zunehmend spiegeln Stellungnahmen demokratischer und liberaler, antifaschistischer Kräfte in der BRD Erkenntnisse und Besorgnisse über solche verhängnisvollen Signale der Formierung der bundesdeutschen Reaktion wider.

Die notwendige Differenzierung zwischen CSU und CDU darf nicht dazu verleiten, die in den letzten Jahren verstärkten rechtsextremistischen Tendenzen der CDU zu unterschätzen, auf die auch Klaus Hoefft und Harry Köhler wiederholt ausdrücklich hinwiesen.²⁹ Im Bundestagswahlkampf 1972 kamen diese Wesenszüge ebenso wie die gemeinsame klassenmäßige Bindung von CDU und CSU besonders auffällig zum Vorschein.³⁰ Inzwischen bildete sich innerhalb der CDU ein starker rechtsextremistischer Flügel heraus, der vor allem durch den hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger repräsentiert wird. Die hessische CDU-Führung veranstaltete Ende Mai 1973 in Rüsselsheim einen Kongreß „Leben in Freiheit“. Mit einem „geballten Auftritt von Professoren“ hat sie sich „ihr konservatives Grundkonzept akademisch absegnen lassen“: „Der Kongreß ‚Leben in Freiheit‘, ein Anstoß zur Diskussion, der mit der Gründung von politischen Klubs fortgesetzt werden soll, zeigte eine konservative Mehrheit, eine Minderheit, die nach neuen Antworten sucht ...“³¹

Nach dem Intermezzo mit den Freundeskreisen der CSU im Bundesgebiet und in Westberlin, an deren Spitze der alt- und neofaschistische Ordinarius an der Universität Köln, Berthold Ruhm, stand, erweist sich die rechtsextremistische Formierung innerhalb der CDU als wirksamer Weg, um diese Partei auf die Positionen der Strauß, Dregger und Springer zu führen. Die Wahl Dreggers in den Bundesvorstand der CDU auf dem Sonderparteitag im Juni 1973 erhärtet diese Einschätzung. An [29] die CDU/CSU gewandt, erklärte Karl-Hermann Flach (FDP) Ende Januar 1973 im Bundestag: „Sie sollten sich zu dem bekennen, was Sie sind: die konservative Kraft in diesem Lande.“³² Sehen wir davon ab, daß die Ideologen der FDP überfordert sind, wenn sie den von ihnen beanspruchten „Liberalismus“ überzeugend definieren wollen, und ihr Konservatismus-Begriff keineswegs unbesehen übernommen werden kann. Wesentlich ist hier, daß die Sprecher der CDU/CSU diese Charakteristik nicht mehr wie vor Jahren entrüstet abwiesen, sondern sich um eine demagogisch drapierte Interpretation dieser Standortbestimmung bemühten. Paul Mikat wandte sich gegen „das altbekannte Schema ‚hie konservativ‘, ‚hie progressiv‘“ und erklärte, „daß das Absterben gegenüber dem Geschichtlichen, das, wie ich sagen möchte, dann auch auf den konservativen Bezug Verzichtende, zur Ohnmächtigkeit verurteilt.“³³

Die entschieden reaktionären Vorstöße der CSU und einflußreicher Gruppen der CDU sowie weiterer Fraktionen der äußersten Rechten finden die vom gleichen Geist getragene, bedingungslose politisch-publizistische Unterstützung des Springer-Konzerns. Dessen Blätter sind auf Strauß/Dregger orientiert und nutzten weidlich die Tatsache, daß unter deren Führung in Bayern und Hessen im Gegensatz zum generellen Rückschlag der CDU auch 1972 Stimmengewinne verbucht werden konnten. Inzwischen hatte sich auch Axel Springer als Konservativer offenbart: „Und konservativ ist weder eine

²⁸ Kurt Ziesel, Die Stunde von F. J. Strauß, in: Deutschland-Magazin, Breitbrunn/Chiemsee, 6, Dezember/Januar 1972/73, S. 3 ff.

²⁹ Vgl. Anmerkung 4.

³⁰ Eine aufschlußreiche Übersicht gibt: Hans-Dieter Bamberg, Katalog der Schreckparolen und Verleumdungen. Zum Bundestagswahlkampf 1972 der CDU/CSU und ihrer Verbündeten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1972, S. 1023 ff.

³¹ Gerhard Ziegler, Angriff auf die Schallmauer. Hessens CDU plädiert für eine offensive Opposition, in: Die Zeit, Hamburg, 1. Juni 1973.

³² Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, S. Sitzung, Bonn, 24. Januar 1973, S. 181.

³³ Ebenda, S. 193.

Wiederherstellung dessen, was war, noch ein Festhalten an dem, was ist, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt. In diesem Sinn bin ich ein Konservativer.“³⁴

Historisch-klassenmäßige Analogien zu diesen aktuellen konservativ-nationalistischen Sammlungsbestrebungen sind unverkennbar. Imanuel Geiss verglich die Rolle von Strauß mit ähnlichen Bestrebungen im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik: „Er wird von den gleichen Kräften gestützt und finanziert wie der Führer der letzten Sammlungsbewegung, spricht inhaltlich teilweise die gleiche Sprache – Kriegsschuldflüge, Versailles, Verschwörungskomplex, Agitation gegen die Ostgrenze, gegen Marxismus, Sozialismus und Kommunismus, für ‚Ruhe und Ordnung‘ (wie er sie versteht), gegen mehr Demokratie und konsequente Demokratisierung der Ge-[30]sellschaft. Seine Ausgangsposition ist an sich ideal: Als Führer der CSU ist Strauß von vornherein salon-, parlaments- und regierungsfähig, ... der neue deutschnationale Pressezar Springer mit seinem Messias-Komplex leiht ihm uneingeschränkt seine Hilfe.“³⁵ Die politische Rolle der Verlage Springer und Bauer wurde am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 1972 mit der des Hugenbergischen Pressekonzerns am Ende der Weimarer Republik verglichen. Neben der publizistischen Funktion wurde auch das direkte politisch-organisatorische und finanzielle Eingreifen zugunsten der CDU/CSU nachgewiesen.³⁶

Die Deutsche Kommunistische Partei berücksichtigt in ihren marxistisch-leninistischen Analysen und Schlußfolgerungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und Klassenkampf in der BRD stets die aktuellen Prozesse bei der Formierung der offenen Rechtskräfte. Der damalige Vorsitzende der DKP, Kurt Bachmann, stellte auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971 fest: „Die CDU/CSU erweist sich immer deutlicher als die Partei der Sammlung aller ultrarechten Kräfte, als die Partei der Gegner des Friedens und der Entspannung.“ Sie sei damit zugleich „der schlimmste Gegner unseres eigenen Volkes“ und „der Hauptfeind des sozialen und demokratischen Fortschritts“.³⁷

Das seit und mit der Restauration der Monopolherrschaft in den Nachkriegsjahren vorhandene konservative Grundelement in der Ideologie und Politik der CDU/CSU und weiterer Gruppen wurde über einen längeren Zeitraum keineswegs offen bekannt und auch nicht in allen Traditionslinien und Aspekten bewußt aufgenommen und gemäß neuen klassenmäßigen Erfordernissen ausgearbeitet. Es war vielmehr bei einer durchgängig geringschätzigen Einstellung zu theoretisch-ideologischen Fragen und Aufgaben überlagert von einem vulgären Antikommunismus und betontem Klerikalismus, von der abendländischen und Europa-Phraseologie sowie der rechtsextremistischen Ersatz- und Hilfsideologie des Revanchismus. Die Besorgnis kritischer Beobachter im reaktionären Lager bezüglich dieser Situation und ihrer möglichen Gefahren hatte R. Altmann relativ frühzeitig ausgesprochen. Es sei „nicht zufällig, daß die konservativen Kreise der CDU bisher keinen verbindlichen Staatsbegriff entwickelt haben. Selbst in der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus spielen konservative [31] Argumente keine führende Rolle.“ So sei die CDU „zu einem Sammelbecken der nichtsozialistischen Wähler geworden“, was nach Adenauers Abgang kaum genügen würde: „Wenn sein Platz einmal leer ist, wird man den Standort der CDU präziser formulieren müssen. Der konservative Jugendstil wird dann nicht einmal ausreichen, um nur der Fassade der Partei ein einheitliches, in die Zukunft weisendes Gesicht zu geben.“³⁸

Während Altmann bei der Schilderung von Symptomen der geistigen Krise der CDU/CSU hinsichtlich der künftigen Orientierung recht unbestimmt blieb – wenig später assistierte er Ludwig Erhard

³⁴ Axel Springer, Von Berlin aus gesehen. Zeugnisse eines engagierten Deutschen, hrsg. von Hans Wallenberg, Stuttgart (1971), S. 17.

³⁵ Imanuel Geiss, Von Bismarck zu Strauß. Über die Kontinuität rechter Sammlungsbewegungen, in: Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik, München 1971, S. 25 (Schriftenreihe des „Pressedienstes der Demokratischen Aktion“, 6). S. auch: „Harzburger Front“ 1972? Dokumentation des PDA, München 1972 (Schriftenreihe des „Pressedienstes der Demokratischen Aktion“, 8).

³⁶ Frank Sommer, Tarnung völlig überflüssig. Obskure Schriften zum Wahlkampf – Springer und Bauer mit Hugenberg-Taktik, in: Vorwärts, Bonn, 19. Oktober 1972

³⁷ Protokoll des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, 25.-28. November 1971, Düsseldorf (o. J.), S. 27. Vgl. auch die entsprechende Einschätzung in den vom Parteitag beschlossenen Thesen „DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus“, ebenda, S. 307 f.

³⁸ Rüdiger Altmann, a. a. O., S. 93 f.

beim mißglückten Versuch mit dem Modell „formierte Gesellschaft“ –, wies Armin Mohler bereits damals auf den Weg zu einem neuprofilierten Konservatismus. Er beklagte, daß unter Adenauer „die schwierigen Probleme der organisatorischen und theoretischen Abgrenzung des Konservatismus auf die lange Bank geschoben“ wurden. Er nannte Strauß als möglichen Nachfolger von Adenauer und bezeichnete es zugleich als „fraglich, ob sich die Konservativen noch lange vor der Entscheidung drücken können, mit wem sie sich verbünden und wozu sie sich bekennen sollen“. Es gäbe „heute in Deutschland konservative Energien, die nach Form suchen“, und es sollte nicht übersehen werden, „daß es für Deutschland eine Schicksalsfrage ist, in welche äußere Form sie gerinnen werden“: „Daß sie da sind, kann auf jeden Fall nicht mehr lange verschwiegen werden. Seit ungefähr zwei Jahren hat sich hinter den offiziellen Kulissen ein Klimawechsel vollzogen, der seine Folgen haben wird.“³⁹

Es bedurfte noch der reaktionären gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen und verschärfter Klassenkämpfe der folgenden Jahre, bevor einem breiteren Publikum vor den Kulissen der Grad der Wende zum volks- und fortschrittsfeindlichen Konservatismus offenbart wurde. Angesichts des in der Weimarer Republik und bei der Errichtung der faschistischen Diktatur unübersehbar hervorgetretenen Wesenszusammenhangs von Konservatismus und Faschismus war der Konservatismus nachhaltig diskreditiert. Selbst bei ausgeprägten konservativen Denkinhalten und politischen Neigungen erschien es als taktisch und terminologisch unzweckmäßig, sich offen dieses Etiketts zu bedienen und damit unmittelbar Traditionslinien und Assoziationen zum Inbegriff alles Reaktio-[32]nären in der Geschichte des kapitalistischen Deutschlands zu beschwören. So waren es bis vor wenigen Jahren nur erst periphere rechtsextremistische Gruppen wie die Abendländische Akademie oder einzelne Personen wie der Propagandist des reaktionären Preußentums, Hans Joachim Schoeps, die sich offen und absichtlich herausfordernd als konservativ bekannten. Es erschienen einzelne Schriften, die für einen offenen, regenerierten Konservatismus plädierten, ohne daß die historisch-politischen Bedingungen für diesen programmatisch-reaktionären Schritt herangereift waren.

Diese Situation widersprach – wie es Mohler 1962 signalisierte – längst den konservativen Ursprüngen und Grundpositionen führender Rechtskräfte in der BRD. Für diese Kräfte erwies es sich zunehmend als hemmend bei dem Bestreben, die Traditionen und weltanschaulich-ideologischen Bestandteile des Konservatismus für das eigene ideologisch-politische Profil zu nutzen und maximal alle antidemokratischen Quellen und Potentiale der bundesdeutschen Gesellschaft zu aktivieren. Dieses Dilemma verschärfte sich durch die skizzierte rückläufige Wirksamkeit des herkömmlichen Antikommunismus und Klerikalismus, des Revanchismus und organisierten Neofaschismus. Verschiedene modische Gesellschaftstheorien wurden in hohem Maße seitens sozialdemokratischer Politiker und Ideologen für ihre Funktionen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem beansprucht und genutzt. Das unter dem CDU-Parteivorsitz und der Kanzlerschaft von Ludwig Erhard verfolgte Ideologisierungskonzept der „formierten Gesellschaft“ war als reaktionärer Neuschöpfungsversuch bei unehrerbietiger Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise gescheitert. Es widerspiegelte durchaus Interessen und Erfordernisse der imperialistischen Machtausübung und die Notwendigkeit einer „positiven“ gesellschaftspolitischen Zielvorstellung der CDU/CSU. Andererseits war dieses Konzept noch inkonsequent im Verhältnis zur reaktionären Tradition, speziell bezüglich der Einordnung in die konservative Traditionslinie, die seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert durchgehend gegenrevolutionär, erklärt volks- und fortschrittsfeindlich war und stets mit dem vor seinem historischen Abtreten zitternden Alten und gegen das zukunftssträchtige Neue wirkte.

Alle diese Erscheinungen verdichteten sich zu einer akuten [33] geistig-politischen Krise der CDU/CSU, da die Erfolge des Sozialismus, die Offensive des Marxismus-Leninismus, die wachsende Kampfkraft antiimperialistischer Bewegungen und die zunehmende Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz zur Verschärfung des ideologischen Kampfes führten. Diese Prozesse trafen die klerikal-konservativen und neofaschistischen Parteien und Organisationen der BRD ziemlich unvorbereitet – eine Folge des Verlusts der Initiative im geschichtlichen und gesellschaftlichen Geschehen unserer Epoche. Diese unbeabsichtigte Rückwirkung früherer selbstgefälliger „Entideologisierung“-Theorien ist einer der Gründe dafür, daß sich neben einem Umschwung in weiten Wählerkreisen auch Gruppen

³⁹ Armin Mohler, *Konservativ* 1962, in: *Der Monat*, (West-)Berlin, H. 163, April 1962, S. 24.

der Monopolbourgeoisie der BRD auf eine stärkere Einbeziehung der SPD-Führung in den Herrschaftsmechanismus – speziell in den staatlichen Apparat – einstellten.

Schließlich waren in den letzten Jahren neue Möglichkeiten der Wende zum offen konservativen Bekenntnis entstanden. Sie erwachsen entscheidend aus der antikommunistisch motivierten, antidemokratischen Grundrichtung der innen- und gesellschaftspolitischen Entwicklung in der BRD. Sie äußert sich vorrangig in der Sammlung und Aktivierung aller offen reaktionären Potenzen; zugleich ist sie die bestimmende Grundtendenz in der Ideologie und Politik der sozialdemokratischen Führung. Die Vorstöße und Einflußsphären des organisierten Neofaschismus wurden zu einem selbstverständlichen Element im politischen Bild dieser Gesellschaft und verschoben die politisch-moralischen Maßstäbe weiter zugunsten des Rechtsextremismus. Diese Wirkung bleibt selbst dann, wenn die neofaschistischen Organisationen an Mitgliedern und Wählern Einbußen erleiden; in diesem – zunächst tatsächlich eingetretenen – Fall wirkt der reaktionäre Impuls zugunsten des gesamten imperialistischen Herrschaftssystems und speziell des gesamten Rechtsextremismus.

Der 1972 verstorbene CSU-Politiker Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg hatte bis zuletzt die traditionelle konservative Theoriefeindlichkeit zum Leitbild erklärt: „Eben, weil der Konservative auf Doktrin und Lehrgebäude verzichtet, ist er fähig, das jeweils Richtige zu tun.“⁴⁰ Der Gutsbesitzer Guttenberg befand sich damit noch im Horizont der konservativen Agrarier des Kaiserreichs, die der greise Theodor Momm-[34]sen einst einem berühmt gewordenen, sarkastischen Vergleich mit der marxistischen Sozialdemokratie unter August Bebel unterzog.⁴¹ Führende reaktionäre Ideologen drängten indessen seit Jahren in Anpassung an heutige Erfordernisse auf eine veränderte Einstellung zur Theorie. „Die Gleichsetzung von konservativem Denken und ideologiefreiem Denken, gegen die kein Konservativer etwas einwenden wird, entpuppte sich als eine Scheu vor Ideen überhaupt.“ So versuchte Mohler, die Legende vom unideologischen Charakter des Konservatismus mit der Kritik an geistiger Untätigkeit zu verbinden, die sich darauf beschränke, „den unter ganz andersartigen historischen Voraussetzungen gewachsenen Liberalkonservatismus der Burke-Filiation, ..., auch für Deutschland als das Allheilrezept zu verkünden.“⁴²

Als Ergebnis akuter geistiger Krisenerscheinungen der letzten Jahre entdecken die konservativen Ideologen auch das Problem des Verhältnisses des Konservatismus zur Intelligenz und damit die Bedeutung der Intellektuellen für den Konservatismus.⁴³ Emil Franzel sprach davon, daß die CDU/CSU Ende der sechziger Jahre „die politischen Folgen ihrer Isolierung vom Geist zu spüren bekam“. Beide Parteien müßten vor allem die Springerpresse und den Bayern-Kurier als Tribünen der konservativen Intellektuellen nutzen und diese aus allen Bereichen der Wissenschaft und Kultur als ihren Braintrust mobilisieren.⁴⁴

Aus solchen Voraussetzungen und Erörterungen erwachsen hohe Erwartungen an den Konservatismus. Zum Unterschied vom Projekt der „formierten Gesellschaft“ und zu den Modetheorien bringt der Konservatismus eine „bewährte“ volks- und fortschrittsfeindliche politische Tradition und eine gewisse, bedingt brauchbare theoretisch-ideologische Überlieferung ein. Er ist für die Monopolbourgeoisie eine antidemokratisch ausgewiesene Potenz, ohne so unmittelbar und offenkundig wie der Neofaschismus in den Traditionslinien diskreditiert und in der massenpolitischen Wirksamkeit

⁴⁰ Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Fußnoten, 2. Aufl., Stuttgart 1971, S. 79.

⁴¹ Anlässlich scharfer innenpolitischer Auseinandersetzungen hatte Th. Mommsen im Dezember 1902 seine Achtung vor der kämpferischen Sozialdemokratie und ihrem geistigen Rang bekannt: „... Zur Zeit ist dies die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Talent ist es nicht nötig zu reden; jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopf wie Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden.“ (Theodor Mommsen, Was uns noch retten kann, in: Die Nation, Berlin, Nr. 11 vom 13. Dezember 1902, S. 164).

⁴² Armin Mohler, a. a. O.

⁴³ Beispielsweise: Hans-Helmuth Knütter, Die politische Bedeutung der Intellektuellen, in: Sonde – Neue Christlich-Demokratische Politik, Bonn 3/1971, S. 26 ff.; Thomas Molnar, Konservatismus und Intelligenz, in: Konservativ heute, H. 2, März/April 1972, S. 58 ff.; Caspar v. Schrenck-Notzing, Die CDU und die Intellektuellen, in: Deutschland-Magazin, 4, August/September 1972, S. 21 f.

⁴⁴ Emil Franzel, Steht der Geist links?, in: Deutschland-Magazin, 4, August/September 1972, S. 24.

beeinträchtigt zu sein. Er ermöglicht eine von strategischen gesellschaftspolitischen wie von innenpolitisch- und parteimäßig-taktischen Absichten her angestrebte Profilierung der Parteien und Organisationen der offenen Rechtskräfte im Verhältnis zur rechtssozialdemokratischen Ideologie und Politik, mit denen sie zugleich eine Reihe [35] proimperialistischer und antikommunistischer Gemeinsamkeiten verbinden.

„Sicher liegt die CDU/CSU richtig, wenn sie etwas spät einsieht, daß ihre Zukunft von der deutlichen Herausarbeitung aller Grundsatzfragen ihrer Politik abhängt. Dies aber ist schwierig; hier liegt auch der Spaltpilz.“⁴⁵ Mit diesen Worten wies H. J. Schoeps auf ein tiefgehendes Dilemma in den skizzierten aktuellen Auseinandersetzungen. Es ist keineswegs zufällig, daß die äußersten rechtsextremistischen Gruppen und Wortführer heute auf die weltanschaulich-ideologische und politisch-programmatische Profilierung der CDU/CSU und weiterer reaktionärer Zusammenschlüsse und Institutionen drängen und vielfach dabei die Initiative übernommen haben. Aus der historisch-klassenmäßigen Situation der offenen Rechtskräfte in der BRD folgt, daß die theoretisch-ideologische und politische Präzisierung und Vertiefung ihrer Standortbestimmung das prinzipielle volks- und fortschrittsfeindliche Wesen ihrer Positionen und Ziele schärfer hervortreten läßt. Die gemäßigten Gruppierungen im reaktionären Lager erkennen darin – keinesfalls grundlos – die möglichen Tendenzen und Gefahren einer weiteren beschleunigten rechtsextremistischen Diskreditierung und Isolierung ihrer Organisationen. Andererseits können sie Erfordernissen des verschärften ideologischen Kampfes ebenfalls nicht ausweichen. Es läßt sich absehen, daß diese objektiven Widersprüche den künftigen Disput in den Reihen der bundesdeutschen Reaktion weithin bestimmen werden und von deren Grundpositionen her in keiner Variante lösbar sind.

In seinen politisch aufsehenerregenden Spätschriften hatte Karl Jaspers bekannt: „Der politische Schriftsteller muß die Dinge denkend auf die Spitze treiben. Denn nur auf diesem Wege wird Klarheit. Sie entsteht durch die idealtypische Steigerung zum Guten und zum Bösen hin. Diese Steigerung ist nicht als solche die Wirklichkeit, sondern an ihr wird die Wirklichkeit gemessen.“⁴⁶ Jaspers bezog den Gedanken auf die eigene Stellungnahme und verallgemeinerte ihn zugleich. Er enthält Hinweise für die Einordnung der Rolle reaktionärer Intellektueller in die allgemeine gesellschaftspolitische Entwicklung. W. I. Lenin hat diesen Platz der Intellektuellen im Klassenkampf sehr genau und in der ganzen Tragweite be-[36]stimmt. Er sprach davon, daß die Intelligenz gerade darum Intelligenz heiße, „weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt“.⁴⁷ Gerade unter dieser Voraussetzung verdient das forcierte Streben nach dem Konservatismus unser Interesse, da sich hier „am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten“ Interessen, Bedürfnisse und Ziele der Monopolbourgeoisie und speziell ihrer reaktionärsten Gruppen widerspiegeln. Das äußert sich über die CSU, die CDU und den Springerkonzern hinaus auffällig in der Entstehung und den Vorstößen neuer konservativer Zusammenschlüsse und Periodika.

[37]

⁴⁵ Hans Joachim Schoeps, Abschied von Deutschland, Mainz (1973), S. 30.

⁴⁶ Karl Jaspers, Antwort. Zur Kritik meiner Schrift: Wohin treibt die Bundesrepublik?, München (1967), S. 234.

⁴⁷ W. I. Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend, in: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 32.

Vorkämpfer und neue konservative Zusammenschlüsse sowie Periodika

„Was für einen Konservatismus können wir uns eigentlich leisten? Ich glaube: überhaupt keinen!“

Gerda Freiin von Bredow, 1971

Ausgehend von den konservativen Wesenszügen der Ideologie und Politik der Monopolbourgeoisie der BRD – darunter auch der CDU/CSU – soll vor allem exponierten publizistischen, politisch-organisatorischen und programmatischen Vorstößen und Aktivitäten zugunsten eines „neuen“, geläuterten Konservatismus nachgegangen werden. Tatsächlich werden ideologische Interessen und Richtungen der imperialistischen Bourgeoisie in den Ausführungen ihrer Intellektuellen vielfach prägnanter sichtbar als in den von demagogischen Floskeln wie durch geistige Untiefen getrüben Auslassungen reaktionärer Politiker.

Die wiederhergestellte monopolkapitalistische Ordnung in der BRD brachte von Anfang an neofaschistische Gruppen und Bestrebungen hervor, die sowohl unvermeidliche, äußerste Konsequenz wie stimulierender Faktor des Restaurationsprozesses waren. Wesensgleich traten stets auch offen und programmatisch einzelne konservative Ideologen und Gruppierungen auf, vielschichtig verflochten mit den ideologischen Traditionen und Grundlagen der Monopolherrschaft und mit dem neofaschistischen Flügel. Sie erinnerten mahnend an die konservative Tradition und entwickelten ihre Plädoyers für eine neue politisch-programmatische Wiederherstellung des Konservatismus. Ab 1957 gab Hans-Joachim von Merkatz eine „Konservative Schriftenreihe“ heraus, in der jedoch nur wenige Hefte erschienen. Zu einer umfassenderen Erörterung kam es 1962 in der in Westberlin erscheinenden Zeitschrift „Der Monat“, an der u. a. Golo Mann, Hans-J. von Merkatz, Armin [38] Mohler und Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing teilnahmen. Die nach 1950 entstandene Abendländische Aktion hatte sich nach einer späteren Darstellung ihres Anhängers Friedrich August Freiherr von der Heydte zum Ziel gesetzt, „ein Staatsmodell zu erarbeiten“, verbunden „mit dem Gedanken einer berufsständischen Ordnung auf letztlich religiösem Hintergrund“. Diese Gruppe ultrareaktionärer Ideologen blieb recht isoliert und stellte 1956 ihre Tätigkeit ein.

Dagegen besteht die Abendländische Akademie, ebenfalls in den Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik formiert, bis heute als ein Diskussionsforum konservativ-klerikaler Kreise fort und trägt dazu bei, fortschrittsfeindliches Ideengut zu bewahren, zu verbreiten und zu beleben. Sie war bis weit in die sechziger Jahre sogar ein entscheidendes Forum des rechtsextremistisch-konservativen Denkens und vereinte Repräsentanten verschiedener Rechtskräfte wie den früheren Bundesaußenminister Heinrich von Brentano, „Erzherzog“ Otto von Habsburg, Prof. Dr. F. A. Freiherr von der Heydte (erster Präsident bis 1956), den früheren bayerischen Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer, Bischof Wilhelm Stählin (Präsident seit 1956), den CSU-Politiker Richard Jaeger – jahrelang Vizepräsident und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages – sowie die langjährigen Bundesminister H.-J. von Merkatz, Theodor Oberländer und Franz-Josef Wuermeling. So erfüllte die Abendländische Akademie wesentliche Funktionen der Sammlung und Bewahrung ultrakonservativer weltanschaulich-ideologischer Positionen, bis vor wenigen Jahren neue Bedingungen und Möglichkeiten für solche reaktionären Bestrebungen eröffnet wurden.

Einen spezifischen Platz unter den führenden Vertretern konservativer Ideologie und Politik nimmt Hans Joachim Schoeps, langjähriger Professor für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen, ein. Er ist „als ein besonders exponierter Apologet des Preußentums ausgewiesen. Seit Beginn der fünfziger Jahre bemüht er sich in zahlreichen Vorträgen und Publikationen um die Rehabilitierung des Preußentums.“⁴⁸ Von einflußreichen Kreisen des Rechtskartells wurde diese Wirksamkeit 1969 mit der Verleihung des Adenauer-Preises für Wissenschaft der Deutschland-Stiftung gewürdigt. In seiner Dankrede bekannte er: „Ich glaube, daß die [39] Staatsidee Preußens, über die ich mancherlei geschrieben habe, diesem Lande gerade heute nottut, da als Folgewirkung des Wirtschaftswunders seine Jugend außer Rand und Band gerät.“⁴⁹

⁴⁸ Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970, S. 148.

⁴⁹ Zit. nach: Bayern-Kurier, München, 21. Juni 1969

Schoeps beklagte 1951, daß er nicht an den „Universitäten der altpreußischen Lande“ des 250. Gründungstages des preußischen Staates gedenken könne und daß den „modernen Massen“ der „Sinn für die göttliche Weihe der Krone“, für das „Königtum von Gottes Gnaden“ geschwunden sei. Erst „die territoriale Wiederherstellung Preußens wird die Einheit Deutschlands sein!“⁵⁰

1953 polemisierte Schoeps gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit „der ja immerhin begründeten Ansicht, ..., daß Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müßten“. Er wollte die Wiedererrichtung der Monarchie mit der „Wiedervereinigung“ verbinden: „Das Hervortreten des Thronanwärters in geschichtlicher Schicksalsstunde könnte ihn in den Augen der Nation zum unentbehrlichen Garanten der Reichseinheit machen, weil Kaiser und Reich innerlich zusammengehören ...“⁵¹

In einem Vortrag, den Schoeps vor der Preußischen Gesellschaft in Westberlin, vor Korporationen und „in verschiedenen Bundeswehrgarnisonen“ hielt, bemühte er sich später erneut um „das Überzeitliche an dem historischen Phänomen Preußen“: „Es könnte sogar sein, daß erst dann dem deutschen Volk Demokratie zu einer Herzenssache wird, wenn es wie in England zu einem gekrönten Haupte aufschauen kann, und daß erst dann das Problem der größeren Staatsautorität, die uns heute solche Sorgen macht, auf eine legitime und zufriedenstellende Weise lösbar ist.“⁵² Er erinnerte an die Auffassungen von Friedrich Naumann, der allerdings bereits ein halbes Jahrhundert zuvor das völlige Fiasko seines Leitbildes von „Demokratie und Kaisertum“ gerade noch erleben konnte. Im folgenden Jahr bezeichnete Schoeps „das Fehlen Preußens“ als „Deutschlands moralische Katastrophe“.⁵³

Das reaktionäre Geschichtsbild dieses nach Bayern, also doch in sinnfällige Nähe des CSU-Vorsitzenden, verschlagenen Preußen-Verehrers wurde in einigen Akzenten skizziert. Tatsächlich handelt es sich auch bei Schoeps bei aller Eigentümlichkeit nicht um einen isolierten und weltfremden Sonderling. [40] Vom Einfluß auf Studenten und jüngere Wissenschaftler, über eine vor allem von der Springerpresse geförderte Publizität und seine zahlreichen Veröffentlichungen bis zu einer bewußten und aktiven Mitwirkung an der Formierung der Rechtskräfte und der Profilierung ihres antidemokratischen gesellschafts- und hochschulpolitischen Standpunktes nehmen Schoeps und seine Anhänger an der politischen Auseinandersetzung in Hochschule und Gesellschaft teil.

In Bremen wurde 1969 unter „maßgeblicher Beteiligung des bekannten Geistesgeichtlers Prof. Dr. Hans Joachim Schoeps“ eine Konservative Sammlung gegründet. Sie wurde in einem neofaschistischen Blatt wie folgt werbend vorgestellt: „Die ‚Konservative Sammlung‘ will, insbesondere durch die Verbreitung konservativen Ideengutes in Wort und Schrift, eine in der Bundesrepublik nach Erklärung der Gründer bisher bestehende politische Lücke ausfüllen. Sie wendet sich gegen einseitige Verzichtspolitik, bejaht den Machtcharakter des Staates, fordert die Umwandlung des Bundesrates in ein echtes Oberhaus, die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk und Maßnahmen gegen die Manipulation von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Gegenüber den auflösenden Tendenzen des Zeitgeistes will sie das preußische Staatsethos betonen.“⁵⁴ Zu den Initiatoren der Konservativen Sammlung gehörte auch der „Generalbevollmächtigte des Hauses Hohenzollern“, Ernst Carl Freiherr von Gersdorff, 1930 einer der Gründer der Konservativen Volkspartei. Ein demokratisches Blatt bemerkte zu Schoeps aus diesem Anlaß, daß er sich „offensichtlich auch heute noch – oder schon wieder – in der braunen Ecke heimisch“ fühle.⁵⁵

Folgerichtig trat Schoeps in den letzten Jahren gegen demokratische Studenten und Wissenschaftler auf, darunter wiederholt in größeren Beiträgen im Springerblatt „Die Welt“. Er beschwor das Beispiel Metternich zur Behandlung der demokratischen Studenten – eine nicht ganz unzutreffende historisch-politische Analogie: „Metternich hat mit der Devise, daß man revolutionären Bestrebungen gleich in

⁵⁰ Hans Joachim Schoeps, Die Ehre Preußens, Stuttgart 1951, S. 42, 47.

⁵¹ Ders., Kommt die Monarchie? Wege zu neuer Ordnung im Massenzeitalter, Ulm 1953, S. 15, 63.

⁵² Ders., Preußen – gestern und morgen, Stuttgart 1963, S. 30 f.

⁵³ Ders., Unbewältigte Geschichte. Stationen deutschen Schicksals seit 1763, (West-)Berlin 1964.

⁵⁴ Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 46, Januar 1970, S. 8.

⁵⁵ Robert Carsten, In der braunen Ecke heimisch, in: die tat, Frankfurt a. M., 14. Februar 1970.

den Anfängen entgegneten müsse, entschlossen zugeschlagen, als ihm die Ermordung Kotzebues den willkommenen Anlaß zu den Karlsbader Beschlüssen bot. Ob diese klug und richtig gewählt waren, steht hier nicht zur Debatte; immerhin hat er den Ausbruch der [41] Revolution um 30 Jahre vertagen können.“ Seine Stellungnahme möge „als ein preußisches Wort zur Stunde aufgenommen werden“.⁵⁶ Im Geleitwort zum ersten Heft einer neuen konservativen Zeitschrift wandte sich Schoeps gegen die demokratische Opposition in der BRD und forderte, „daß man Feinde des Staates und der Demokratie mit den Machtmitteln, die zur Verfügung stehen, unschädlich macht“.⁵⁷ In einer scharfmacherischen Schrift gegen Jugendliche und Studenten, die gegen den Imperialismus und seine Verbrechen aufbegehrten, steigerte er seine Drohungen und kündigte ihnen faschistischen Zugriff und Krieg an: „Aber vielleicht wird die Weltgeschichte der jungen Generation Europas sehr bald den Marsch blasen. Dann kommen schrecklichere Dinge auf sie zu, und der Trip geht ganz woanders hin, als die Opiumfresser meinen.“ Vielleicht seien „Zwang, Kommando, Drill und Kasernierung“ das, was viele Jugendliche insgeheim wünschen: „Das Dritte Reich ist bereits zu lange her.“⁵⁸

Diese ungeheuerlich anmutenden Ausfälle eines Hochschullehrers sind nur das folgerichtige Ergebnis einer grundsätzlich konservativen, volks- und fortschrittsfeindlichen Position unter den Bedingungen verschärften ideologischen Kampfes, zugespitzter Situationen des Klassenkampfes. So ist ein Schoeps exemplarisch für die mögliche Aktualisierung jeglicher offenen oder latenten reaktionären Potenz zugunsten der ideologisch-politischen Erfordernisse der Monopolbourgeoisie im Kampf gegen Demokratie und Sozialismus. In der Toleranz der herrschenden Klasse auch gegenüber neofaschistischen und ultrakonservativen Kräften, noch mehr: in deren Förderung und Schutz, in Gemeinsamkeiten und Wechselwirkung, widerspiegelt sich das objektive Klasseninteresse. Es stellt damit nur eine weitere Äußerung des grundsätzlichen Antidemokratismus dar.

So aufschlußreich ein Fall Schoeps ist, so würde allein aus einer Reihe solcher einzelner Ideologen keine auffällige Entwicklung bewußt konservativer Bestrebungen behauptet werden können. Es ist jedoch Tatsache, daß seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine neue Stufe nicht nur des ideologisch-programmatischen Anspruchs auf den Konservatismus, sondern auch der politisch-organisatorischen und publizistischen Bemühungen festzustellen ist. Neue Zusammenschlüsse und [42] Periodika sind als Kristallisationspunkte, als Foren gleichgesinnter Publizisten, Politiker, Offiziere, Beamten und Wissenschaftler entstanden. Das sind (in Klammern das Gründungsjahr) vor allem Organisationen wie Deutschland-Stiftung (1967); Gesellschaft für konservative Publizistik (1968); Studentische – ursprünglich: Burschenschaftliche – Aktionsgemeinschaft für Publizistik (1968); Freundeskreise der CSU (1969/70); Konservative Sammlung (1970); Bund Freiheit der Wissenschaft (1970); Freier Deutscher Autorenverband (1973).

Ein reaktionärer Lehrerverband wird vorbereitet. Dazu kommt eine Vielzahl weiterer konservativer Gruppierungen, die vorzugsweise in bestimmten Bevölkerungsschichten oder in speziellen Problemkreisen wirksam werden, darunter: Deutsche Studenten-Union (1967); Liga Europa (1970); Aktion Lebensrecht für alle (1971); Arbeitsgemeinschaft für konstruktive Politik; Tradition und Leben – Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens. Auch die Bemühungen, das Korporationsstudententum ideologisch-politisch zu mobilisieren, sind hier einzuordnen.

Von den genannten Organisationen und Institutionen bzw. weiteren Gruppen werden Periodika herausgegeben, die die theoretisch-ideologische und politisch-programmatische Profilierung des Konservatismus in den Mittelpunkt stellen: student (seit 1968), Deutschland-Magazin (seit 1969), Konservativ heute (seit 1970), criticon (seit 1970), Scheidewege (seit 1971), Zeitbühne (seit 1972).

Die Gründung der Deutschland-Stiftung und ihre erste Adenauer-Preis-Verleihung 1967 sowie die Herausgabe des Organs der Stiftung seit 1969 stellten einen auffälligen Schritt Zur ideologisch-politischen Mobilisierung und zur Sammlung entschieden konservativer, nationalistischer und militaristischer Kräfte dar. In diesem Sinn ist die Deutschland-Stiftung bis heute eine repräsentative Institution

⁵⁶ Hans Joachim Schoeps, Der Radikalisierung entgegneten, in: Die Welt, 29. Dezember 1967.

⁵⁷ Ders., Quousque tandem? In: Konservativ heute, Bonn-Bad Godesberg, H. 1, März/April 1970, S. 1.

⁵⁸ Ders., Deutschland droht die Anarchie, 3. Aufl., Mainz 1972, S. 49.

des reaktionären Sammlungsprozesses und in entsprechenden Darstellungen bereits analysiert worden.⁵⁹ Ihre Funktionen und Ziele äußern sich vor allem in den alljährlichen Adenauer-Preis-Verleihungen, im zweimonatlich erscheinenden Deutschland-Magazin sowie in den Aktivitäten des Vorstandes und der regionalen Organisationen der Stiftung. Die Gründung und Konzeption der Stif-[43]tung, die Schaffung der Preise mit seinem Namen sowie die Vorschläge für die ersten Preisträger wurden von Konrad Adenauer ausdrücklich gebilligt. K. Ziesel, Geschäftsführer der Stiftung, hat seine vorbereitenden Gespräche mit Adenauer und dessen Sympathien für die rechtsextremistische Institution mehrfach geschildert.⁶⁰ Adenauer nahm die Ehrenpräsidentschaft an; mit seiner Anwesenheit und Ansprache bei der ersten Preisverleihung am 28. Februar 1967 in München bekundete er demonstrativ seine Verbundenheit.⁶¹ Nach seinem Tode (19. April 1967) wurde von den Akteuren der Stiftung somit durchaus begründet der politisch-testamentarische Charakter der Bekenntnisse Adenauers zum militant antikommunistischen, fortschrittsfeindlichen Auftrag dieser Institution betont.

Die Stiftung und ihr Publikationsorgan werden entscheidend von Gruppen der Monopolbourgeoisie sowie einzelnen Konzernen, von der CSU und dem bayerischen Staatsapparat, von der CDU sowie weiteren reaktionären, einschließlich revanchistischen und neofaschistischen Organisationen und Gruppierungen unterstützt und beherrscht. Sie vereinen als repräsentative Einrichtungen der offenen Rechtskräfte Politiker der CDU! CSU, Revanchistenführer, reaktionäre Professoren, Nazi- und Bundeswehroffiziere, neofaschistische Ideologen sowie Publizisten der Monopolpresse und reaktionäre Schriftsteller. Der Einfluß der CSU-Führung unter Strauß ist eindeutig vorherrschend. Davon ausgehend entwickelte sich die politisch-personelle Verflechtung mit dem Springerkonzern. Anfang 1973 wurde der Bundestagsabgeordnete und Stellvertreter von Dregger in der hessischen CDU-Führung, Walter Wallmann, neu in den Vorstand der Deutschland-Stiftung gewählt. Die bisherige Liste der Adenauer-Preisträger bestätigt die Gesamteinschätzung der Stiftung und zeigt ihre verschiedenartigen soziologisch-ideologischen Verflechtungen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft sowie ihre Sammlungsfunktion gegenüber den verschiedenen Fraktionen und Gruppen der Reaktion.⁶²

Die Deutschland-Stiftung, ihr Organ und ihre Preise haben einen festen, spezifischen Platz in der ideologisch-politischen, taktischen und organisatorischen Formierung der Rechtskräfte in der BRD. Der Schwerpunkt liegt im Beitrag zur Herausbildung eines militant antikommunistischen Konservatismus [44] mit ausgeprägten nationalistischen und militaristischen Zügen. Ihr Feindbild umfaßt – in

⁵⁹ Vgl. dazu: Die „Konrad-Adenauer-Preise“ der „Deutschland-Stiftung e. V.“ 1967, in: ddz, H. 385/1967, S. 26 ff.; S. Wolff, Die „Konrad-Adenauer-Preise“ der „Deutschland-Stiftung e. V.“ 1968. Ein Beitrag zur Rolle des „Konservativismus“ in Westdeutschland, in: ddz, H. 415/1968, S. 1 ff.; Dieter Mühle, Das „Deutschland-Magazin“ – ein Sprachrohr rechtsextremer Kräfte in der BRD. Eine Dokumentation, in: ddz, 4/1972, S. 27 ff.; Ludwig Elm, Hochschule und Neofaschismus, Berlin 1972, S. 213 ff.

⁶⁰ Kurt Ziesel, Drei Begegnungen mit Adenauer. Lebhaftes Interesse an der Deutschland-Stiftung, in: Bayern-Kurier, München, 6. Mai 1967; ders., Gespräche mit Adenauer, in: Ein Vermächtnis Konrad Adenauers. Die Deutschland-Stiftung. Eine Dokumentation, Würzburg 1967, S. 68 ff.

⁶¹ Vgl. die Ansprache Adenauers, in: Ein Vermächtnis Konrad Adenauers, a. a. O., S. 57 f.

⁶² Adenauer-Preis-Träger der Deutschland-Stiftung:

	Wissenschaft	Publizistik	Literatur
1967	Ludwig Freund	Armin Mohler	Bernt v. Heiseler
1968	Bischof Wilhelm Stählin	Emil Franzel	Frank Thiess
1969	H. J. Schoeps	Felix v. Eckardt	Edzard Schaper
1970	Pascual Jordan	Winfried Martini	Manfred Hausmann
1971	Arnold Gehlen	W. S. Schlamm	Zenta Maurina
1972	Ernst Forsthoff	Matthias Walden	R. Graf v. Codenhove-Kalergi (Politik)
1973		Lucius D. Clay	

„Es wäre also eine Aufgabe der CDU, zunächst einmal ihre geistige Orientierung nicht nach dem Kurs auszurichten, den das linke Meinungsmonopol angibt, sondern sich umzusehen, ob nicht im Bereich der Literatur, der Philosophie, der Staatswissenschaft und der Geschichte, ja selbst in dem der politischen Wissenschaften Männer zu finden wären, deren Rat eine Partei der Mitte immerhin nutzbringend verwenden könnte. Gehlen, Forsthoff, Mohler, Schlamm, Martini, Jordan, Schoeps, Schaper, Hausmann, Thiess – es ist weder Absicht noch Zufall, wenn hier Träger des Adenauerpreises genannt werden. Die Deutschland-Stiftung hat unter anderem die Aufgabe, die Totgeschwiegenen ans Licht zu ziehen und die politisch Maßgebenden auf die Männer hinzuweisen ...“ (Emil Franzel, a. a. O.)

rechtsextremistischer Verzerrung reflektiert – alle sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte, voran die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder und die kommunistische Weltbewegung; es umfaßt die Gegnerschaft zu allen Organisationen der Arbeiterklasse, zu demokratischen Reformen und gesellschaftlichem Fortschritt sowie zu einer aktiven und wirksamen Politik der friedlichen Koexistenz in Europa und in der Welt.

Wesensgleich sind die politisch-ideologischen Grundlinien der anderen, seit wenigen Jahren neu auftretenden Zusammenschlüsse und Periodika der äußersten Rechten einzuschätzen, die in die ausgesprochen neofaschistischen Gruppierungen fließend übergehen und sich mit jenen partiell überlagern und gegenseitig durchdringen. Sie sollen, zumindest in Auswahl, bei der Analyse einiger thematischer Komplexe einbezogen werden.⁶³

[45]

⁶³ Vgl. zum Bund Freiheit der Wissenschaft und zu weiteren konservativantidemokratischen Formierungsbestrebungen im Hochschulbereich: Ludwig Elm, a. a. O., S. 224 ff.

Zum Begriff und Wesen des Konservatismus

„Was ist konservativ? Ich weiß es nicht. Ich will es nicht wissen. Weder kann es gewußt werden, noch ist es wissenschaftlich.“

Golo Mann, 1962

„Jeder hat nur seine eigene Wahrheit.“

Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, 1971

Im Zusammenhang mit der Charakteristik der offen reaktionären Linie der Monopolbourgeoisie, der Linie des harten politischen Kurses, des Abbaues der Demokratie und der Gewaltanwendung, bemerkte G. Diligenski: „Dieser Kurs findet natürlich seine Ideologen und Propagandisten, die die reformistischen Konzeptionen einer erbitterten Kritik von rechts unterziehen.“⁶⁴ Das läßt sich exemplarisch an den Initiativen und Beiträgen konservativer Ideologen in der BRD nachweisen. Sie nehmen die Krise und Rückschläge der offenen Rechtskräfte als Ausgangspunkt und fordern, die reaktionäre ideologische Offensive nunmehr gründlicher vorzubereiten. R. Altmann hatte es bereits vor Jahren als falsch bezeichnet, „auf jede grundsätzliche Fundierung unserer Politik“ zu verzichten; „wir brauchen dringend eine bessere ideologische Ausstattung unserer Politik.“⁶⁵ In den Diskussionen der letzten Jahre wurde dies weithin anerkannt und bekräftigt. Ein führender Konservatismus-Ideologe, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, formulierte die Forderung so: „Begreife, daß der Konservative heute und morgen einer fundierten Theorie bedarf, also gerade dessen, wozu er sich bislang oft und nicht ohne Stolz für unfähig erklärte ... Für den Bereich der Politik dürfen wir sagen, wir brauchen den gebildeten, den philosophierenden, vor theoretischer Arbeit nicht zurückschreckenden Konservativen. Er muß seine Position mit derselben Schärfe theoretisch formulieren wie der Gegner.“⁶⁶ Kaltenbrunner hatte sich früher bereits „der zunehmenden Abwertung nicht nur des Wortes, sondern auch der Sache [46] Konservatismus und damit zusammenhängender Wirklichkeiten wie Autorität und Tradition“ entschieden widersetzt. Er fühlte sich zu der Vermutung berechtigt, „daß wir nicht nur an der Schwelle eines neuen Konservatismus-Verständnisses, sondern auch einer konservativen Renaissance im gesellschaftlich-politischen Raum angelangt sind“.⁶⁷

Dieser heute unvermeidliche Drang zur theoretisch-ideologischen Profilierung vertieft einen unlösbaren Widerspruch der konservativen Ideologie und Politik. Er besteht darin, daß Konservatismus, gemäß der jeweiligen konkreten historischen Situation differenziert ausgebildet, stets von seinem historisch-politischen Wesen her anti-aufklärerisch, anti-rationalistisch auftritt. Die Erkenntnisfeindlichkeit ergibt sich aus der Volks- und Fortschrittsfeindlichkeit und findet auch in der mythischen Werteskala und Begriffswelt sowie der Betonung der emotionalen Sphäre und der Bereiche des Unterbewußtseins, der Instinkte des Menschen seinen Ausdruck. In diesem Sinn wird im konservativen Selbstverständnis die eigene Position überwiegend als anti-ideologisch, zumindest unideologisch, interpretiert, da sie entscheidend an immateriellen und überzeitlichen Werten orientiert sei. Davon ausgehend wird der eigene politische Standpunkt als „natürlich“, „national“, „volklich“ oder „völkisch“ usw. definiert – auf jeden Fall als angeblich unpolitisch und klassenmäßig indifferent. Unter diesen Voraussetzungen bedeutet die „Ideologisierung“, die bewußte Ausarbeitung und Präzisierung eines konservativen theoretisch-ideologischen Systems, daß die eigenen erkenntnis- und theoriefeindlichen Prämissen in bestimmter Weise aufgegeben oder zumindest verletzt werden. Die konservativen Ideologen begeben sich auf Gebiete, auf denen sie ungünstige Startbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten haben. Diese Widersprüchlichkeit wird sich auch künftig in Meinungsverschiedenheiten über Begriff und Wesen des Konservatismus im reaktionären Lager selbst äußern. Sie wird ein die Ausbildung und massenpolitische Ausstrahlung eines irgendwie angepaßten und modernisierten Konservatismus beeinträchtigender Faktor bleiben. Als vermeintlicher Ausweg aus diesem Widerspruch zwischen tatsächlicher unvermeidlicher verschärfter Ideologisierung einerseits und dem theorie- und

⁶⁴ G. Diligenski, a. a. O.

⁶⁵ Rüdiger Altmann, a. a. O., S. 170 f.

⁶⁶ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Zehn Gebote für Konservative, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Stuttgart, 15. September 1972

⁶⁷ Ders., Der schwierige Konservatismus, in: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament, 49/71, 4. Dezember 1971, S. 19, 37.

erkenntnisfeindlichen Wesen andererseits sind künftig wahrscheinlich Kombinationsversuche [47] zu erwarten, bei denen mystifizierte Grundwerte und Leitbilder durch pseudowissenschaftliche Grundwerte ergänzt und gestützt werden sollen. Dies alles wird unter Betonung des Natürlichen, des Angemessenen, der Selbstbescheidung des Menschen, der Sachlichkeit, der Abwehr von psychischen und physischen Gefährdungen seitens der Masse, der Technik, des Fortschritts erfolgen.

Allein die unbestreitbare Aktualisierung des Begriffs des Konservatismus in den politischen Auseinandersetzungen, in gesellschaftstheoretischen wie ideologie- und parteiengeschichtlichen Erörterungen der letzten Jahre läßt es geboten erscheinen, auch aus marxistisch-leninistischer Sicht, von anti-imperialistisch-demokratischen Positionen aus die Auffassung vom Begriff und Wesen eines Konservatismus im letzten Drittel unseres Jahrhunderts neu – in der Weiterführung wie der Anwendung – zu bestimmen. Das ergibt sich auch aus der Notwendigkeit, sich mit der apologetischen Selbstdarstellung der Rechtskräfte sowie mit den Schwächen oder Fälschungen liberaler, sozialdemokratischer und revisionistischer Ideologen und Publizisten auseinanderzusetzen. Dabei sind ideologiegeschichtliche Ursprünge und Traditionen der Perioden der Herausbildung des Kapitalismus und seiner vor-monopolistischen Phase nicht zu ignorieren. Entscheidend für das Verständnis des Konservatismus in unserer Epoche ist jedoch seit Jahrzehnten sein imperialistisches Klassenwesen als ideologische Äußerung und Waffe der Monopolbourgeoisie und aller ihrer reaktionären Verbündeten und Stützen. Das gilt auch für die Beurteilung konservativer Traditionen der vorimperialistischen Perioden, die im Rahmen gegenwärtiger ideologischer Prozesse aktiviert werden.

Der Konservatismus, der als historisch-politisches und weltanschaulich-ideologisches Phänomen unser Interesse verdient und von dem hier die Rede ist, ist grundsätzlich als eine historisch-klassenmäßige Kategorie zu verstehen. In seinem Wesen läßt er sich damit keineswegs auf die Kennzeichnung menschlicher Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen des Beharrens, des Festhaltens an Bestehendem, der hohen Bewertung und der Bewahrung echter oder vermeintlicher Grundwerte, Leitbilder und Überlieferungen reduzieren. Es ist vielmehr bereits ein Moment konservativer Apologetik, eine solche direkte Ver-[48]knüpfung mit menschlichen Verhaltensweisen herzustellen, um einen angeblich ursprünglichen, der „Natur“ des Menschen entsprechenden Charakter konservativen Denkens und Handelns begründen zu können. H.-J. von Merkatz schrieb im ersten Heft einer vor Jahren von ihm herausgegebenen Schriftenreihe, daß konservative Politik nicht auf Theorie oder Systemen beruhe, „sondern sie beruht auf Erfahrung, Instinkt und Charakter“. Historisch bestünde die „entscheidende Rolle“ des Konservatismus in der „Verteidigung der natürlichen Entwicklung des Lebens gegen alle übertriebenen, überspitzten Ansprüche jener abstrakten Rationalität, die mit der fortschreitenden Zivilisation in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft immer mächtiger wurde.“ Schließlich faßte er seine Überlegungen über Berechtigung und Notwendigkeit des Konservatismus zusammen: „Danach übt die konservative Politik, ganz gleich unter welchem besonderen Namen, eine letztlich von der Natur des Menschen bedingte Funktion aus, die aufs engste mit dem Zeitalter des Rationalismus verknüpft ist. In den großen und kleinen Entscheidungen des politischen Verhaltens tritt sie überall als natürliche Gegenkraft auf, d. h. als Anwalt und Verteidiger des Lebens gegenüber den Gefahren einseitiger Abstraktion, Theorie und Systematik.“⁶⁸

Während die von Merkatz noch ausdrücklich und durchaus symptomatisch vertretene theoriefeindliche Implikation heute zwar nicht radikal überwunden, jedoch von „reformerischen“ Konservativen einer Kritik unterzogen wird, bleibt der philosophisch-soziologische Anthropologismus ein Wesenszug seitheriger konservativer Selbstdarstellung. Der Konservatismus, schrieb Golo Mann wenige Jahre später, „glaubt nicht an die Perfektibilität des Menschen“. Er sei bisher kaum besser geworden und würde nie gesichert gut und frei sein: „Da der Mensch kein rein vernünftiges Wesen ist, bedarf er, neben der Wissenschaft, nicht-vernünftiger, irrationaler Stützen, nach deren rationaler Grundlage man nicht fragen soll.“⁶⁹ Mann nannte die Treue zu alten Institutionen, Familien, Symbolen und Lebensstilen als Beispiele.

⁶⁸ Hans-Joachim v. Merkatz, Die konservative Funktion. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens, München 1957, S. 10 f., 79 (Konservative Schriftenreihe, hrsg. von H.-J. v. Merkatz, Bd. 1).

⁶⁹ Golo Mann, Konservative Politik und konservative Charaktere, in: Der Monat, (West-)Berlin, H. 165, Juni 1962, S. 50.

G.-K. Kaltenbrunner beschrieb Eigenschaften und Verhaltensweisen eines als konservativ geltenden Menschen „in einem noch vorpolitischen, zumindest nicht unbedingt politikbezogenen Sinn“ und sprach von einem „quasi naturwüchsigen [49] Konservatismus. Aber er schied diesen Bereich nicht von seinem eigentlichen Konservatismus-Begriff, sondern bezog ihn als grundlegend ein: „Konservatismus ist keine Heilslehre und kein Weg zur Erlösung von allem Übel. Er ist der sich wandelnde Ausdruck dessen, was im Grunde unwandelbar bleibt; Bewußtsein von den elementaren Bedingungen gesellschaftlicher Stabilität, von den Konstanten der menschlichen Natur überhaupt; der in die Politik hineinragende Aspekt eines Denkens und einer Haltung, die an der condition humaine nicht leichtfertig vorbeiziehen.“ Noch entschiedener formulierte er die anthropologische Betrachtungsweise mit den Worten: „Alles spricht dafür, daß das Menschsein selber, die Humanität und Kreatürlichkeit im Horizont der Erfahrungen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts hindrängen zu einem neuen, aufgeklärten Konservatismus, der nicht länger als Steigbügelhalter reaktionärer Herrenreiter oder als Angelegenheit politischer Köhler und Dandies abgetan werden könnte. Eine Menschheit, die das konservative Element restlos verdrängte, würde nicht nur zum Opfer utopischer Lebenslügen, sondern viele letzten Endes erinnerungslos zurück in die Barbarei.“⁷⁰ In ähnlicher Weise behauptete Pascual Jordan einen absoluten Anspruch, als er gegen die „Zeitmode“ und den „Zeitgeist“ polemisierte – worunter in diesen Kreisen alle außerhalb des Rechtsextremismus befindlichen Positionen und Tendenzen verstanden werden –: „Aber wer wirklich geneigt ist, Antworten ernst zu nehmen, die außerhalb des engen Schemas der Tagesmode liegen, kann heute nur noch vom konservativen Denkstil etwas erwarten.“⁷¹ Als Axel Springer sein Bekenntnis als Konservativer ablegte, bezeichnete er konservativ als „ein Leben aus dem, was immer gilt.“⁷² Das Mißverhältnis zwischen den Verheißungen und dem Anspruch der Konservativen und dem tatsächlichen Ertrag ihrer bisherigen geistigen Bemühungen ist nicht zu übersehen.

In der rechtsextremistischen Presse erfolgen die Erörterungen zum Konservatismus mit dem Ziel, hier ein reaktionäres weltanschaulich-ideologisches Potential wirksamer zu erschließen. Der Konservative wußte, schrieb Mohler, „daß der Mensch weder hundertprozentig ‚Rationalist‘, noch hundertprozentig Gefühls- und Instinktmensch sein kann. Der Mensch ist eben beides zugleich. Und wenn jemand so tut, als sei alles, [50] aber auch alles, auf rationale Weise zu lösen und die Welt bis zum letzten Tüpfelchen verstandesmäßig zu erklären, so legt der Konservative eben mehr Gewicht auf das Unauflösbare, ‚Irrationale‘.“⁷³ Seitens des Springerkonzerns wurden die Vorstöße zugunsten des Konservatismus als „Widerpart des Zeitgeistes“ wohlwollend registriert und kritische Analysen und Aussagen diffamierend abgetan. Klaus Hornung begrüßte in einem klerikal-konservativen Blatt die Versuche zur „Theorie einer totgeglaubten Position“: „Konservativität, weit entfernt, eine Heilslehre zu sein, wird also bestimmt von einem tiefen Mißtrauen gegen alle noch so menschenfreundlich sich gebenden Weltumbaupläne. Die Konservativen stehen heute klar auf der Seite der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, treten, wo es notwendig ist, für ihre Reform und Evolution ein ...“⁷⁴ Im gleichen Blatt veröffentlichte Kaltenbrunner seine „Zehn Gebote für Konservative. Auch für solche, die es werden wollen“. Darin fordert er u. a.: „Weigere Dich zu glauben, daß es darauf ankomme, mit dem Fortschritt zu marschieren.“ Und an anderer Stelle: „Glaube nicht an historische Gesetzmäßigkeiten und Extrapolationen ... Sei gelassen, wenn man Dir vorwirft, den Trend zu verpassen, im Widerspruch zur geschichtlichen Entwicklung zu stehen.“⁷⁵ Schließlich sei darauf verwiesen, daß sich auch die neofaschistische Publizistik der Konservatismus-Thematik als einer ureigenen Sache annahm mit dem Ziel, die spezifische rechtsextremistische Färbung der künftigen konservativen Ideologie und Politik zu beeinflussen. Darüber hinaus sehen die neofaschistischen Akteure in einem einflußreichen, militanten konservativen Lager durchaus zutreffend eine günstige Bedingung der eigenen Wirksamkeit und sind an allen diesbezüglichen Bemühungen daher in höchstem Maße interessiert.

⁷⁰ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, a. a. O., S. 35, 37.

⁷¹ Pascual Jordan, Der Konservative und der Zeitgeist, in: Konservativ heute, H. 4, Juli/August 1972, S. 155.

⁷² Axel Springer, a. a. O., S. 16.

⁷³ Armin Mohler, Konservatismus – Entdeckung der Politologen, in: Bayern-Kurier, München, 3. April 1971.

⁷⁴ Klaus Hornung, Eine moderne Ketzerei, in: Deutsche Zeitung/Christ und Welt, Stuttgart, 20. Oktober 1972.

⁷⁵ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Zehn Gebote für Konservative, a. a. O.

Bei den erforderlichen Auseinandersetzungen mit den heutigen Ansprüchen konservativer Ideologie und Politik kann auf der Grundlage umfassender, multidisziplinärer marxistisch-leninistischer Forschungsergebnisse zum Imperialismus der Gegenwart auch von vorliegenden Bestimmungen dieser reaktionären ideologisch-politischen Strömung ausgegangen werden.⁷⁶ In diesem Zusammenhang sollen einige Merkmale, Wesenszüge und Probleme skizziert werden, die unter den gegebenen Voraussetzungen wesentlich und aktuell erscheinen.

Zunächst ist davon auszugehen, daß die politisch-wissen-[51]schaftliche Kategorie „Konservatismus“ berechtigt und notwendig ist. Das wird durch die geschichtswissenschaftliche Literatur wie die politische Alltagssprache bestätigt und mag als allzu selbstverständlich erscheinen. Tatsächlich widerspiegeln sich darin entsprechende objektive Zusammenhänge und begriffliche Erfordernisse. Es geht also nicht darum, der Selbstdarstellung und dem Anspruch der konservativen Kräfte zu folgen. Ganz im Gegenteil muß selbstverständlich zu den verschiedenen bürgerlichen Interpretationen und Bestimmungen eine kritische Position erarbeitet werden, die die entsprechenden historischen, sozial-ökonomischen, politischen Faktoren und Prozesse parteilich und objektiv einschätzt. Der marxistisch-leninistische Begriff des Konservatismus geht daher von dem unabdingbaren historisch-klassenmäßigen Zusammenhang mit der Herausbildung, der Entfaltung und dem Niedergang des Kapitalismus aus. Konservative Ideologie und Politik ist in den Grundfragen des Klassenkampfes stets ideelle Äußerung ausgeprägt volks- und fortschrittsfeindlicher Klassen, Schichten und Gruppen in der antagonistischen Klassengesellschaft. Aus ihrer Existenz und Wirksamkeit ergab und ergibt sich die Notwendigkeit adäquater begrifflicher Charakteristik, die die spezifischen Merkmale im Wesen und Standort erfaßt. Im einzelnen bedeutet dies: Konservatismus ist

- stets politisch, d. h., er bringt Klasseninteressen zum Ausdruck und ist bezogen auf Grundfragen des Klassenkampfes, der Macht, der sozialen Ordnung, des Staates, der Weltanschauung usw.;
- reaktionär und konterrevolutionär in bezug auf die geschichtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, Möglichkeiten und Erfordernisse der jeweiligen Epoche und der gegebenen konkreten Klassenkampfsituation; dieses reaktionäre und konterrevolutionäre Wesen äußert sich in grundsätzlichem Antidemokratismus und ausgeprägter Volks- und Fortschrittsfeindlichkeit sowie in bedingungsloser Feindseligkeit vor allem zu den zeitgenössischen revolutionären Errungenschaften, Bewegungen, Ideen und Vorkämpfern;
- in seinen inhaltlichen Aussagen wie seinen Erscheinungsformen immer historisch konkret einzuordnen und zu interpretieren; die historische Kontinuität konservativen Den-[52]kens und Handelns verwirklicht sich in dialektischer Wechselwirkung zum Charakter der jeweiligen Epoche und zum Verlauf des Klassenkampfes; die Rolle und objektive Wirkung konservativer Ideen, Richtungen, Organisationen, Schulen, Ideologen und Politiker ist nur in und aus der geschichtlich-gesellschaftlichen Gesamtentwicklung hinreichend zu erklären und zu beurteilen;
- unter den Bedingungen des Imperialismus unabhängig von Herkunft und Motiven einzelner konservativer Ideologen und Politiker vorrangig geprägt von den Klasseninteressen und -zielen der Monopolbourgeoisie und wird objektiv vorwiegend zugunsten dieser Interessen und Ziele wirksam – unbeschadet andersgearteter historischer Ursprünge, anachronistischer Begleiterscheinungen und individualistischer Interpretationen; dieses Klassenwesen des Konservatismus des 20. Jahrhunderts begründet seinen gesetzmäßigen und wechselseitigen Zusammenhang mit jeglichem Rechtsextremismus und insbesondere auch mit dem Faschismus und Neofaschismus.

Mit diesen Momenten ist das historisch-klassenmäßige Wesen des Konservatismus in den Grundzügen annähernd erfaßt, wobei notwendig allgemeine Tendenzen der bürgerlichen Ideologie sichtbar werden. Die Spezifik konservativer Ideologie und Politik im Verhältnis zu anderen Spielarten fortschrittsfeindlicher Ideologie ist weiter zu präzisieren. Das muß dahingehend erfolgen, daß „konservativ“ mit

⁷⁶ Vgl. beispielsweise: Artikel „Konservatismus“, in: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1973, S. 450; Artikel „Konservatismus“, in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Bd. 1, S. 1024. Bei dieser Gelegenheit sei vermerkt, daß die Unterscheidung zwischen „Konservatismus“ und „Konservatismus“ weder verbreitet noch stichhaltig begründet ist; die Begriffe werden daher in der vorliegenden Arbeit als synonym betrachtet und einheitlich – von zitierten Textstellen abgesehen – unter „Konservatismus“ ausgedrückt.

ausdrücklich erklärtem Standpunkt des Bewahrens und Beharrens, bedingungsloser Ablehnung von Revolutionen und gesellschaftlich tiefgreifenden Reformen verbunden ist und damit zutreffend assoziiert wird. Da das Bekenntnis gegen Revolution und Fortschritt bezüglich der tatsächlichen Klasseninteressen nicht offen sein kann, wird die spezifische konservative Position in der Regel auf dem idealistisch verklärten Umweg über die Bindung an vermeintlich zeitlose Werte, auf der Basis eines philosophischen Anthropologismus sowie ausgeprägter irrationaler und mythischer Kategorien und Konstruktionen formuliert und verfochten.

Selbst wenn von religiös motivierten Mythifizierungen abgesehen wird, bildet das irrational-mythische Element auch in der Gegenwart einen – vielfach ausdrücklich hervorgehobenen – Wesenszug konservativer Ideologie. „Wir können uns schwer einen Konservativen vorstellen, der keine Beziehung zur Transzendenz hätte, grob gesprochen: der an nichts glaubt, was außerhalb des Menschseins liegt.“ Ernst Klett fügte diesem Bekenntnis erläuternd hinzu, daß dies für den einzelnen individuelle „mythische Reserven“ wie auch Positionen von Martin Heidegger oder Ernst Jünger sein können – „das Spektrum ist breit, auch außerhalb des Christlichen“. ⁷⁷ Kaltenbrunner sprach davon, daß der Konservatismus neben einem relativen „sozialapologetischen Gehalt“ eine „transzendentalsoziologische Struktur“ habe, die ihn grundsätzlich von Liberalismus, Sozialismus und Kommunismus unterscheidet und „alle gruppen- und klassenmäßigen Ideologien überwölbt“; „er läßt sich dann definieren als die Einsicht in die Bedingungen intakter Institutionen und nichtkatastrophischen sozialen Wandels, wobei die Materie dessen, was jeweils institutionalisiert und umgewandelt wird, von der konkreten historischen Situation abhängig ist.“ Damit verweise der konservative Gedanke auch auf „eine unverkürzte Anthropologie“. ⁷⁸

Mit der Unterscheidung und Verknüpfung des „Sozialapologetischen“ mit dem „Transzendentalsoziologischen“ versucht Kaltenbrunner eine Formel zu finden, mit der ein tiefer Widerspruch im heterogenen konservativen Gedankengebäude überwunden werden soll: der Widerspruch zwischen dem Anspruch, im Kern unideologische, allgemeinemenschliche und somit zeitlose Voraussetzungen, Werte und Normen zu fixieren, und der tatsächlichen historisch konkreten Verbindung konservativer Ideologie und Politik mit den Interessen und Kämpfen bestimmter Klassen, Gruppen und Bewegungen. In der Auseinandersetzung mit solchen Versionen gewinnt – ausgehend von den oben genannten allgemeingültigen Wesenszügen des Konservatismus – der Aspekt des historisch konkreten Charakters jeder konservativen weltanschaulich-ideologischen, programmatischen und politischen Position besondere Bedeutung.

Der historische Charakter des Konservatismus ist in einem doppelten Sinn gegeben: zunächst der bereits genannte jeweilige notwendige Bezug zu konkreten Kräften und Situationen des Klassenkampfes; damit verbunden und darüber hinaus auch in dem Sinn, daß es kein einheitlich-durchgängiges historisch-klassenmäßiges Wesen konservativer Ideologie und Pro-[54]grammatik gibt. Vielmehr widerspiegeln sie solch unterschiedliche Bestrebungen wie feudalaristokratische konterrevolutionäre und restaurative Reaktionen auf die Französische Revolution von 1789, großbürgerliche Bündnisse mit feudalen Kräften gegen Liberalismus, Demokratie und Sozialismus im 19. Jahrhundert und schließlich exponiert imperialistische Funktionen und die Verquickung mit dem Faschismus im 20. Jahrhundert.

In einzelnen Ländern und Zeitabschnitten können die klassenmäßigen Triebkräfte, die vorherrschende ideologische Strömung und der Platz des Konservatismus in der politischen Struktur erhebliche Unterschiede aufweisen. Hier sind die Aussagen Lenins über die richtige Einschätzung der Epoche bedeutend und aktuell, insbesondere die Frage, „welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt“. Er wies darauf hin, daß die Veränderung des sozialen und klassenmäßigen Inhalts der Epoche – eben der objektiven geschichtlichen Lage – richtig erfaßt werden muß, wenn das Wesen historischer Ereignisse, Kämpfe, Bewegungen und Ideen richtig eingeschätzt werden soll. ⁷⁹

⁷⁷ Ernst Klett, Konservativ. Ein Vortrag, in: Merkur, Nr. 9/197 1, S. 843.

⁷⁸ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, a. a. O., S. 33.

⁷⁹ W. I. Lenin, Unter fremder Flagge, in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 134 ff.

Die konservativen Ideologen müssen dem unbestreitbaren historischen Charakter des Konservatismus in ihren apologetischen Konstruktionen Rechnung tragen. Merkatz schrieb: „Jede Epoche, jede Generation braucht ein neues Verständnis dessen, was konservativ ist, wie konservativ gedacht und gehandelt wird und wo die zeitlichen Aufgaben dieses Denkens und Handelns liegen.“⁸⁰ Bernd Motschmann sprach davon, daß Konservatismus „keine inhaltlich gefüllte Ideologie“ sei, sondern „eine Einstellung zum historischen Wandel der Gesellschaft“.⁸¹ In diesem Sinn hatte auch Schrenck-Notzing „konservativ“ als eine Tradition des politischen Denkens bezeichnet, „innerhalb derer die verschiedensten Positionen vorgekommen sind und noch vorkommen. Was heute konservativ ist, kann weder aus dem Wort noch aus der Geschichte abgeleitet werden, sondern entscheidet sich im Getümmel des Tages.“⁸² Kaltenbrunner hat diese Grundauffassung bekräftigt und aktualisiert, als er seine Forderungen an den heutigen Konservativen formulierte: „Statt auf Burke, de Maistre, Adam [55] Müller, Stahl, Lagarde und Moeller van den Bruck berufe Dich lieber auf Gehlen, Luhmann, Topitsch, Lorenz, Jouvenel und Lévi-Strauss.“ Er wandte diese Forderung auch auf das politische Verhalten des Konservativen an, der sich für konkrete Ziele und Aufgaben verantwortlich fühlen sollte: „Rede nicht von Erneuerung der Monarchie, des Adels und vortechnologischer Verhältnisse, sondern von der Notwendigkeit, den individuellen Autoverkehr zu drosseln, den Lärm in den Städten zu reduzieren, verfassungsfeindliche Kräfte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, der Verketzerung des Leistungsprinzips in Wirtschaft, Schule und Massenmedien energisch entgegenzutreten, die Autorität des Staates gegenüber den privaten und gesellschaftlichen Interessen zu stärken und das unverschämte Vordringen von Subversion, Fanatismus und Zügellosigkeit in den verschiedensten Lebensbereichen zu stoppen.“⁸³ Wilhelm Ribhegge bemerkte, daß der Konservatismus „kein politisch-ideologisches Fixum, sondern ein komplexer sozialer Prozeß“ sei.⁸⁴

Im Gegensatz zum gesetzmäßigen Zusammenhang von Arbeiterklasse und Sozialismus/Kommunismus gibt es beim Konservatismus keine einmalige und unverwechselbare Bestimmtheit des konkreten historisch-klassenmäßigen Wesens. Selbst im Verhältnis zum wissenschaftlichen Liberalismus-Begriff bleibt ein Unterschied, da bei aller Weite, inneren Heterogenität und ideologisch-programmatischen Unschärfe wie praktischen Inkonsequenz beim Liberalismus ein Wesenszusammenhang mit dem vor- und nichtmonopolistischen Kapitalismus besteht. Eine praktische Folgerung aus dieser historischen Relativität eines jeglichen Konservatismus besteht darin, bei der Analyse seiner Positionen und Erscheinungsformen diese Abhängigkeit von der objektiven geschichtlich-gesellschaftlichen Situation und damit von übergeordneten Klassenlinien zu berücksichtigen.

Aus unseren Feststellungen zum historischen Charakter jeder konservativen Ideologie und Politik ergibt sich, wie das ständige Gerede von einem „Neokonservatismus“ zu bewerten ist. Im scheinbar Neuen, d. h. in tatsächlichen Modifikationen, Anpassungen und im Abwerfen hemmenden historischen Ballasts, vollzieht sich unter veränderten geschichtlichen Bedingungen stets nur erneut die Aufbereitung konservativer Positionen und Funktionen für die jeweils aktuellen Erfordernisse reaktionärer [56] Kräfte im Klassenkampf. Beispielsweise wäre der sogenannte „Jungkonservatismus“ oder ein Artur Moeller van den Bruck für die zwanziger Jahre ebenso als neokonservativ zu charakterisieren wie die Auslassungen Kaltenbrunners in der heutigen bundesdeutschen Gesellschaft. Selbst im Herangehen lassen sich analoge Auffassungen nachweisen, wenn Moeller van den Bruck 1922 die Frage stellte: „Was heißt heute: konservativ sein?“ Und in seiner Antwort nahm er vorweg, was in der BRD die Merkatz, Mohler und Kaltenbrunner erneut verkünden: „Auch Konservatismus muß immer wieder errungen werden. Konservatives Denken sieht in allen menschlichen Verhältnissen ein ewiges Wiederkehren, nicht im Sinne einer Wiederkehr des Gleichen, sondern im Sinne dessen, was ständig und dauernd da ist, bald Vortritt, bald zurücktritt, aber immer wieder durchbricht, weil es

⁸⁰ Hans-Joachim v. Merkatz, a. a. O., S. 9.

⁸¹ Bernd Motschmann, Die ApO als Herausforderung an die Konservativen, in: Konservativ heute, 1, März/April 1970, S. 4.

⁸² Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Wider die Gefühlspolitik, in: Der Monat, (West-)Berlin, H. 165, Juni 1962, S. 58.

⁸³ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Zehn Gebote für Konservative, a. a. O.

⁸⁴ Wilhelm Ribhegge, Konservatismus. Versuch zu einer kritisch-historischen Theorie, in: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochen-Zeitung das parlament, 30/70, 25. Juli 1970, S. 23

ewig ist und im Menschen liegt. Doch auch dieses Ewige muß aus dem Zeitlichen immer wieder geistig geschöpft werden.“⁸⁵

Aus solcher Grundauffassung begreifen die konservativen Ideologen ihren jeweiligen Auftrag. Auch darin lassen, sich – bei Anerkennung aller wesentlichen Unterschiede und Veränderungen – Parallelen zwischen der Weimarer Republik und der BRD nachweisen. Der Tatkreis übernahm beispielsweise in den letzten Jahren der Weimarer Republik von konservativ-autoritären Positionen aus wesentliche profaschistische Funktionen. Seine ideologiebildende und -verbreitende Funktion und gleichzeitige Verbindungs- und Vermittlerrolle zwischen verschiedenen Strömungen der äußersten Rechten sind mit Platz und Funktion der Deutschland-Stiftung heute in der BRD in diesem Sinn durchaus vergleichbar. Schließlich werden die Analogien und geistigen Traditionslinien auch in der personellen Kontinuität sichtbar: Hans Zehrer ging seinen Weg von der führenden Rolle im Tatkreis zum Springerkonzern und Giselher Wirsing zum klerikal-konservativen Verlag „Christ und Welt“ – also beide zu festen publizistischen Stützen des heutigen bundesdeutschen Rechtsextremismus konservativ-nationalistischer Prägung.⁸⁶

Heute ist die Selbstverständigung exponiert konservativer Gruppen und Ideologen in der BRD in ihrer offen reaktionären Tendenz so weit fortgeschritten, daß zunehmend die verhängnisvollen Traditionslinien, nicht zuletzt der Jahre der [57] Weimarer Republik, bejaht und ausdrücklich neu aufgenommen werden. „Der Begriff des Konservativen ist schon in der Zeit nach 1918 vielfach erörtert worden, als für wache Menschen die Ausweglosigkeit der Situation klar zu werden begann, in welche sich die Weimarer Republik verwickelt hatte.“ Pascual Jordan fügte diesem Sympathiebekenntnis erläuternd hinzu: „Das Wort ‚konservativ‘ gewann damals neue Beliebtheit in Kreisen, von welchen die damals einzige ernsthafte Bestrebung ausgegangen ist, wenigstens einen Versuch zu einer durchgreifenden Staatsreform zu machen, ohne dem großen Rattenfänger nachzulaufen.“⁸⁷ Die Verfälschung des Verhältnisses des Konservatismus zum Faschismus ist hier unmittelbar Element neuer konservativer Standortbestimmung und verdient im folgenden weitere Beachtung. Aus den verschiedenen, exemplarisch angeführten Momenten geht hervor, daß die entscheidenden Unterschiede zur Weimarer Republik nicht aus einem historisch-klassenmäßigen Wandel im Konservatismus bzw. in der imperialistischen Ideologie und Politik überhaupt – geschweige denn aus einem radikalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit – erwachsen, sondern aus den tiefgreifenden Veränderungen in den internationalen Existenzbedingungen des Kapitalismus und damit korrespondierender Prozesse und Faktoren im inneren Klassenkampf. Diese Erkenntnis ist eine wesentliche Ausgangsposition für die Analyse und Einschätzung der heutigen Anpassungstendenzen konservativer Ideologie und Politik.

[58]

⁸⁵ Artur Moeller van den Bruck, *Konservativ*, Berlin (1922), S. 10 ff. (Ring-Flugschriften, 8). Vgl. auch: Ders., *Das dritte Reich*, Berlin 1923 – darin wiederholte er solche Grundgedanken und baute sie als zeitgemäße konservativ-nationalistische Programmschrift wesentlich aus.

⁸⁶ Vgl. dazu: Artikel „Tatkreis 1929-1933“, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch in 2 Bänden*, Bd. II, Leipzig 1970, S. 672 ff.; Artikel „Tatkreis“, in: *Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung*, a. a. O., Bd. 2, S. 648 ff.

⁸⁷ Pascual Jordan, *Der Konservative und der Zeitgeist*, in: *Konservativ heute*, H. 4, Juli/August 1972, S. 155 f.

Konservatismus – Faschismus – Rechtsextremismus

„Die deutsche Revolution kommt aus zwei Wurzeln: der konservativen und der nationalistischen.“

Edgar J. Jung, 1933

„Später einmal, wenn die Schwarzweißbilder von heute nicht mehr obligatorisch sind, wird man sogar feststellen müssen, daß der Nationalsozialismus nur deshalb das deutsche Volk erobern konnte, weil er neben jenen Antrieben, die man heute allein sehen will, auch starke konservative Impulse in sich trug.“

Armin Mohler, 1962

Das Verhältnis von Konservatismus und Faschismus ist eine zentrale, unter verschiedenen Gesichtspunkten die entscheidende Problematik im Zusammenhang mit dem erneuten Vordringen konservativer Ideologie und Politik. Es ist Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen. Dieser komplexen Frage kann nur in einigen ausgewählten Aspekten nachgegangen werden. Ihr Ursprung und ihre Tragweite ergeben sich aus der Wesensverwandtschaft von Konservatismus und Faschismus, die im imperialistischen Deutschland während der Weimarer Republik und der Nazidiktatur unübersehbar zutage trat. Kurt Gossweiler hat unlängst diese durch die Geschichtswissenschaft vielfältig belegte und dargestellte historisch-klassenmäßige Rolle der konservativ-reaktionären Richtung und ihrer Organisationen erneut charakterisiert: „Ihre enorme Bedeutung für das Aufkommen des Faschismus besteht in erster Linie darin, daß sie – und damit natürlich die hinter ihnen stehenden Kreise der herrschenden Klasse – dessen Stammvater, Nährmutter und eifrigste Förderer sind, ohne deren materiellen, organisatorischen und ideellen Beistand er über das Stadium des Sektendaseins nicht hinauskommen würde.“ Das ließe sich am italienischen wie deutschen Faschismus nachweisen.⁸⁸ Tatsächlich war es selbst unter den Bedingungen der Restauration und der antikommunistischen Staatsdoktrin den führenden Rechtskräften in der BRD als unzweckmäßig erschienen, sich offen und direkt zum Konservatismus und seinen verhängnisvollen Traditionslinien zu bekennen. Unter dem unmittelbaren Ein-[59]druck historisch-politischer Erfahrungen und dem Einfluß der antifaschistisch-demokratischen Kräfte dominierte im Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise eine Assoziation von Konservatismus und Faschismus.

Unter diesen Voraussetzungen sprach H.-H. Knütter davon, daß das „Dritte Reich“ die „Gräben zwischen dem Nationalsozialismus und den Konservativen eingeebnet“ hatte. Bezogen auf die Nachkriegsperiode kam er zu der Einschätzung, „daß der Nationalsozialismus dem deutschen Konservatismus das Rückgrat gebrochen hatte. Keine neue Organisation, einschließlich der Deutschen Partei, konnte einen größeren Anhang gewinnen, alle waren dagegen von rechtsextremer Infiltration bedroht, keiner gelang in der Praxis eine klare Abgrenzung zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.“⁸⁹ Damit wurden Symptome und Tendenzen erfaßt, die fortbestehenden klassenmäßigen Triebkräfte konservativer Ideologie und Politik jedoch verkannt. Mohler schrieb ein Jahr später: „Der deutsche Konservatismus ist ein Opfer des Faschismus. Wenn es heute in der Bundesrepublik weder ein festumgrenztes konservatives Lager noch ein unverfälschtes konservatives Ideengut gibt, so ist daran das Dritte Reich schuld.“⁹⁰ Mit dem Blick auf die historischen Ausgangspositionen und konservativen Bemühungen nach 1945 fragte Helga Grebing: hatte nicht „der Nationalsozialismus den Konservatismus theoretisch-programmatisch und praktisch-politisch so total diskreditiert, daß er sich fernerhin als denkunmöglich erweisen mußte?“⁹¹ Natürlich war dies für die BRD um 1970 eine rein rhetorische Fragestellung angesichts der Tatsache, daß selbst faschistische Ideologie und Politik seit Jahren nicht nur wieder „denkmöglich“, sondern eine seitens der herrschenden Klasse unangefochtene, selbst weithin partnerschaftlich geförderte und geschützte Realität geworden war.

⁸⁸ Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus. Material zur Faschismus-Diskussion, in: Gossweiler/Kühnl/Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung, Frankfurt a. M., 1972, S. 31 (H. 4 der Texte zur Demokratisierung); vgl. auch: Beiträge zur Geschichte der Entstehung und Stabilisierung der faschistischen Diktatur in Deutschland, in: Wiss. Ztschr. d. Humb.-Univ. Berlin, Ges. Sprachw. R. XXII (1973), 1/2.

⁸⁹ Hans-Helmuth Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1961, S. 197 f. (Bonner Historische Forschungen, Bd. 19).

⁹⁰ Armin Mohler, Konservativ 1962, a. a. O., S. 23.

⁹¹ Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971, S. 46 (Kritische Studien zur Politikwissenschaft).

Inzwischen war nicht nur von der Tradition und der Ideologie her, sondern auch in den politischen Gruppierungen und Kämpfen in der BRD die Wesensverwandtschaft von Konservatismus und Faschismus reproduziert worden und wurde selbst erneut Gegenstand politischer Auseinandersetzung, angefangen von den Versuchen zur wissenschaftlich-kritischen Analyse bis zu antikommunistischer Apologetik. „Die heutigen Rechtsradikalen und Rechtsextremisten ziehen es vor, sich von [60] den kompromittierten faschistischen Bewegungen der Vergangenheit, von deren Ideen und Losungen abzugrenzen. Doch die konkrete Analyse dieser Strömungen zeigt, daß sie auf die eine oder andere Art in den faschistischen Bewegungen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurzeln. In ihren Programmen vereinen sie den sozialpolitischen Konservatismus und das reaktionäre Wesen der herrschenden Klasse mit kleinbürgerlichen Illusionen ...“⁹² Einige Historiker und Politologen der BRD haben – bei allen Differenzen und Nuancen der politisch-ideologischen Standpunkte und trotz unterschiedlicher Motive – gemeinsame Ursprünge, Wesenszüge und Bestrebungen sowie entsprechende Übergänge, Verflechtungen und Wechselwirkungen der konservativen und neofaschistischen Gruppen der BRD diagnostiziert, darunter K. D. Bracher, I. Fetscher, I. Geiss, H. Grebing, R. Kühnl und K. Sontheimer. Noch entschiedener und klarer widerspiegeln sich solche Erkenntnisse und Erfahrungen vielfach in der politischen Publizistik, vor allem seitens der kommunistischen und anderer antifaschistisch-demokratischer Kräfte und von gewerkschaftlichen, linkssozialdemokratischen und bürgerlich-humanistischen Kreisen.

Kurt Sontheimer hatte 1968 am Beispiel der neofaschistischen NPD darauf hingewiesen, wie nahe heute wieder „bestimmte Vorstellungen des Rechtsradikalismus“ solche von „rechtskonservativen Gruppen“ berühren: „Es ist die zentrale These dieses Versuches einer ersten Darstellung antidemokratischen Denkens in der Bundesrepublik, das starke Aufkommen der rechtsradikalen NPD mit dem Erstarken rechter Strömungen innerhalb der offiziellen Politik der Bundesregierung und einiger ihrer Parteigruppen und sozialen Machtgruppen zu erklären.“ Er konstatierte diese Tendenz auch als Fazit wissenschaftlicher Untersuchungen zu reaktionärem Schriftgut in der BRD; danach „setzen sich die rechtsradikalen und rechtskonservativen Ideen aus denselben ideologischen Bestandteilen zusammen, die auch das rechtsorientierte antidemokratische Denken der Weimarer Republik bestimmt haben: Anti-Liberalismus, vehementer Anti-Marxismus und Anti-Kommunismus, Anti-Rationalismus, in Verbindung mit einem ‚organischen‘ Gemeinschaftsdenken.“⁹³ Imanuel Geiss hat wiederholt die heutigen konservativ-neofaschistischen Sammlungsbestrebungen in ihre historisch-klassenmäßigen Traditionslinien ein-[61]geordnet und entsprechende Analogien herausgearbeitet.⁹⁴ Reinhard Kühnl hat in seinem Gutachten „über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus“ schließlich ausdrücklich grundlegende gemeinsame historisch-soziologische Ursprünge und ideologisch-politische Grundpositionen von Konservatismus und Faschismus dargestellt.⁹⁵ Soweit sei exemplarisch auf Urteile zum historisch-klassenmäßigen Wesenszusammenhang von Konservatismus und Faschismus verwiesen, der hier im wesentlichen als geschichtswissenschaftlich gesichert vorausgesetzt wird. Einige Aspekte dieses Zusammenhangs werden in den vorliegenden Ausführungen an anderer Stelle sichtbar gemacht.

Für die konservativen Ideologen ist die reaktionäre, apologetische „Bewältigung“ dieses Problemkreises eine entscheidende Bedingung dafür, den Konservatismus zu rehabilitieren. Sie polemisieren

⁹² Der gegenwärtige Faschismus und die Realität seiner Gefahr. Internationale Diskussion von Marxisten, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 4/1973, S. 477 ff.

⁹³ Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. Studienausgabe mit e. Ergänzungsteil Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik, München 1968, S. 322, 328 f.

⁹⁴ Imanuel Geiss, a. a. O.; ders., Die Rechtsopposition und ihr Kampf gegen die Ostverträge, München 1972 (Schriftenreihe des „Pressendienstes der Demokratischen Aktion“).

⁹⁵ Gutachten von Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 5/1972, S. 531 ff. Zuvor hatte R. Kühnl in einer Besprechung der Bücher von Greiffenhagen und Grebing zum Konservatismus betont, „daß der Faschismus zentrale Teile dieser Ideologie übernehmen konnte. Der Autor schließt sich der in der kritischen Wissenschaft herrschenden Ansicht an, daß der Konservatismus zum Erfolg des Faschismus wesentlich beigetragen habe. Das war auch der Grund dafür, daß er nach 1945 zunächst als diskreditiert galt und die christlichen Komponenten wieder in den Vordergrund stellen mußte.“ (Frankfurter Rundschau, 26. Januar 1972)

gegen die Aussagen über den inneren Zusammenhang von Konservatismus und Faschismus sowie beider mit den Begriffen Rechtsextremismus und Reaktion. „Mit einer Mischung von Scham, Widerwillen und Gereiztheit“ begegne man oft dem Konservatismus, da er „heute durchweg ein Synonym für reaktionär, restaurativ, indolent, repressiv, autoritär, antidemokratisch, rechtsradikal oder faschistisch ist.“⁹⁶ In einem Springerblatt wurde die These vom Zusammenhang der Konservativen der Weimarer Republik mit dem Faschismus als „erheiternd, aber nicht überzeugend“ abgetan.⁹⁷ In einem anderen grundsätzlichen Exkurs wurde rundweg erklärt: „Nein, Verwandtschaft konservativen Denkens mit nazistischem Wallen und Wollen bestand nicht, weder in geschichtlichem noch in phänomenologischem Betracht.“⁹⁸

Solche Ignoranz und grobe Fälschung werden stets Element konservativer Apologetik sein, die schließlich in der neofaschistischen Geschichtsklitterung folgerichtig ihre äußerste Steigerung erfährt. Bedeutender werden in künftigen Auseinandersetzungen differenziertere Varianten, mit denen dem Konservatismus diskreditierender Ballast seiner Vergangenheit abgenommen werden soll. Sie bestehen vor allem in Versuchen, allzu offenkundige, historisch belegte und nicht bestreitbare pro- und quasifaschistische und sonstige ungeschminkt reaktionäre Anschauungen, Aktivitäten und Repräsentanten nicht mehr rundweg zu leugnen oder völlig zu rechtfertigen. Dieser poli-[62]tisch-moralische Schutt soll dadurch abgestoßen werden, daß jene Erscheinungen als nicht dem ursprünglichen und unverändert gültigen Wesen und Auftrag des Konservatismus gemäß, als partiell und zufällig, als historisch, regional oder durch subjektive Momente einzelner Ideologen und Politiker bedingt, interpretiert werden. Auf diesem Weg soll die Existenzberechtigung wie die Glaubwürdigkeit konservativer Ideologie und Politik wiederhergestellt und neuer Handlungsspielraum gewonnen werden.

Julius Schoeps bemerkte: „In der heutigen Konservativismus-Diskussion wird viel zu sehr vom Blickpunkt der Katastrophe des Nationalsozialismus her argumentiert.“ Daher würden „bestimmte Vorurteile und Affekte“ immer wieder deutlich.⁹⁹ Auch K. Hornung äußerte sich in diesem Sinn über die „Gründe der lang andauernden Exkommunikation der konservativen Position in der Bundesrepublik“: „Da manche Konservativen zu Steigbügelhaltern des totalitären Nationalsozialismus wurden – längst nicht alle, wie gerade der konservative Kern des Widerstandes zeigt –, schien der Konservatismus bei uns für immer diskreditiert.“¹⁰⁰ Kaltenbrunner vermerkte „die verhängnisvolle Rolle einer bestimmten Art von Konservatismus im Prozeß der Heraufkunft und Etablierung der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts“ und reduzierte die Wechselwirkung überdies auf die Übernahme konservativer Symbole durch die Nazis.¹⁰¹ Sepp Schelz, Verlagsdirektor des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“, wiederholte jüngst diese Mär von der Verführung der braven Konservativen: „Es mag sein, daß die Konservativen noch heute am Trauma der ‚Harzburger Front‘ leiden, in die sie Hugenberg hineinverführte, und die Nazis haben das Ihre dazu getan, durch die illegitime Aufnahme und die Verfälschung konservativer Vokabeln den Begriff vollends zu diffamieren.“¹⁰² Durchgängig ist das Bemühen festzustellen, Konservatismus wie Faschismus von den grundlegenden sozialökonomischen Voraussetzungen und Triebkräften zu lösen sowie ihre theoretisch-ideologischen und politisch-funktionalen Gemeinsamkeiten zu bestreiten oder herabzumindern. Der partielle Bereich antinazistischer Vorbehalte und Äußerungen konservativer Gruppen wird maßlos überbewertet, um damit zugleich die Gesamteinschätzung des antifaschistischen Widerstandskampfes zu verfälschen. Tatsäch-[63]lich wurde in der BRD das imperialistische Klassenwesen von Konservatismus und jeglichem Rechtsextremismus reproduziert und findet im gemeinsamen militanten Antikommunismus, Nationalismus und Militarismus, in verwandten volks- und fortschrittsfeindlichen Gesellschaftstheorien und politischen Programmen sowie in vielschichtiger politisch-taktischer Wechselwirkung und

⁹⁶ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Der schwierige Konservatismus*, a. a. O., S. 20.

⁹⁷ *Die Welt*, (West-)Berlin, 28. September 1972

⁹⁸ Gerhard Storz, *Konservativ – ein Schimpfwort? Zur Rehabilitierung eines verrufenen Begriffs*, in: *Stuttgarter Zeitung*, 16. Januar 1971

⁹⁹ Julius Schoeps, *Konservative. Ohne Programm*, in: *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Stuttgart, 11. Februar 1972.

¹⁰⁰ Klaus Hornung, a. a. O.

¹⁰¹ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Der schwierige Konservatismus*, a. a. O., S. 21.

¹⁰² Sepp Schelz, *Die Konservativen – Wo sind sie geblieben?* In: *Konservativ heute*, 3, Mai/Juni 1973, S. 163.

Kooperation seinen Niederschlag – von den Ideologen und Publikationsorganen bis in den politischen Alltag der Parteien und Organisationen.

Andererseits bleibt hinzuzufügen, daß es theoretisch und politisch nicht unwichtig ist, worin sich Konservatismus und Faschismus unterscheiden. R. Kühnl bemerkte, es sei „möglich und notwendig, ‚gemäßigte‘ und ‚extreme‘ Rechte begrifflich voneinander zu trennen. Es läßt sich also angeben, ob es sich im Einzelfall um eine rechtsbürgerliche, nationalkonservative Partei oder um eine faschistische Partei, um ein rechtsbürgerliches oder um ein faschistisches Herrschaftssystem oder um eine Übergangsform zwischen beiden handelt.“ Zugleich arbeitete er „eine Reihe von Übereinstimmungen und Verbindungslinien“ zwischen beiden Strömungen heraus.¹⁰³ K. Gossweiler hat diese Frage auf die Strömungen der imperialistischen Reaktion am Ende der Weimarer Republik angewandt, wobei er von ihren grundlegenden Gemeinsamkeiten ausging. „Die Verbindung von sozialrevolutionärer Maskerade mit brutalster Gewalttätigkeit vor allem gegenüber der organisierten Arbeiterschaft macht die Spezifik des Auftretens der faschistischen Parteien im Vergleich zu ihren konservativ-reaktionären Spießgesellen und Wettbewerbern aus.“ In der Zielsetzung könnten beide Richtungen kaum unterschieden werden, wohl aber hinsichtlich derjenigen Elemente in der Kampfmethodik, die speziell vom Faschismus entwickelt wurden.“¹⁰⁴

Es sind insbesondere folgende Momente einzubeziehen, wenn, ausgehend von historisch-politischen Erfahrungen, klassenmäßigen Analysen und aktuell-politischen Erfordernissen, eine relative Unterscheidung von Konservatismus und Faschismus vorgenommen werden soll:

- Zum Unterschied vom Faschismus bildet der Terrorismus kein allgemeines und unabdingbares Kriterium des Konservatismus;
- die konservativen Strömungen und Gruppen sind in unserem [64] Jahrhundert gesetzmäßige Äußerungen des reaktionären Wesens des Imperialismus und damit stets als Wesenszüge der Ideologie und Politik der Monopolbourgeoisie in dieser oder jener Erscheinungsform gegeben; dagegen sind faschistische Organisationen und Herrschaftsformen nicht unvermeidbar;
- historisch-klassenmäßige Grundlage und Funktion des Konservatismus sind breiter und differenzierter als die des Faschismus, obwohl seine Massenbasis geringer sein kann – insbesondere unter Bedingungen, die eine hohe Wirksamkeit der spezifisch faschistischen Kampfmittel der Demagogie und des Terrorismus begünstigen; die weltanschaulich-ideologischen und politischen Traditionen und Bestandteile des Konservatismus sind vielschichtiger, differenzierter und anpassungsfähiger;
- die skrupellose soziale und pseudosozialistische Demagogie bis zu antikapitalistischen Versprechungen und taktischen Manövern sind ein spezifisches Merkmal des Faschismus.

Die These Kaltenbrunners, daß es „keinen konservativen Faschisten“ gibt, erweist sich in diesem Zusammenhang als apologetisch: Er unterstellt damit, daß die Kritiker des Konservatismus eine Identität von Konservatismus und Faschismus behaupteten. Seine Polemik gegen eine solche tatsächlich völlig unzutreffende Gleichsetzung richtet sich jedoch im Kern gegen den wirklichen Wesenszusammenhang beider Strömungen und ihre grundlegenden Gemeinsamkeiten. Gerade die konsequent antiimperialistisch-demokratischen Kräfte haben nie auf die Differenzierung zwischen den verschiedenen Fraktionen der antikommunistischen, proimperialistischen Kräfte verzichtet. Im Hinblick auf den Faschismus und andere Erscheinungsformen des extremsten imperialistischen Antihumanismus können bestimmte Bündnismöglichkeiten mit solchen konservativen Richtungen und Gruppen entstehen, die im Widerspruch zur volks- und fortschrittsfeindlichen Gesamttendenz des Konservatismus partiell und temporär Potenzen gegen die jeweilige äußerste Reaktion darstellen.

Die Aktualisierung des Konservatismus-Begriffs, nicht zuletzt die konservativen Selbstdarstellungen sowie liberale, rechtssozialdemokratische und revisionistische Versionen erfordern eine präzisere politische Einordnung des Konservatis-[65]mus. Aus der bisherigen Darlegung folgt, daß Konservatismus grundsätzlich reaktionär ist. Das erweist sich am Maßstab objektiver Kriterien, wie der Beziehung

¹⁰³ Reinhard Kühnl, Gutachten über die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, a. a. O., S. 531 ff.

¹⁰⁴ Kurt Gossweiler, Über Wesen und Funktion des Faschismus, a. a. O., S. 31.

zum Hauptinhalt der Epoche und zu den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung sowie an der objektiven Rolle im Klassenkampf. Konservatismus ist fortschrittsfeindlich. Konservative Ideologen polemisieren gegen die Feststellung der weitreichenden Kongruenz von konservativ und reaktionär. Kaltenbrunner postulierte zu diesem Zweck einen sehr engen Begriff der „Reaktion“; beispielsweise sei das Streben nach Wiederherstellung der mittelalterlichen Ständegesellschaft reaktionär. Andere betrachten monarchistische Bestrebungen als reaktionär. Damit wird – aus durchsichtigen ideologischen Motiven – der Begriff der Reaktion für unsere Zeit völlig ungenügend erfaßt. „Konservativ ist nicht Reaktion.“ Das hatte Moeller van den Bruck bereits vor einem halben Jahrhundert beteuert.¹⁰⁵ Ungeachtet der seitherigen geschichtlichen Lehren wird heute in der BRD von bürgerlichen Ideologen verkündet: „K(onservatismus) ist zu unterscheiden von Reaktion, die alles Bestehende erhalten, und von Restauration, die Überlebtes wiederherstellen will.“¹⁰⁶ Tatsächlich leitet sich das reaktionäre Wesen des Konservatismus heute aus den Grundlagen des Monopolkapitalismus ab; von den Ideologen des Imperialismus kann daher darüber keine objektive und kritische Aussage erwartet werden.

Das erzwungene Bemühen, nicht als reaktionär und fortschrittsfeindlich zu erscheinen, äußert sich in vielfältigen Formen. Strauß erklärte im Januar 1973 im Bundestag den Anspruch der von ihm repräsentierten offen reaktionären Kräfte auf das Etikett „politische Mitte“. Dieser Anspruch ist zuvor und seither wiederholt von verschiedenen Gruppen der äußersten Rechten erhoben worden und selbst Ausdruck rechtsextremistischer Ideologie und Politik: als rechts (= reaktionär) sollen lediglich einige offene und organisierte neofaschistische Gruppen gelten, während das Hauptlager der bundesdeutschen Reaktion – die militant antikommunistischen, konservativnationalistischen Hauptströmungen – als mittlere Position erscheinen soll. Dies bezweckt schließlich vor allem, die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus als linksradikalistisch verketzern zu können, da sie sich im ideologisch-politischen Gegensatz zur vermeintlichen „Mitte“ befinden.

[66] Konservatismus heute ist nicht „politische Mitte“ und auch nicht schlechthin „rechts“; Konservatismus ist Rechtsextremismus. Der Begriff des Rechtsextremismus umfaßt gerade, über den des Faschismus bzw. Neofaschismus hinausgehend, als Sammelbegriff das gesamte heterogene Lager offen volks- und fortschrittsfeindlicher Kräfte, d. h. im wesentlichen die faschistischen, konservativen und militaristischen Ideologien, Bewegungen und Organisationen. Das ist eine Folgerung aus der skizzierten Auffassung von Wesen und Funktionen des Konservatismus unseres Jahrhunderts und betrifft seine Einordnung in die Gesamtsituation des Klassenkampfes. Iring Fetscher erklärte zum Unterschied davon, daß ein „Grenzstrich zwischen dem Konservatismus der demokratischen Rechten und dem Rechtsradikalismus gezogen werden“ müsse. Das sei schwer exakt fixierbar, müsse „funktional und historisch relativ“ bestimmt werden, und die Übergänge seien gleitend. Sein Definitionsvorschlag widerspiegelt jedoch nicht nur die Schwierigkeit, sondern auch die Fragwürdigkeit eines solchen Abgrenzungsversuchs. Nimmt man den Kern seiner Definitionen, so sind danach jene „Theorien, Bewegungen und Ideologien“ konservativ, „die auf die Aufrechterhaltung eines in der Gegenwart noch existierenden politischen und sozialen Zustands gerichtet sind“, und jene rechtsradikal, „die auf das Rückgängigmachen eines in dieser Gesellschaft bereits erreichten Zustands der politischen und sozialen Demokratisierung abzielen“.¹⁰⁷ Ein exemplarischer Vergleich der CSU und der NPD am Maßstab dieser Kriterien würde ergeben, daß außer der grundlegenden Schwäche dieser formalen, historisch-soziologisch indifferenten Bestimmungen die vermeintlichen Wesensunterschiede tatsächlich ineinander übergehen und sich sowohl in der faschistischen wie konservativen Ausprägung des Rechtsextremismus (= „Rechtsradikalismus“) finden. Tatsächlich hat selbst K. Sontheimer bereits 1968 die Übergänge und Gemeinsamkeiten stärker hervorgehoben, obwohl er schließlich ebenfalls eine fiktiv-apologetische Abgrenzung von „rechtskonservativ“ und „rechtsradikal“ aufrechterhielt.

¹⁰⁵ Moeller van den Bruck, *Konservativ*, Berlin (1922), S. 17 (Ring-Flugschriften, 8).

¹⁰⁶ Artikel „Konservativismus“, in: *Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert*, Erster Bd. A-K, Köln 1971, S. 429.

¹⁰⁷ Iring Fetscher, *Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik*, in: *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967, S. 13.

Übrigens sind verschiedenartige direkte Ausfälle gegen den Fortschrittsgedanken ein mehr beiläufiges, jedoch unübersehbares Symptom des gesamten Rechtsextremismus. Es tritt zunehmend in der Ideologie und politischen Argumentation der [67] konservativen Kräfte hervor. Karl Steinbuch, der in jüngster Zeit im tagespolitischen Bereich wiederholt mit Urteilen rechtsextremistischer Färbung hervortrat, formulierte dies in einer dem militanten Konservatismus adäquaten Weise: „Progressivität wurde bei uns zum krankhaften psychosozialen Syndrom. Was kam da alles zusammen: weltfremde politische Zielsetzungen, Verachtung der Erfahrung, rücksichtslose Zerstörung bewährter Verhaltensformen, obskure konkrete Prognosen und die Hemmungslosigkeit bei der Durchsetzung politischer Absichten.“¹⁰⁸ Er verband die „publizistische Masche, Ruhe und Ordnung lächerlich zu machen“ kausal mit der rapiden Zunahme der Gewaltverbrechen in der BRD und schloß sich damit der spezifisch rechtsextremistischen Kriminalisierung der politischen Gegner an. Im Bundestag erklärte Paul Mikat (CDU), er könne sich „einen ‚Nur-Progressiven‘ überhaupt nicht anders vorstellen als ein besonders neurotisches Exemplar (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)“.¹⁰⁹ Die politischen Folgerungen, die in solchen Gedankengängen latent vorbereitet und unter Bedingungen verschärften Klassenkampfes aktualisiert werden, sind aus der Geschichte imperialistischer Machtausübung – nicht nur in faschistischen Ländern – bekannt.

In den Darstellungen zahlreicher Autoren der BRD nimmt der Begriff der „konservativen Revolution“ – oder auch: „revolutionärer Konservatismus“ – einen zentralen Platz ein. Es handelt sich dabei um die überwiegend unkritische Übernahme konservativer Selbstdarstellung, wie sie während der Weimarer Republik – beispielsweise durch Edgar Julius Jung – entwickelt und frühzeitig in der BRD von Mohler wiederaufgenommen wurde.¹¹⁰ Während dies bei Mohler und anderen reaktionären Ideologen das bewußte und direkte Anknüpfen an der konservativen Traditionslinie widerspiegelt, äußert sich darin bei Autoren mit kritischer Distanz die Inkonsequenz in der historisch-soziologischen Analyse und Wertung konservativer Ideologie und Politik. Das führte bei einem beträchtlichen Kreis bürgerlicher Historiker und Politologen schließlich in zumindest terminologischer Übereinstimmung mit der faschistischen Ideologie selbst zur Aufwertung faschistischer Diktaturen als „Revolutionen“, wie es beispielsweise von Ernst Nolte in Arbeiten zum Faschismus der zwanziger bis vierziger Jahre vertreten wird. Diese Begriffsbildung („revolutionärer Konservatismus“ [68] bzw. „konservative Revolution“) ist absolut unhaltbar, da sie auf einer fortschrittsfeindlichen Verfälschung und Aushöhlung des Revolutionsbegriffs basiert, der doch grundsätzlich dem auf objektiven Gesetzen beruhenden gesellschaftlichen Fortschritt zuzuordnen ist. Ungeachtet individueller Motive bedeutet die Charakteristik offen reaktionärer, volksfeindlicher Ideologien, Bewegungen, Umstürze und Regimes als „revolutionär“, jenen ursprünglichen und wesensgemäßen Fortschrittsgedanken im Revolutionären zu leugnen. Schließlich läuft dies darauf hinaus, die reaktionären Bestrebungen geschichtlich und politisch-moralisch aufzuwerten und die wirklich revolutionären Kräfte unserer Epoche zu diskreditieren und ihre Zielstellungen zu relativieren.

Die grundsätzliche Einordnung konservativer Ideologie und Politik der Gegenwart in den umfassenderen Begriff des Rechtsextremismus leitet sich aus dem Wesen des Konservatismus und seiner Wesensverwandtschaft mit dem Faschismus ab. Angesichts des historisch-konkreten Charakters jeder

¹⁰⁸ Karl Steinbuch, Wird der Leser von den Medien überfordert? In: ZV + ZV. Das Organ für Presse und Werbung, Nr. 17/18, 25. April 1972, S. 702. Der biologistische Zug in der Terminologie Steinbuchs kann nicht mehr als zufällig betrachtet werden, nachdem bereits in seinem spektakulären Offenen Brief an Willy Brandt Anfang 1972 der Begriff der „psychosozialen Vergiftung“ einen zentralen Platz bei der Denunzierung der demokratischen Linken eingenommen hat.

¹⁰⁹ Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 8. Sitzung, Bonn, 24. Januar 1973, S. 193.

¹¹⁰ Edgar Jung, Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg (1933); darin bezeichnete sich dieser führende konservative Ideologe der zwanziger und frühen dreißiger Jahre als Revolutionär, die faschistische Machtergreifung als Revolution und den Konservatismus als Wurzel dieser „Revolution“ bzw. als „das geschichtlich notwendige revolutionäre Prinzip“. Sein militanter, profaschistischer Konservatismus, wie er in der umfänglichen Schrift „Die Herrschaft der Minderwertigen“ (Berlin 1927) und in zahlreichen weiteren Veröffentlichungen entwickelt wurde, verhinderte nicht, daß ihn die faschistische Führung auf Grund sekundärer Differenzen für die „Revolution“ selbst als minderwertig befand und ihn bei der Gelegenheit des Massakers anläßlich des „Röhm-Putsches“ ermorden ließ. – Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950. Als speziellen Beitrag zu den aktuellen konservativen Vorstößen brachte Mohler diese Schrift 1973 in 2., völlig neu bearb. und erw. Fassung heraus.

konservativen Strömung, Organisation und Programmatik, der soziologischen und weltanschaulich-politischen Breite und Heterogenität des Konservatismus und schließlich der fließenden Übergänge und Überlagerungen mit anderen Richtungen bürgerlicher Ideologie und Politik muß eine einzelne konservative Schule, Gruppierung oder Persönlichkeit nicht unbedingt oder nicht uneingeschränkt als rechtsextremistisch beurteilt werden. Das ist ein politisch relevanter Aspekt, der jedoch nur auf der Grundlage einer historisch-klassenmäßigen Wesensbestimmung des Konservatismus fruchtbar wird.

[69]

Rechtsextremistischer Antikommunismus

„Ein Konservatismus, der etwas wert ist, darf nicht im Zweifel über die Identität des Gegners sein – so sehr dieser Gegner von Land zu Land verschieden sein mag.“

Gerd-Klaus Kaltenbrunner, 1972

Bei der Analyse des verschärften ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus und der Darlegung der theoretisch-ideologischen Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes stellte Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 fest: „Nach wie vor ist der Antikommunismus und Antisowjetismus die politisch-ideologische Hauptwaffe der imperialistischen Bourgeoisie. Er ist der konzentrierteste Ausdruck der Furcht des Imperialismus vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus. Der Antikommunismus ist zugleich Ausdruck der ideologischen Aggression des Imperialismus gegen die Hauptkraft des sozialistischen Weltsystems, die UdSSR, gegen die drei revolutionären Hauptströme unserer Epoche überhaupt.“¹¹¹

Diese Charakteristik des Wesens und der Rolle des Antikommunismus stellt den Schlüssel zur Analyse des historisch-klassenmäßigen Wesens konservativer Ideologie und Politik in unserer Zeit dar. Unter verschiedenen ideologischen Komponenten bildet der Antikommunismus rechtsextremistischer Prägung das entscheidende Element der Aktualisierung des Konservatismus für die ideologischen Bedürfnisse der imperialistischen Bourgeoisie. Unter Bezug auf Carl Schmitt erklärte G.-K. Kaltenbrunner, daß der Konservatismus seinen Gegner genau definieren müsse: „Die einzigen Gegner, die bedrohlich genug sind, um eine konservative Antwort herauszufordern, sind der sowjetische Imperialismus einerseits, der linke Utopismus andererseits.“¹¹² Die Erwartungen an einen angepaßten, [70] massenwirksamen Konservatismus beziehen sich im Kern auf die antikommunistische Funktion. Die konservativen Beiträge und Vorschläge zu gesellschaftspolitischen Grundfragen wie zu weltpolitischen Prozessen sind nur hinreichend erfaßbar, wenn die übergreifende und alle einzelnen Ebenen durchdringende Rolle des Antikommunismus einbezogen wird. Darin ist zugleich der prägnanteste Ausdruck des imperialistischen Klassenwesens des Konservatismus der Gegenwart zu sehen.

In seinen programmatischen Schriften der sechziger Jahre versuchte Strauß, den militanten Antikommunismus entsprechend den veränderten inneren und internationalen Bedingungen weiterzuführen.¹¹³ Dieser extreme Antikommunismus ist der gemeinsame Nenner aller Verlautbarungen, Programme und politischen Schritte der offenen Rechtskräfte aller Schattierungen; er bildet die hauptsächlichliche Grundlage der Mobilisierung und Sammlung aller rechtsextremistischen Strömungen. In seinem Grußwort an die Deutschland-Stiftung anläßlich der Adenauer-Preis-Verleihung 1971 erklärte Strauß: „Wir stehen heute näher denn je vor der Alternative, entweder ein sozialistisches Europa mit einer Friedensordnung Moskauer Prägung oder ein geeintes Europa mit einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung im Sinne Konrad Adenauers zu werden.“¹¹⁴ Vor der Bundestagswahl 1972 bekräftigten führende Politiker der CDU/CSU im Deutschland-Magazin als offenem Sprachrohr der rechtsextremistischen Sammlung die entschieden antikommunistische Position, mit der gerade in diesem Wahlkampf der „Katalog der Schreckparolen und Verleumdungen“ gespeist wurde.¹¹⁵ Dabei werden realistische Elemente und Schritte in der internationalen Politik, die im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker liegen, als Durchsetzung einer angeblich aggressiven kommunistischen Weltpolitik verfälscht und verhandlungs- und verständigungsbereite bürgerliche Politiker als moskauhörig und prokommunistisch angegriffen. Wesensgleich werden demokratische Kräfte und Bestrebungen im Innern als Werkzeuge der rechtsextrem ausgemalten sozialistischen Revolution gekennzeichnet, um den eigenen Antikommunismus zu kaschieren. Die Spitze ist

¹¹¹ Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, Bd. 1, S. 113.

¹¹² Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Was ist Konservatismus?, in: Konservativ heute, H. 6, November/Dezember 1972, S. 313.

¹¹³ Vgl. beispielsweise: Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, 2. Aufl., Stuttgart 1966; Ders., Herausforderung und Antwort, S. Aufl. 1969; Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, hrsg. v. Dieter Halfmann, Köln 1971 (Kleine Bibliothek, 14).

¹¹⁴ Zit. nach dem Wortlaut in: Deutschland-Magazin, 2, März/April 1971, S. 25.

¹¹⁵ Vgl. dazu: Hans-Dieter Bamberg, Katalog der Schreckparolen und Verleumdungen, a. a. O.

gegen die konsequentesten Vorkämpfer der Demokratie und des sozialen Fortschritts gerichtet, gegen die sozialistischen Länder und die Kommunisten. Robert Steigerwald stellte fest: „In der [71] BRD ist der Antisowjetismus und die Feindschaft gegen die DDR sowie gegen die DKP der konkrete und harte Kern des Antikommunismus.“¹¹⁶

Anlässlich einer revanchistischen Veranstaltung im September 1970 in Westberlin erhielt der Verleger A. C. Springer die Plakette für „Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“. Aus diesem Anlaß bezog er angesichts des im Vormonat paraphierten Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD eine offen konterrevolutionäre Position für die Gestaltung des Verhältnisses zur UdSSR und den mit ihr verbündeten sozialistischen Ländern: „Es muß auch erklärt werden, wie denn der Ausgleich mit den Völkern des Ostens gelingen soll, solange die Adressaten unserer Bemühungen notwendigerweise die kommunistischen Regierungen sind, in deren Gewalt sich diese Völker befinden.“ Beziehungen würden nicht dadurch gut, daß sie diplomatische Beziehungen seien. Man könne „nur hoffen auf Wandlung, ohne uns vorher verschlingen zu lassen“. „Ausgleich mit dem Osten? Dreimal ja! Aber nicht durch ‚Wohlverhalten‘ gegenüber Diktatoren.“¹¹⁷ Tatsächlich steht der Springerkonzern den Diktatoren unserer Zeit und jeglichem imperialistischen Terrorismus – von der Indochina-Aggression der USA bis zu den blutbefleckten Putschistengenerälen im September 1973 in Chile – sehr nahe. Es geht nicht gegen „Diktatoren“, sondern gegen den realen Sozialismus und alle progressiven Bewegungen unserer Epoche.

Zu den gemeinsamen ideologischen Positionen von Konservatismus und Faschismus gehört nach Ansicht von R. Kühnl auch „ein emotional aufgeladener, militanter Antikommunismus, wobei die Begriffe Kommunismus, Marxismus und Sozialismus enorm ausgeweitet werden, um jede Forderung nach sozialem Fortschritt als kommunistisch disqualifizieren zu können“.¹¹⁸ Er wies darauf hin, daß diese Ausweitung über gemäßigte liberale und demokratische Kräfte selbst bis zu den rechtssozialdemokratischen Ideologen und Politikern geführt wird. Diese Ausweitung ist seit je ein Wesenszug des rechtsextremistischen Antikommunismus. So wurden die großkapitalistische Weimarer Republik und manche ihrer Institutionen und Repräsentanten von Konservativen und Faschisten als „marxistisch“ und „sozialistisch“ verketzert, um die Beseitigung jeglicher demokratischer und liberaler Rechte und Freiheiten [72] ideologisch-politisch vorzubereiten. Konservative Ideologen in den USA wie James Burnham bauten mit diesem Konzept das Schreckgespenst eines Liberalismus der heutigen amerikanischen Gesellschaft auf, der dem Kommunismus angeblich Tür und Tor öffne.¹¹⁹ Auf diesem Weg geriet der Neoliberale Wilhelm Röpke mit seinen politischen Verlautbarungen in den letzten Lebensjahren ebenso in das rechtsextremistische Lager der BRD wie in jüngster Zeit ein zuvor mit dem Sozialdemokratismus sympathisierender Karl Steinbuch mit seinen Stellungnahmen zu aktuellpolitischen Auseinandersetzungen in Hochschule und Gesellschaft.

Rechtsextremistische Ideologie und Politik bedeutet gesetzmäßige Vertiefung und Verschärfung des antidemokratischen Inhalts des Antikommunismus. Die Diskriminierung wirklich demokratischer und freiheitlicher Kräfte, Forderungen und Institutionen ist eine vorrangige Funktion des Rechtsextremismus. Sie soll ideologisch-politisch die Androhung und Anwendung von Gewalt und Unterdrückung vorbereiten und sie als zulässig, notwendig und erstrebenswert erscheinen lassen. Die in den letzten Jahren neu entstandenen konservativen Zusammenschlüsse und Publikationsorgane

¹¹⁶ [Robert Steigerwald, Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, Berlin 1972](#), S. 86 f.

¹¹⁷ Axel Springer, „Im Namen derer, die schweigen müssen“, in: Deutschland-Magazin, H. 7/8, August/September 1970, S. 7 ff. In einer redaktionellen Vorbemerkung zu der nur unwesentlich gekürzt abgedruckten Rede wurde das rechtsextremistisch-konterrevolutionäre Pamphlet überschwenglich gewürdigt: „Diese Rede zur deutschen Ostpolitik hat in ihrer Klarheit, Eindringlichkeit und Würde kaum ein Gegenstück –“, Springer habe sich „zum Sprecher aller Patrioten unseres Landes gemacht“, und seine Ausführungen „verdienen millionenfache Verbreitung unter allen Staatsbürgern“.

¹¹⁸ Reinhard Kühnl, a. a. O., S. 539. Analog äußerte sich K. Sontheimer, a. a. O., S. 340 f., zum Antikommunismus der Rechten: „Typisch für das antikommunistische Syndrom ist jedoch, daß schon solche Individuen und Gruppen als kommunistisch oder kommunistenfreundlich denunziert werden, die nicht den gleichen scharfen Antikommunismus bekennen ... Der dominierende Antikommunismus der Bundesrepublik hat dazu geführt, daß in der Regel entschiedene Gegnerschaft gegen den Kommunismus schon ausreicht, um als Demokrat akzeptiert zu werden.“

¹¹⁹ James Burnham, Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus, Düsseldorf – Wien 1965.

zeichnen sich bei sekundären Nuancen durch gemeinsamen extremsten Antikommunismus aus, den sie mit reaktionären Werten und Leitbildern „positiv“ auszufüllen versuchen. Im Rahmen einer Besprechung der Zeitschrift „Konservativ heute“ wurde in einem Springerblatt ausdrücklich hervorgehoben, daß die Zeitschrift „erstens dem Osten gegenüber eine klare Linie“ habe.

Wesentliche Merkmale des Antikommunismus rechtsextremistischer Prägung sind der unverhüllt konterrevolutionäre Charakter, der militante Antidemokratismus und ausgeprägt antihumanistische Züge. Er ist insofern ideologischer Reflex auch der offenen Verbrechen der Monopolbourgeoisie und ihrer Werkzeuge gegen die Menschlichkeit und findet im Zynismus politischer Schriftsteller wie E. Anrich, E. Forsthoff, E. Franzel, A. Gehlen, P. Jordan, A. Mohler, W. S. Schlamm u. a. seinen adäquaten Ausdruck. „Das Wesentliche im Faschismus aber war ein bis zum Extrem gesteigerter bestialischer Antikommunismus“ – diese Feststellung von A. S. Jerussalimski findet im bundesdeutschen Rechtsextremismus der Gegenwart zumindest tendenziell ihre Bestätigung.¹²⁰ G. A. Arbatow hat die Not-[73]wendigkeit betont, den „militanten ‚Anti‘kommunismus der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Imperialismus, der in einem ganzen System von politischen und ideologischen Aktionen seinen Ausdruck findet“, von dem Nicht- oder Antikommunismus in breiteren Bevölkerungsschichten zu unterscheiden.¹²¹ Eben dieses Herangehen hat Gus Hall im Lichte der Erfahrungen der amerikanischen Kommunisten gefordert, nämlich zu differenzieren zwischen dem „ultrarechten Typ des Antikommunismus und den Meinungen derjenigen, die in aller Ehrlichkeit nicht mit dem kommunistischen Standpunkt übereinstimmen“. Die meisten Amerikaner „werden mit Kommunisten streiten und diskutieren, aber wenn sie das Wesen begreifen, wie das Big Business, wie die Ultrarechten den Antikommunismus einsetzen, um demokratische Bewegungen zu zerschlagen, dann werden sie diesen Betrug aus eigenem Interesse zurückweisen.“¹²²

Exemplarisch läßt sich an der Deutschland-Stiftung, ihren Preisverleihungen, ihrem Organ und dessen Autoren sowie weiteren politischen Aktivitäten die Funktion der konservativen Institutionen nachweisen, gesamtgesellschaftlich die politische Atmosphäre extrem reaktionär zu beeinflussen. Das erfolgt im taktischen Wechselspiel vor allem mit den Verbänden und Presseorganen der Monopolbourgeoisie und der CDU/CSU. So hat die Stiftung seit 1971 mehrfach Schritte für ein Verbot der DKP unternommen. Eine Hetze faschistischen Typs begleitet jeden geringsten Ansatz zu demokratischer Opposition und zu antimonopolistischen Bündnissen, die nicht zuletzt seitens der Arbeiterjugend und der progressiven Studentenbewegung gefordert werden.

Die konservativ-antidemokratischen Antikommunisten betrachten es auch als ihre Aufgabe, die flexibleren Spielarten antikommunistischer Massenbeeinflussung in ihrem reaktionären Gehalt abzuschwächen und zu verstärken sowie Tendenzen ihrer rückläufigen Wirkung durch rechtsextremistischen Druck entgegenzuwirken. Rechtssozialdemokratische Floskeln gegen einen „primitiven Antikommunismus“ – ausgelöst durch Erfahrungen und gegründet auf aktuelle Interessen der Monopolbourgeoisie – wurden daher von der äußersten Rechten mit Mißtrauen aufgenommen. In einem Springerblatt wurde behauptet, angesichts der „Gefahr einer naiven Verharmlosung [74] kommunistischen Machtstrebens“ schwäche man „mit solchen Redensarten die ohnedies angeschlagene Abwehrbereitschaft der parlamentarischen Demokratie gegenüber dem verstärkt sichtbaren kommunistischen Machtstreben in diesem Lande“.¹²³ In einem anderen großbürgerlichen Blatt griff Hans Buchheim in diese Erörterungen ein und plädierte dafür, sich als „Antikommunisten“ zu bekennen, die „im Kommunismus einen gefährlichen politischen Gegner sehen“. Man solle fragen, ob nicht „Antiimperialismus“ und „Antikapitalismus“ etwas Primitives seien.¹²⁴

Der Antikommunismus der Konservativen und der Neofaschisten ist unvermeidlicherweise stets „primitiver“, „vulgärer“ Antikommunismus; wobei diese Aussage nicht vordergründig als Wertung des

¹²⁰ A. S. Jerussalimski, Der deutsche Imperialismus. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1968, S. 811.

¹²¹ G. A. Arbatow, a. a. O., S. 197

¹²² Gus Hall, Der amerikanische Imperialismus, Berlin 1973, S. 300.

¹²³ Carl Gustaf Ströhm, Der „primitive Antikommunismus“, in: Die Welt, Ausg. B, 8. Februar 1973

¹²⁴ Hans Buchheim, Antikommunismus – „primitiv“ oder „nicht-primitiv?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 1973.

intellektuellen Niveaus, sondern als Beziehung zur objektiven Realität und als Urteil über den objektiven Gehalt rechtsextremistischer Anschauungen verstanden wird. Die Unterschiede zwischen der konservativen und neofaschistischen Strömung sind hier lediglich gradueller Natur. Das wird anschaulich sichtbar, wenn beispielsweise Bayern-Kurier, Die Welt, Konservativ heute, Deutschland-Magazin und Nationalzeitung oder Deutsche Nachrichten verglichen werden. Rechtsextremismus bedeutet äußersten Antidemokratismus im antikommunistischen Gewand, bedeutet Unvereinbarkeit mit der Wahrheit über die Grundfragen der Geschichte und der Gesellschaft, bedeutet damit auch im esoterischen Aufguß grobe Fälschung, Entstellung und Verketzerung des Fortschritts, seiner Träger und seiner Ideen.

[75]

Militanter Nationalismus und Militarismus

„Eine der großen Grundlagen der Lebensstruktur, die das konservative Denken als eine solche Grundlage sieht, ist der Wert Volk und Volkstum als Organ des Menschentums und als der Organismus, in dem der Mensch jeweils seinen Wurzelboden hat, um ins Leben zu treten und um sich persönlich entfalten zu können.

Konservatismus heißt also: national sein.

Antikonservativsein heißt also: antinational sein.“

Ernst Anrich, 1972

Das Vordrängen konservativer Bekenntnisse und Leitbilder in der BRD findet auch in der traditionellen Verbindung des Konservatismus mit nationalistischen und militaristischen Anschauungen seine Erklärung. Die ideologischen Bedürfnisse des aggressiven Imperialismus der BRD sind bestimmend für die Aktualisierung der chauvinistischen und militaristischen Tradition und Potenz des Konservatismus. W. Kortunow wies darauf hin, daß „der bürgerliche Nationalismus immer öfter mit dem Antisowjetismus“ einhergeht und „die antisowjetischen Ausfälle nationalistisch drapiert“ werden. Der antikommunistische bürgerliche Nationalismus diene „als allgemeine Plattform für sehr unterschiedliche ideologische Strömungen“, darunter auch für die Konservativen.¹²⁵

Aus der Geschichte und der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus ergab sich eine besonders aggressive Ausprägung der nationalistischen Ideologie und Politik, vielfach als unverhüllter Chauvinismus und mit einer extrem rassistischen Komponente. Auf Grund der Verknüpfung dieser ideologischen Linien mit dem Konservatismus vom Kaiserreich bis zur Nazidiktatur bestimmte dies wesentlich die Diskreditierung des Konservatismus nach 1945. Eine aktuelle „Rekonstruktion des Konservatismus“ kann nicht mehr in unmittelbarer und geradliniger Fortsetzung jener Traditionslinien erfolgen. Sie kann andererseits von ihren klassenmäßigen Voraussetzungen und ihrem ideologischen Gehalt und Auftrag her keinen grundsätzlichen Bruch mit jenen Traditionen und keinen echten [76] gesellschaftlichen Neuanfang herbeiführen. Vielmehr ist die zeitgemäße Mobilisierung und Aufbereitung der reaktionären nationalistisch-militaristischen Überlieferung ein wesentliches Motiv konservativen Aufbruchs.

Hauptsächliche Komponenten des militanten Nationalismus in der BRD sind der in herkömmlichen wie modifizierten Erscheinungsformen fortbestehende Revanchismus und das reaktionäre Geschichtsbild. Die antikommunistischen Europa-Konzeptionen heben den Nationalismus keineswegs auf, sondern integrieren ihn und sollen seine Wirkungsmöglichkeiten erhöhen. Das fand in der Adenauer-Preis-Verleihung der Deutschland-Stiftung an den Vorkämpfer eines kapitalistischen, antisowjetisch orientierten Paneuropa, Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, einen geradezu symbolischen Ausdruck.¹²⁶ Schließlich entsprechen die Verlautbarungen der Konservativen und Neofaschisten den Interessen des imperialistischen Industrie-Militär-Komplexes und widerspiegeln dessen friedensfeindliches und antidemokratisches Wesen.

In der Mitte der sechziger Jahre kam es zu einer Welle nationalistischer Bekenntnisse und Erörterungen, die von Äußerungen führender Politiker der CDU/CSU und des Bonner Staates über historische und sozialwissenschaftliche Erörterungen bis zu neofaschistischen Ausfällen reichte. In einem inneren Zusammenhang damit standen der mit der Gründung der NPD Ende 1964 und ihren Positionsgewinnen signalisierte Vorstoß des organisierten Neofaschismus sowie die in den folgenden Jahren einsetzenden erklärten konservativen Sammlungsbestrebungen. Symptomatisch sind die nationalistischen Töne in den letzten politischen Äußerungen und Handlungen Adenauers, nicht zuletzt bezüglich der Deutschland-Stiftung. In seinem Schlußwort aus Anlaß der erstmaligen Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise am 28. Februar 1967 in München sagte er, daß die Stiftung dazu beitragen solle, „daß das deutsche Volk von der Jugend an bis zum Alter wieder gesundet“; ferner daß sie mitwirken solle, „damit das deutsche Volk wieder in die Höhe kommt“.¹²⁷

¹²⁵ W. Kortunow, Die Metamorphosen des bürgerlichen Nationalismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Berlin, 5/1973, S. 451.

¹²⁶ Vgl. dazu: Roland Meister, Ideen vom Weltstaat und der Weltgemeinschaft im Wandel imperialistischer Herrschaftsstrategien, Berlin 1973, S. 21 ff., 26 f.

¹²⁷ Zit. nach dem Wortlaut, in: Ein Vermächtnis Konrad Adenauers, a. a. O., S. 58. In einem Schreiben an den Vorstand der Deutschland-Stiftung e. V. vom 2. März 1967 dankte Adenauer „noch einmal herzlich für die Vorbereitung und

An anderer Stelle beklagte Adenauer den „Verfall von Tradition, Verfall von Autorität, Verfall der geistigen Werte“ sowie den „Mangel an Nationalgefühl“.¹²⁸ In Adenauers unmißverständlichem Einvernehmen mit den Akteuren, Hinter-[77]männern und ersten Preisträgern der konservativ-nationalistischen Deutschland-Stiftung äußert sich folgerichtig die reaktionäre Grundtendenz seines politischen Werkes seit 1945. Die von einer repräsentativen Gruppe bundesdeutscher Historiker, Politologen und Pädagogen in einer kritischen Erklärung zur Deutschland-Stiftung vom Mai 1968 getroffene Behauptung, „der Gebrauch des Namens Konrad Adenauer“ für die Preise der Stiftung sei Symptom „gefährlicher Irreführung und befremdlicher Fehleinschätzung“, erweist sich, auch wenn man einzelnen Unterzeichnern anerkennenswerte Motive unterstellen kann, selbst als eine befremdliche Fehleinschätzung. Damit wurde versucht, einen legendären Adenauer gegen den wirklichen Adenauer, die demokratische Fiktion gegen die tatsächlichen rechtsextremistischen Folgerungen zu verteidigen.¹²⁹

Der Nationalismus in den programmatischen Schriften und Reden von Strauß, in Veröffentlichungen und Erklärungen führender CDU-Politiker sowie in der Springerpresse zeigte an, daß prononciert nationalistische Ideologie als Element der Gesamtentwicklung des Imperialismus der BRD endgültig hoffähig wurde.¹³⁰ Karl Jaspers verwies unter Beibehaltung seiner bürgerlichen Illusionen über die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre staatlichen Institutionen besorgt auf den aufkommenden Nationalismus, dessen eigentliche Gefahr er weniger in der NPD an sich erblickte als in der allgemeinen Verstärkung der nationalistischen Gesinnung und ihres Vordringens in Bundeswehr, Bürokratie und anderen Parteien.¹³¹

Aus der historischen und weltpolitischen Situation des westdeutschen Imperialismus ergibt sich eine spezifische Verschärfung des aggressiven antikommunistischen Inhalts seines Nationalismus und Revanchismus, die den konservativen und neofaschistischen Kräften Auftrieb gibt. Seit den Nachkriegsjahren richten sich die hauptsächlich politischen-strategischen und territorialen Ziele des bundesdeutschen Revanchismus gegen die sozialistischen Länder, voran die DDR, die VR Polen, die ČSSR und die UdSSR. Das historische Scheitern dieses Revanchismus zeitigt neben einem realistischen, gemäßigten Einlenken bürgerlicher Politiker und Ideologen auch verstärkte Reaktionen rechtsextremistischen Charakters. Strauß erklärte in einem Interview mit dem „Deutschland-Magazin“: „Zusammenarbeit mit Moskau heißt nicht, daß wir Moskaus These von der Un-[78]veränderlichkeit der Teilung Deutschlands oder ihrer Änderung nur im Sinne einer gesamten kommunistischen Lösung zu übernehmen verpflichtet wären.“¹³² Jedes opportunistische Verhalten zum Revanchismus – wie es auch im Nationalismus der rechtssozialdemokratischen Führung und der Bundesregierung zum Ausdruck kommt – begünstigt letztlich Triebkräfte des Rechtsextremismus in der BRD.

Angesichts der verhängnisvollen historisch-politischen Rolle des Nationalismus und Chauvinismus der imperialistischen Bourgeoisie, der Wachsamkeit der antiimperialistischen Kräfte und des demagogischen Anspruchs, die politische „Mitte“ zu sein, treten die konservativen Ideologen der kritischen Charakteristik ihres Nationalismus entgegen. Sie bezeichnen ihre Position als „national“, die sich

Durchführung der Veranstaltung“, für ihren „würdigen und angemessenen Rahmen, so daß wir hoffen dürfen, in der weiteren Arbeit der Vereinigung die uns vorschwebenden Ziele zu erreichen“. (Ebenda, Faksimile des Briefes, nach S. 56).

¹²⁸ Deutschland-Magazin, 5/6, Mai/Juni 1970, S. 4.

¹²⁹ Zit. nach dem Wortlaut der Erklärung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 1968.

¹³⁰ Vgl. beispielsweise vom führenden CDU-Politiker und damaligen Präsidenten des Bundestages, Eugen Gerstenmaier: Die Deutschen und ihr Vaterland, in: Das Parlament, Beilage 38/1967, S. 3 ff. Rainer Barzel brachte seine antikommunistisch-nationalistischen Platitüden 1968 als „Gesichtspunkte eines Deutschen“ auf den Markt und warb darin für „ein ungebrochenes vaterländisches Bewußtsein“ und „eine nationale Besinnung“, die „gut und natürlich“ sei.

¹³¹ Karl Jaspers, Antwort, München 1967, S. 119. Im folgenden Jahr urteilte K. Sontheimer, a. a. O., S. 334 ff., ähnlich über einen „offiziellen Stimmungsumschwung zugunsten eines angeblich geläuterten Nationalismus“. In diesem Zusammenhang und an anderer Stelle finden sich auch bemerkenswerte Äußerungen von K. Jaspers zum gesellschaftspolitisch reaktionären Wesen des heutigen Nationalismus, „der den Staat auf die Nation als sein tiefstes Fundament gründen will und einen expansiven Charakter noch immer dadurch behält, daß er alle der Nation zugehörigen Menschen in sich aufnehmen will“. Und: „Der Nationalismus gilt uns als die gewaltige feindselige Macht, wo immer er auftritt. Er macht den Frieden und die innere Freiheit unmöglich.“ (Ebenda, S. 217)

¹³² „Als Europäer in Freiheit überleben ...“ Interview mit Franz Josef Strauß, in: Deutschland-Magazin, 5, Oktober/November 1972, S. 24.

vom rechtsradikalen „nationalistisch“ wie von linker „antinationaler“ – insbesondere als „Verzichtspolitik“ denunzierter – Politik unterscheidet. „Der Nationale als Hüter des Selbstbestimmungsrechts erwehrt sich des Nationalisten, der sein Recht brechen will oder bricht. Er wehrt sich aber ebenso gegen den Verzichtspolitiker, den würdelosen Wegbereiter des rechtsbrechenden Nationalismus.“¹³³ Das revanchistische Forderungsprogramm – historisch, politisch-moralisch und rechtlich unhaltbar und gescheitert – wird hier als Konsequenz des großbürgerlich verstandenen Selbstbestimmungsrechts und eines legitimen nationalen Anspruchs verkündet. Der konterrevolutionäre Charakter dieses Nationalismus soll unter antikommunistischem Vorzeichen legitimiert werden.

Die konservativen Gruppierungen und Publikationsorgane tragen und verbreiten heute wesentlich den Revanchismus und bemühen sich, die abnehmende Wirkung der organisierten revanchistischen Kräfte zu kompensieren. Konservativ-nationalistische, weitgehend bereits auf neofaschistischen Positionen stehende Hochschullehrer wie die Professoren F. A. Freiherr von der Heydte, Klaus Hornung und Fritz Münch traten mit größeren pseudowissenschaftlichen Exkursen im Deutschland-Magazin gegen die Vorbereitung, Paraphierung und Unterzeichnung des Vertrags der BRD mit der UdSSR als Ausgangspunkt und Kernstück des neuen europäischen Vertragswerkes hervor. Die Schlagzeilen ihrer Beiträge lauteten: „Frieden ohne Gerechtigkeit gibt es nicht. Kapitulation vor Reali-[79]täten?“ – „Das Ende der Freiheit Europas? Konsequenz des Moskauer Verichtsvertrags“ – „Warum ist der Moskau-Vertrag verfassungswidrig?“ Das ist zugleich publizistische Schützenhilfe für die im partei- und staatspolitischen Bereich sowie im Justizapparat agierenden reaktionären Kräfte, unter denen die CSU und die von ihr geführte bayerische Landesregierung bis in die Gegenwart unverändert eine bestimmende destruktive Position einnehmen. Deren Kern besteht darin, einen militanten chauvinistisch-militaristischen Block zu formieren, der in künftigen außen- und innenpolitischen Auseinandersetzungen Eckpfeiler zur Behauptung und schließlichen Durchsetzung der aggressiven Ziele der Monopolbourgeoisie der BRD sein soll.

Zu dieser Funktion gehören die Unterstützung nationalistisch-revanchistischer Bestrebungen in anderen Parteien und Verbänden ebenso wie die entschiedene Frontstellung gegen Kräfte und Aktionen, die auf die grundsätzliche Überwindung des Revanchismus gerichtet sind. In der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung W. Brandts vom 18. Januar 1973 äußerte der CDU-Abgeordnete Freiherr von Weizsäcker, daß man die von Brandt mit einer revanchistischen Konzeption angeregte „Deutsche Nationalstiftung“ „für sehr gut halte“. Als andererseits die sozialdemokratische Mehrheit im Nürnberger Stadtrat im März 1973 gegen die Stimmen der FDP, CSU und NPD den Abriß eines revanchistischen Denkmals beschloß und vollziehen ließ, erhob sich die Front der konservativen und neofaschistischen Revanchisten mit drohenden Anklagen. Der Adenauer-Preis-Träger Matthias Walden beschwor in einem Springerblatt das „Gedenken an die ihrer Grundrechte beraubten Landsleute in der heute noch sowjetisch besetzten Zone Deutschlands“ und gab jedem recht, der im Zusammenhang mit dem europäischen Vertragswerk „einen Verlust der Urteilsfähigkeit gegenüber kommunistischen Unrechtstatbeständen befürchtet, vor einer Verharmlosung östlicher Diktaturen gewarnt und gegen Erscheinungen der nationalen Würdelosigkeit Widerspruch angemeldet hatte ...“¹³⁴ An einer politischen Episode wurden schlagartig die aktuelle Synthese von rechtsextremistischem Antikommunismus, Nationalismus und Revanchismus und ihre politischen Repräsentanten von der NPD bis zur Jungen Union sichtbar.

Gegen die Ausflüchte und Fälschungen der Konservativen [80] und Neonazis muß vom Nationalismus in ihrer Ideologie bis zu dessen chauvinistisch-rassistischen Folgerungen gesprochen werden. Sie gehen von einer mythischen, ahistorischen wie klassenindifferenten Auffassung der Nation aus und weisen ihr einen zentralen Rang im politischen Denken und Programm zu. Die innere reaktionäre Folgerichtigkeit dieses Konzepts besteht in der bedingungslosen Feindseligkeit gegenüber jeder echten historisch konkreten, sozialkritischen Analyse und entsprechenden antiimperialistisch-demokratischen und sozialistischen Schlußfolgerungen. Notwendig richtet sich damit heute die Spitze gegen

¹³³ Rudolf Rahlvers, Der Nationale, der Nationalist und der Verzichtspolitiker, in: Deutschland-Magazin, 3, September/Oktober 1969, S. 16.

¹³⁴ Matthias Walden, Geschleiftes Gewissen, in: Die Welt, Ausg. B, 31. März 1973.

den Marxismus-Leninismus, gegen die kommunistischen und Arbeiterparteien, gegen den Sozialismus. In dieser Stoßrichtung und dem durchgängigen Antidemokratismus besteht das antikommunistische Wesen des Nationalismus der imperialistischen Bourgeoisie.

Diese ideologischen Leitlinien stehen wie in der Vergangenheit auch in der bundesdeutschen Gegenwart in einer komplexen wechselseitigen Beziehung zum Militarismus. Die militanten konservativen Ideologen und Politiker, ihre Organisationen und Sprachrohre nehmen vor allem im ideologisch-politischen Bereich an der Militarisierung der Gesellschaft teil. Dieser Themenkreis nimmt in ihrer Tätigkeit einen vorrangigen Platz ein. Die im Sinne der Interessen des Militär-Industrie-Komplexes und der aggressiven NATO entwickelten Positionen werden in enger Wechselwirkung mit den außen- und innenpolitischen Grundfragen erörtert. Die konservativen Kräfte sind bemüht, ihre entschieden antikommunistischen und nationalistischen Vorstellungen in den imperialistischen Militarisierungsprozeß einzubringen und gerade auch in diesem Bereich zur Zurückdrängung und Unterdrückung antiimperialistisch-demokratischer und sozialistischer Gegenpositionen beizutragen. Als hauptsächliche Forderungen und Ziele nennen sie verbindliche ideologisch-erzieherische Normen und Leitbilder der Bundeswehr; die radikale Unterdrückung demokratischer Kritik an und in den militärischen Institutionen, die nationalistisch-militaristische Disziplinierung der Truppe, die verstärkte autoritäre Führung der Bundeswehr, die stete Erhöhung der materiellen Aufwendungen für die imperialistische Kriegsmaschinerie und eine forcierte, staatlich reglementierte militaristische Erziehung und Bildung der Jugend bzw. der gesamten [81] Bevölkerung. In außenpolitischer Hinsicht soll die offen reaktionäre Linie in der NATO und der gesamten weltweiten Strategie des Imperialismus gegenüber der Politik der friedlichen Koexistenz gestützt werden. Langfristig geht es darum, die Machtpositionen der Monopolbourgeoisie der BRD für hegemoniale Bestrebungen in Westeuropa sowie zur langfristigen Verfolgung der erklärten nationalistisch-revanchistischen Ziele zu erhalten und auszubauen. Die rechtsextremistischen Vorstöße zugunsten der jeweils aggressivsten Varianten haben hierbei in außen- wie in innenpolitischer Hinsicht wesentliche Funktionen im aggressiv-militaristischen Gesamtkonzept.

Diese Zusammenhänge widerspiegeln sich auch in personellen Beziehungen und Verflechtungen. So ist für die Deutschland-Stiftung von Anbeginn die Mitwirkung früherer hitlerfaschistischer und heutiger rechtsextremistischer Offiziere charakteristisch. Brigadegeneral a. D. Heinz Karst wurde Anfang 1973 auf der Jahresmitgliederversammlung der Deutschland-Stiftung zum neuen Vorsitzenden dieses Vereins gewählt, dessen Vorstand weiterhin Nazigeneral Walther Wenck angehört. Karst ist ein führender Vertreter der einflußreichen autoritär-militaristischen Kräfte in der Bundeswehrgeneralität, deren Geschichts- und Gesellschaftsbild ausgesprochen konservative und vielfach neofaschistische Züge trägt. Bereits 1953 im Amt Blank am Aufbau der bundesdeutschen Wehrmacht beteiligt, wirkte er langjährig auf dem Gebiet der „Inneren Führung“ und leitete bis zu seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr 1970 die Abteilung Erziehung und Bildung. Karst forderte im Frühjahr 1972, daß „die gesamte politische Führung der Nation“ alle Bürger zu einer opferbereiten Einstellung zur „Verteidigung“ führen müsse. Es sei „erforderlich, daß die integrierenden Grundüberzeugungen unserer freiheitlichen Lebensordnung unter der ‚Generalklausel‘ der Funktionsfähigkeit der Armee (Hoogen) die gemeinsame Basis für den Wehrdienst abgeben und nicht der Pluralismus ...“ Darin sah Karst das ideologisch-politische Schlüsselproblem für eine Reihe von Einzelfragen zur Erhöhung der Schlagkraft der Bundeswehr, wie „Ausbildung und Erziehung zum Kämpfer mit allen Konsequenzen“, „soldatische Ordnung“ und „soldatische Formen“, „das Stiefkind der zivilen Landesverteidigung glaubwürdig aufzubauen“, „den Bürgern Opfer abzuverlangen“ usw.¹³⁵

[82] Der CDU-Politiker Manfred Wörner, im Falle eines CDU/CSU-Wahlsieges 1972 als Bundesverteidigungsminister vorgesehen, entwickelte im Herbst 1972 in einem Interview an gleicher Stelle analoge Positionen der extrem reaktionären Kritik am Zustand der Bundeswehr und zu den Erwartungen

¹³⁵ Heinz Karst, Die Bundeswehr. Hilfe und Stütze für junge Menschen. Die Jugend will echte Autorität und überzeugende Vorbilder. Disziplin im soldatischen Leben ist keine teilbare Größe, in: Deutschland-Magazin, 2, April 1972, S. 21 ff. Von der Brandt-Regierung wurde der ultrareaktionäre Militarist 1970 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Vgl. zum weiteren gesellschaftspolitischen Zusammenhang einer solchen Erscheinung: Hans Peter, Exgenerale in zivilen Bereichen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems der BRD. Dokumentation, in: IPW-Berichte, Berlin, 6/73, S. 64 ff.

hinsichtlich der aggressiven Aufgaben.¹³⁶ Im Bayern-Kurier, in Blättern des Springerkonzerns wie der Neofaschisten werden rechtsextremistische Schreckensparolen über eine Krise der Bundeswehr verbreitet und entsprechende entschieden reaktionäre Maßnahmen gefordert. Es gäbe „eine tiefgreifende Legitimitätskrise“ der Bundeswehr als „eine Folge der Entwicklung nach den Ostverträgen“, und die „Woge der Wehrunwilligkeit“ bedrohe die Bundeswehr wie „die äußere Sicherheit unseres Landes“. „Um so dringender ist die Opposition aufgerufen, der Öffentlichkeit eine staatspolitisch höchst gefährliche Situation bewußt zu machen ...“¹³⁷ Gerade im Sinne dieser Forderung nehmen die konservativen Wortführer ihre Aufgaben wahr.

Im Deutschland-Magazin wurde diese Linie seit den ersten Ausgaben 1969 mit scharfen Angriffen gegen den Atomwaffensperrvertrag fixiert¹³⁸ und seither in allen militärpolitischen und Rüstungsfragen verfolgt. Der Schüler des Nazi- und Bundeswehroffiziers und neofaschistischen Hochschullehrers von der Heydte, Armin Steinkamm, polemisierte in „Konservativ heute“ gegen effektive Schritte zu einer von ihm antisowjetisch diffamierten europäischen Friedensordnung: „Die sicherheitspolitischen Forderungen liegen auf der Hand: 1. Die Übernahme eines größeren Teiles der konventionellen Lasten der Allianz durch die westeuropäischen Staaten. 2. Die Aufstellung einer eigenen, westeuropäischen Nuklear-Streitmacht, die in der Lage ist, die amerikanischen forward base systems (FBS) = die ‚nach vorne gerichteten Nuklear-Potentiale‘ – in Europa im Sinne einer glaubwürdigen Abschreckung zu ersetzen.“¹³⁹ In Erwiderung auf demokratische Initiativen gegen die Militarisierung der Wissenschaft, speziell gegen die imperialistische Kriegsforschung, trat der Leiter des Instituts für Verkehrswirtschaft und öffentliche Wirtschaft der Universität München, Karl Oettle, in konservativen Zeitschriften gegen die „Kriegsforschungs“-Hetze“ auf. Oettle bekannte sich zu dem „auch für unsere Freiheit in Indochina geführten Krieg der Vereinigten Staaten“ und forderte die strafrechtliche Verfolgung der Geg-[83]ner imperialistischer Aggressionen, die gegen Rüstungspolitik und Kriegsforschung auftreten.¹⁴⁰ Unlängst wurde von konservativer Seite ausgerechnet die Protestbewegung gegen die Verbrechen der US-Aggressoren als exemplarischer Fall von Manipulation dargestellt.¹⁴¹ Ein anderer Autor konservativer Blätter, Klaus Hornung, hatte sich bereits frühzeitig um die Apologetik der militaristischen Tradition der Bundeswehr bemüht. Er verfocht die These, daß der Militarismus der Nazidiktatur mit der Tradition des Soldatentums nichts zu tun hatte und letztere angeblich unbefleckt beansprucht und weitergeführt werden könne.¹⁴²

Von den Ideologen des Konservatismus gehen bisher und sicher auch künftig wesentliche Initiativen und Impulse für eine rechtsextremistische Ausprägung des Nationalismus und der militaristischen Ideologie aus. Ihre Analyse vermittelt Aufschlüsse über Bedürfnisse und Tendenzen der reaktionärsten Gruppen der Monopolbourgeoisie und damit zugleich zur Gesamtentwicklung der nationalistischen und militaristischen Manipulation, die ohne ihre rechtsextremistischen Exponenten nicht hinreichend erfaßt werden kann. Die Erkenntnisse solcher Untersuchungen tragen dazu bei, die Perspektivlosigkeit auch der konventionellen ideologischen Hauptlinien der imperialistischen Bourgeoisie

¹³⁶ Interview mit Dr. Manfred Wörner. Verteidigungspolitik am Scheideweg, in: Deutschland-Magazin, 5, Oktober/November 1972, S. 35 f.

¹³⁷ Hans-Erich Bilges, Auszehrung der Bundeswehr. Wachsende Wehrunwilligkeit bedroht die Sicherheit, in: Die Welt, Ausgabe B, 27. März 1973.

¹³⁸ Beispielsweise von einem Ordinarius an der Universität Heidelberg: Fritz Mönch, Ein Vertrag ohne Sinn und Verstand, in: Deutschland-Magazin, September/Oktober 1969, S. 4.

¹³⁹ Armin Steinkamm, Sicherheitspolitische Aspekte der Ostpolitik, in: Konservativ heute, 4, Juli/August 1972, S. 188. Als Mitarbeiter in dem von F. A. Frhr. v. d. Heydte geleiteten Institut für Wehrrecht der Universität Würzburg war Steinkamm verantwortlich für die Herausgabe und Vorwortautor von: Strategie und Wissenschaft. Zweites wehrwissenschaftliches Diskussionsforum zwischen Wissenschaftlern, Politikern, Militärs und Studenten am 10./11. Juli 1965 in Würzburg, Würzburg 1966; u. a. enthält der Band Beiträge vom damaligen Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, von Prof. v. d. Heydte und Prof. Dr. Wilhelm Arnold als Rektor der Universität Würzburg (nebenbei Beiratsmitglied des Preisgremiums der Deutschland-Stiftung). Zu der 1967 von Prof. v. d. Heydte publizierten Dissertation A. Steinkamms schrieb General a. D. Hans Speidel das Geleitwort.

¹⁴⁰ Karl Oettle, Unter falscher Flagge. Verteidigungsforschung als Kriegsforschung diffamiert, in: Deutschland-Magazin, 3/4, März/April 1970, S. 13; ders., „Kriegsforschungs“-Hetze, in: Konservativ heute, 3, Juli/August 1970, S. 25 ff.

¹⁴¹ Dieter Kraeter, Der Mensch – das manipulierte Wesen, in: Konservativ heute, 3, Mai/Juni 1973, S. 120 ff.

¹⁴² Klaus Hornung, Soldat und Staat. Gerechte Maßstäbe gegen alte Institutionen, Stuttgart (1956), bes. S. 38 ff.

schärfer zu charakterisieren und das Bewußtsein vom progressiven und humanistischen Gehalt der antiimperialistisch-demokratischen und sozialistischen Ideologie und Politik zu vertiefen.

[84]

Das reaktionäre Geschichtsbild

„Abschied vom Deutschen Reich, von der deutschen Geschichte, der deutschen Tradition. Die Deutschen der Bundesrepublik sind arme Hunde: Ein Volk ohne Vergangenheit, das deshalb auch keine Zukunft haben kann.“

Hans Joachim Schoeps, 1973

„Es versteht sich, daß auch die Pflege der eigentlichen Tradition, der vaterländischen Geschichte zur konservativen Praxis gehört.

... es ist völlig in der Ordnung, daß in den Kasernen der Bundeswehr die Bildnisse ruhmreicher deutscher Heerführer hängen.“

Golo Mann, 1962

Das historische Element nimmt unter den Ursprüngen und Triebkräften, im ideologischen Gehalt und in den Motiven der Vorstöße und Gruppierungen zugunsten eines offen proklamierten Konservatismus in unserer Zeit einen wesentlichen Platz ein. Es geht um den Beitrag zur Manipulierung eines volks- und fortschrittsfeindlichen Geschichtsbewußtseins, das der Erkenntnis des Wesens und der Triebkräfte des weltrevolutionären Prozesses der Gegenwart und seiner Hauptströme entgegenwirken soll. Die reaktionäre Kritik am Verlust von Tradition und Überlieferung sowie an der rückläufigen Tendenz in der Ausprägung eines antikommunistischen Geschichtsbewußtseins sowie der Drang nach militanten Gegenpositionen zum marxistisch-leninistischen Geschichtsbild sind konstitutive Elemente eines um Regeneration bemühten Konservatismus.

Im historischen Stoff und unter Einbeziehung der Nachwirkungen früherer reaktionärer Vorurteile und Klischees sollen latente wie offene irrationale Ressentiments und Emotionen aktiviert, als Quelle mythischer gesellschaftspolitischer Kategorien reaktionären Denkens und Handelns – wie „Volk“, „Vaterland“, „Staat“, „Familie“, „Heimat“ u. a. – bewahrt und für die Klassenkämpfe der Gegenwart in antikommunistischer Stoßrichtung nutzbar gemacht werden. Die bedingungslose Einordnung in die monopolkapitalistische Ausbeuterordnung und ihr antidemokratisches Regime bis zum Konformismus mit autoritären und selbst faschistischen Formen der Machtausübung ist das politisch-erzieherische Ziel solcher Bemühungen. [85] Im vorliegenden Rahmen ist dies an einigen charakteristischen Symptomen und Äußerungen zu verdeutlichen. Es liegen Darstellungen vor, in denen grundlegende Problemkomplexe oder Teilfragen dieses Gegenstands behandelt werden.¹⁴³ Alfred Loesdau hat jenen Wesenszusammenhang zwischen imperialistischer Globalstrategie, entschiedenem Antikommunismus und der bürgerlichen Geschichtsideologie aktuell dargestellt, der auch für Grundlinien und Tendenzen der konservativen Richtungen in der BRD bestimmend ist.¹⁴⁴

Die Politiker und Ideologen der offenen Rechten in der BRD beschwören zunehmend die Geschichte und deren reaktionäre Interpretation zur Begründung aggressiver Ansprüche und antidemokratischer Politik. Als CDU-Vorsitzender und Fraktionsführer wandte sich R. Barzel am 18. Januar 1973 im Bundestag gegen „Zeichen bedrückender Geschichtslosigkeit“. Er erinnerte an die Reichsgründung von 1871, um die gescheiterte Position zu bekräftigen, daß das „Deutsche Reich“ 1945 nicht untergegangen sei, vielmehr fortbestehe und in der BRD seinen einzigen Rechtsnachfolger gefunden habe. Am 24. Januar 1973 betonte P. Mikat an gleicher Stelle, daß Reformen von niemand „ohne Verwurzelung in seiner eigenen Geschichte und ohne Beherzigung auch der traditionellen Strukturen, die uns noch bestimmen“, erfolgreich betrieben werden könnten.

Der forcierte Nationalismus der herrschenden Klasse der BRD seit den sechziger Jahren war im historisch-klassenmäßigen Inhalt mit der Wende zu einer offen reaktionären Deutung der deutschen Geschichte, insbesondere des 20. Jahrhunderts, identisch. Der aggressive Nationalismus bedurfte der historischen Untermauerung und Verklärung. Dies um so mehr, als die aktuellen Kämpfe, das Kräfteverhältnis und der von den Konservativen angefeindete „Zeitgeist“ zunehmend gegen die imperialistischen

¹⁴³ Vgl. dazu die entsprechenden Abschnitte in: Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970; Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte, Berlin 1970 (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1970, Sonderband).

¹⁴⁴ Alfred Loesdau, Bürgerliche Geschichtsideologie und Globalstrategie des USA-Imperialismus, in: IPW-Berichte, Berlin, 7/1973, S. 5 ff.

Ambitionen wirkten. Die Mobilisierung nationalistischen Ideenguts konnte nur über die politisch-moralische Entlastung und Aufwertung des „Deutschen Reiches“ zwischen 1871 und 1945 führen.

Der faschistische deutsche Imperialismus von 1933 bis 1945 rückte zwangsläufig in den Mittelpunkt dieser Bemühungen. Jeder apologetische Neuansatz für Konservatismus und Nationalismus, für ein „nationales“ Geschichtsbewußtsein mußte den Weg nehmen über den weiteren Abbau und die Zer[86]setzung eines demokratischen, antifaschistischen Geschichtsbildes.

Somit war erklärt konservatives Auftreten von Anbeginn stets mit reaktionärer Geschichtsbetrachtung verbunden. K. Hornung sprach bereits 1956 von „einem zwiespältigen und ungeklärten Verhältnis zur Geschichte“ und vom Fehlen historischer Vorbilder: „Ein Volk aber kann auf die Dauer so wenig wie der Einzelne ohne das Bewußtsein eines inneren Zusammenhanges seiner Vergangenheit leben, wenn es nicht seine geistige und politische Existenz als Nation verlieren und wieder auf die Stufe eines bloß biologisch lebenden ‚Naturvolks‘ herabsinken will.“ Dabei ginge es „mit der noch nicht vollzogenen politischen Bewältigung und historischen Einordnung des deutschen Zusammenbruches von 1945“ zugleich darum, das „Ausmaß des Bruches“ von 1945 „in ein richtiges Verhältnis zu setzen zu den noch lebenskräftigen Elementen einer nationalen Tradition, ohne die nun einmal ein Volk nicht leben kann“.¹⁴⁵

A. Mohler polemisierte 1962 gegen die „Moralisierung der Politik“, die gegenüber einer „Art von Naturrecht jedes Lebewesens auf Selbstbehauptung“ ihre Grenzen finden müsse. Er bezog dies ausdrücklich auf die Auseinandersetzungen um den alten und den neuen Faschismus. „Das Widersinnige des ganzen Moralisierungsrummels wird darin sichtbar, daß in der Bundesrepublik eigene Büros eingerichtet worden sind, um auch noch den letzten deutschen Kriegsverbrecher aufzustöbern ...“¹⁴⁶ Damit wurde das Gebiet betreten, auf dem in den nächsten Jahren die Rehabilitierung des deutschen Imperialismus vorrangig verfolgt wurde und die reaktionärsten Vorstöße bis in die Bundestagsparteien und die Bundesregierung Resonanz und Unterstützung fanden.

In den Büchern von Strauß erhielt das gemeinsame Streben aller Fraktionen des Rechtsblocks nach einer konservativ-nationalistischen, weitgehend pronazistischen Revision des Geschichtsbildes seinen maßgeblichen und für die seitherigen Bemühungen bestimmenden Ausdruck. Es sei Aufgabe der Bundesregierung, „daß die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewußt in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute [87] bekämpft und beseitigt werden“. Es ginge um nichts als „die geschichtliche Wahrheit“: „Das deutsche Volk darf nicht als Objekt einer Geschichtsklitterung und einseitigen Bewertung zu einer Nation mit kriminellen Instinkten degradiert und als potentiell gefährlich für seine Nachbarn und für den Frieden der Welt diffamiert werden.“¹⁴⁷ Wenige Jahre später setzte Strauß den Feldzug gegen die „Verteufelung alles Nationalen“ fort und behauptete, „daß das Zustandekommen der erstrebten europäischen Einheit nicht zuletzt von einem wiedergewonnenen Nationalbewußtsein der Deutschen abhängt“.¹⁴⁸

Konservative Geschichtsauffassung begegnet dem Volk, den werktätigen Massen, immer mit Geringschätzung. Die Wahrheit über die faschistische Diktatur der Monopolbourgeoisie mit der Berufung auf das deutsche Volk, die Nation, anzugreifen, ist einer der unvermeidlichen Zynismen solcher Ideologie und findet sich in allen rechtsextremistischen Versionen. Darin äußert sich der gemeinsame Nationalismus der konservativen und neofaschistischen Richtungen. Bei Ignoranz gegenüber den bestimmenden antagonistischen Klassenlinien und den entsprechenden gegensätzlichen Kräften, Ideen und politischen Programmen wird eine reaktionäre Auffassung einer vermeintlich monolithischen „Nation“ (oder: „Vaterland“, „Volk“, „Volksgemeinschaft“ usw.) zum abstrakten Wertmaßstab erhoben. Bezogen auf die Nazidiktatur wird auf diesem Wege im „Nationalsozialismus“, seinen Trägern, Akteuren und Handlungen sowie schließlich im Neofaschismus das „Nationale“ entdeckt und

¹⁴⁵ Klaus Hornung, Soldat und Staat, a. a. O., S. 17, 19.

¹⁴⁶ Armin Mohler, Konservativ 1962, in: Der Monat, (West-)Berlin, H. 163, April 1962, S. 27

¹⁴⁷ Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart, 2. Aufl. 1966, S. 153 f.

¹⁴⁸ Ders., Herausforderung und Antwort, Stuttgart, 5. Aufl. 1969, S. 132 f.

als historische Linie aufgenommen. Andererseits werden die antifaschistischen Kräfte, die illegalen Kämpfer oder Emigranten und jede antifaschistische Geschichtskonzeption als außerhalb von „Nation“ und „Volk“ stehend denunziert und der politische Kampf gegen sie selbst in den Rang einer „nationalen“ Aufgabe erhoben.

Der Neofaschismus in der BRD hat unzweifelhaft gerade im Geschichtsbewußtsein bestimmter Bevölkerungskreise nachhaltige Wirkungen erzielt bzw. wesentlich hier seine Schrittmacherfunktion zugunsten der konservativ-nationalistischen Strömungen erfüllt. Das gilt für die neofaschistischen Organisationen und Publikationsorgane wie für die Schriftsteller und Verlage der äußersten Rechten mit ihrer thematisch wie in den Erscheinungsformen breiten Palette historisierender Literatur. Die [88] verhängnisvollen Wirkungen solcher Bemühungen kommen unter den gegenwärtigen innen- und parteipolitischen Entwicklungen vorrangig den konservativ-nationalistischen Hauptkräften der bundesdeutschen Reaktion zugute.

In diesen Zusammenhängen erklärt sich in hohem Maße das nachdrückliche Engagement der konservativen Gruppierungen in den Belangen der reaktionären Betrachtung und Darstellung der Geschichte. In seiner Festansprache zur Adenauer-Preis-Verleihung 1971 erklärte Ministerpräsident a. D. Heinrich Hellwege: „Wir leben in einer Zeit, die sich des Fortschritts rühmt, all das zu zerstören und abzuwerten, was Generationen geschaffen und aufgebaut haben.“ Der Jugend würde „die eigene Geschichte und Kultur nur als ein Sammelsurium von Verbrechen dargestellt.“¹⁴⁹ Tatsächlich ist umgekehrt die Verharmlosung der verbrecherischen Vergangenheit des deutschen Imperialismus ein Wesenselement der antikommunistischen Manipulation, das sich von sozialwissenschaftlichen, speziell geschichtswissenschaftlichen Publikationen über den Bildungsinhalt bis zu den bürgerlichen Massenmedien nachweisen läßt. Die rechtsextremistischen Behauptungen und Anklagen sind daher nur aus dem Bedürfnis zu erklären, eine noch schärfere Ausprägung des reaktionären Geschichtsbildes im Sinne der konservativen und neofaschistischen Forderungen zu erreichen.

Im Feldzug gegen die „Bewältigung der Vergangenheit“ und ihre antinazistische Tendenz trat das übereinstimmende pronazistische Wesen der konservativen bis zur neofaschistischen Revision des Geschichtsbildes klar hervor. Es wurde auch in den Auseinandersetzungen um die Nichtverjährung der faschistischen Verbrechen sichtbar, wo die Fronde der Verfechter einer Verjährung dieser Verbrechen von den Neonazis und offen konservativen Gruppen über Publizisten und Wissenschaftler bis zu Parteien, Bundestag und Bundesregierung reichte. Es handelte sich um eine – durch den konkreten Anlaß und die notwendige Entscheidung ausgelöste – ideologisch-politische Position, in der lange herausgebildete und offen oder latent vorhandene Grundpositionen schlagartig sichtbar wurden. Das Ziel bestand darin, unter pronazistischem Vorzeichen die innenpolitische und ideologische Auseinandersetzung um das Wesen der Nazibarbarei sowie alle rechtlichen Konsequenzen aus den Nazi-verbrechen definitiv zu unterbinden.

[89] Die konservativen Ideologen und Gruppierungen nahmen mit den neofaschistischen Kräften aktiv am ideologisch-politischen Kampf gegen die antifaschistische Bewältigung der Vergangenheit teil, darunter maßgeblich Mohler, Schrenck-Notzing und Hochschullehrer wie P. R. Hofstätter, K. Hornung, H. J. Schoeps und H. Thielicke.¹⁵⁰ Eine umfassendere Darstellung der Positionen des bundesdeutschen Rechtsextremismus zur „Vergangenheitsbewältigung“ gab Mohler in fünfzig Thesen. Sie mündeten in die Forderung, mit der „Bewältigung der Vergangenheit“ Schluß zu machen, eine „Generalamnestie“ für alle faschistischen Verbrechen zu erlassen und diese Seiten der Vergangenheit zu vergessen.¹⁵¹

In den letzten Jahren fehlten spektakuläre Auseinandersetzungen um Grundfragen der Geschichte, wie sie in den sechziger Jahren durch die Veröffentlichungen und den BRD-Besuch des rechtsextremistischen Historikers David L. Hoggan (USA) sowie anläßlich der Entscheidung über die Nichtverjährung

¹⁴⁹ Heinrich Hellwege, Unsere Demokratie braucht Mut zur Verantwortung, in: Deutschland-Magazin, 3, Mai/Juni 1971, S. 21.

¹⁵⁰ Vgl. dazu: Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O.; Ludwig Elm, a. a. O., bes. S. 150 ff.: Gegen die „Bewältigung der Vergangenheit“ oder der Fall Hofstätter.

¹⁵¹ Armin Mohler, Vergangenheitsbewältigung. Von der Läuterung zur Manipulation, Stuttgart-Degerloch 1968.

der Naziverbrechen ausgelöst wurden. Außerdem gewannen aus inneren und äußeren Ursachen flexiblere, der Sozialdemokratie nahestehende Strömungen und Schulen der Historiographie stärkeren Einfluß. Unverändert aktuell bleiben aber Positionen, Wirksamkeit und schwerpunktmäßige Bemühungen aller reaktionären Kräfte im Bereich des Geschichtsbewußtseins, die unverkennbaren Tendenzen ihrer Annäherung auch auf diesem Feld und die politische Tragweite dieser Bemühungen. Das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts im Rechtsstreit um den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR“ vom 31. Juli 1973 hat die politische Wirksamkeit konservativ-nationalistischer Geschichtsauffassung und der darin begründeten friedens- und entspannungsfeindlichen politischen Ambitionen ebenso demonstriert wie das ablehnende Votum der CDU/CSU zu diesem Vertrag zwischen der DDR und der BRD.

Die reaktionäre These vom angeblichen Fortbestehen des 1871 gegründeten und mit der bedingungslosen Kapitulation der letzten Repräsentanten Hitlerdeutschlands 1945 untergegangenen Deutschen Reiches schließt die Ablehnung eines antifaschistischen, demokratischen Geschichtsbildes als notwendige Bedingung ein. Auf diesen Zusammenhang wies bereits [90] Karl Jaspers hin, als er bei seinen kritischen Betrachtungen zu den Bundestagsdebatten über die Verjährung der Naziverbrechen die Bedeutung der geschichtlichen Wahrheit für den Weg der Bundesrepublik betonte: „Ein Moment der Entscheidung ist das radikale Abstandnehmen vom Dritten Reich und von allem, was es ermöglicht hat. Hier darf es keine Kontinuität geben, denn Kontinuität bedeutet hier Weiterwirken des Giftes, Vorbereitung neuen Unheils. Notwendig ist Abbruch der Kontinuität, Distanz, der Sprung zum neuen Anfang.“¹⁵² Jaspers bezog auch sozialdemokratische Politiker in diesen Maßstab ein, und auch darin ist das kritische Urteil heute aktuell. Er vermochte echte Grundprobleme des Weges der BRD zu analysieren. Allerdings erfolgte dies selbst bei den schärfsten Äußerungen unter der Voraussetzung einer historisch-gesellschaftlich illusionären Bewertung der BRD und ihrer möglichen Entwicklung.

Selbst ein professioneller Marxfälscher und eingefleischter Gegner des real existierenden Sozialismus wie Iring Fetscher hat – bei einer inkonsequenten Gesamteinschätzung der CDU/CSU – die Haltung ihrer führenden Politiker und der Bundesregierung zur Verjährungsfrage, zum 8. Mai 1945 und zu den Kriegs- und Naziverbrecherprozessen als Äußerungen eines neu auflebenden Nationalismus gewertet. Vielfach habe man „den älteren militärisch-ideologischen Nationalismus abgelöst, ohne sich von ihm prinzipiell zu unterscheiden“. Er fügte hinzu: „Daran ändert auch die Europaseligkeit wenig, die offiziell zum deutschen Credo gestempelt wird und von der sich Variationen auch bei den rechtsradikalen Ideologen finden, die schon seit je für ein vereinigtes Europa eingetreten sein wollen und in den nationalen Kontingenten der Waffen-SS dieses Europa präfiguriert zu haben behaupten.“¹⁵³

Der „Verband der Historiker Deutschlands“ und der „Verband der Geschichtslehrer Deutschlands“ verabschiedeten auf einer Tagung in Mainz im Februar 1973 eine Erklärung zu den Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Das Dokument wurde in einer führenden konservativen Zeitschrift im Wortlaut veröffentlicht, um das Interesse an den allgemeinen Aufgaben der Formung des Geschichtsbewußtseins zu bekunden und zugleich die konservativ-nationalistische Einflußnahme in solchen Auseinandersetzungen zu sichern.¹⁵⁴ Ein geradezu symbolischer Akt [91] erfolgte auf dem Festakt der Freiherr-vom-Stein-Stiftung, Hamburg, im November 1972 im Haus der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden. Die Stiftung verlieh dem militant konservativen Historiker H. J. Schoeps die goldene Freiherr-vom-Stein-Medaille. Der Bankier Hermann J. Abs hielt den Festvortrag. Thematisch reichte der Festakt von der Apologetik des Preußentums bis zur Inflationsrate in der EWG; der Repräsentant der Monopolbourgeoisie plädierte für den Übergang von der Zollunion zur politischen Union in

¹⁵² Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren – Chancen*, München 1966, S. 67. Zu K. Jaspers kritischen Feststellungen über die Nazivergangenheit des Bundeskanzlers K. G. Kiesinger in seinem Buch „Antwort“ hieß es im *Bayern-Kurier* vom 14. Januar 1967, hier habe „ein böser alter Herr lediglich etwas abregiert“ und „die vielen Millionen ehemaliger Nationalsozialisten vergessen, die ihr Leben lang anständige Leute geblieben sind, zwar im Irrtum waren, aber aus edlen Motiven in den Irrtum geraten sind ...“

¹⁵³ Iring Fetscher, *Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik*, in: Ders. u. a., *Rechtsradikalismus*, Frankfurt a. M. 1967, S. 17.

¹⁵⁴ *Gesellschaftliche Aufgaben der Geschichtswissenschaft in der Gegenwart*, in: *Konservativ heute*, 3, Mai/Juni 1973, S. 115 ff.

Westeuropa. In einer zufälligen Episode wurde der tatsächliche gesellschaftliche Platz und die politische Funktion konservativer Geschichtsideologen und ihrer Legenden bildhaft sichtbar.

[92]

Retter der Gesellschaft: Der autoritäre Staat

„Nur in der harten Sprache, die der Unerbittlichkeit allen politischen Geschehens gemäß ist, in der die Verbindlichkeit und Unwiderruflichkeit des Politischen Ausdruck findet, kann über den Staat gesprochen und geschrieben werden.“

Ernst Forsthoff, 1933

„Die Verabschiedung der Gesellschaftspolitik und die Rückkehr zur Staatspolitik würde der grassierenden Reformhysterie ein Ende machen.“

Ernst Forsthoff, 1972

Im Mittelpunkt der Anschauungen, Mahnrufe, Drohungen, Klagen und Vorschläge der konservativen Politiker und Ideologen zu den Grundfragen der Gesellschaftspolitik steht die Staatsfrage. In der Analyse und Einschätzung ihrer Positionen zu diesem Kernproblem der Machtfrage, des Klassenkampfes, liegt der Schlüssel für die Charakteristik aller weiteren gesellschafts- und innenpolitischen Auffassungen und Handlungen. Die dabei verfolgte theoretisch-ideologische Grundlinie der reaktionären idealistischen Gesellschafts- und Staatsauffassung besteht darin, von einem ursprünglichen und wesensgemäßen Dualismus von Staat und Gesellschaft auszugehen. Das leitende Motiv ist in der daraus abgeleiteten Behauptung bzw. Forderung einer weitreichenden Selbständigkeit und autoritär-antidemokratisch verstandenen Souveränität des Staates an sich und gegenüber der „Gesellschaft“ zu erkennen. Der tatsächliche historisch-klassenmäßige Inhalt besteht darin, mit diesem theoretischen Konzept und den entsprechenden politischen Folgerungen dem bürgerlichen Staat unter den heutigen inneren und äußeren Existenzbedingungen des Imperialismus größeren Handlungsspielraum zu verschaffen. Die Spitze ist gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, gegen die Forderungen und Aktivitäten ihrer Organisationen gerichtet und soll selbst reformistischen Einflüssen und partiellen politischen oder sozialen Zugeständnissen entgegenwirken.¹⁵⁵

Die reaktionären politischen Losungen und Schlagworte im Alltag des Klassenkampfes in der BRD finden in den Gedan-[93]kengängen und Projekten der konservativen Ideologen ihre Verallgemeinerung und Umsetzung in Programmatisches, die ihrerseits die Mobilisierung und Sammlung der offenen Rechtskräfte unterstützen und stimulieren. Die Frage nach dem Wesen des Staates, seiner Stellung und Rolle in und gegenüber der Gesellschaft bildet dabei einen ideologisch-politischen Kristallisationspunkt, der unmittelbar akute Probleme des Klassenkampfes sowie seiner Perspektive berührt. R. Altmann sprach anklagend vom „Zerfall der Staatstheorie“, die Symptom der Auflösung des Bildes vom Staat sei; in der BRD, die sich als Provisorium proklamiert habe, existiere nur ein „entkernter Staat“, ein „autoritätsarmer“ und „Verteilerstaat“, und es erschiene „aussichtslos, von der Idee des Staates zu sprechen“.¹⁵⁶ In der Auseinandersetzung mit der oppositionellen Jugend- und Studentebewegung äußerte H. Thielicke, es käme ihm „so vor, als ob diese Jugend im quabbeligen Froschlaich unserer Institutionen herumrührte, um irgendwo eine harte Stelle zu finden.“ Sie habe sie nicht gefunden und wäre wahrscheinlich froh gewesen, auch Widerstand zu entdecken.¹⁵⁷ Als Ausgangspunkt und Leitgedanken zum Erscheinen einer militant konservativen Zeitschrift schrieb H. J. Schoeps, der Augenblick sei sehr ungünstig: „Niemand weiß mit Sicherheit, ob die Chancen des Staates, in dem wir leben, der Bundesrepublik Deutschland, nicht bereits verspielt worden sind. In den Jahren ihres bisherigen Bestehens ist schon zuviel an Staatsautorität verwirtschaftet worden, und der Ruf ‚Wider die Ächtung der Autorität‘ kommt vielleicht gerade in dem Augenblick, in dem die Uhr zwölf schlägt – also zu spät.“¹⁵⁸ Das rechtsextremistische Engagement für Staatsautorität ist Kern der Preußen-Apologik eines Schoeps; es erklärt seine große Publizität bei Springer und geistige Nähe zu Abs und Strauß. Oettle bezeichnete „die innenpolitischen Abwehrkräfte unseres Staates“ als schwach und empfahl ein gegenrevolutionäres Widerstandsrecht bis zum Bürgerkrieg als Alternative gegen

¹⁵⁵ Vgl. als aktuelle Analysen des konkreten Klasseninhalts dieser Funktionen des imperialistischen Staates: reformieren, manipulieren, integrieren – Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang, Berlin 1973; Widersprüche und Tendenzen im Herrschaftssystem der BRD, Berlin 1973.

¹⁵⁶ Rüdiger Altmann, Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968, S. 48 ff.

¹⁵⁷ Helmut Thielicke, Kulturkritik der studentischen Rebellion, Tübingen 1969, S. 9.

¹⁵⁸ Hans Joachim Schoeps, Quousque tandem?, in: Konservativ heute, 1, März/April 1970, S. 1.

antiimperialistische und sozialistische Bestrebungen.¹⁵⁹ Zum „Law-and-order-Problem“ schrieb H. G. v. Studnitz, das „einfache Volk“ wünsche, „daß die Gesetze stark sind und ihnen Geltung verschafft wird“. „Bei den letzten Bundestagswahlen verbuchten allein Strauß und Dregger, die für eine Wiederherstellung von Recht und Ordnung eintreten, Gewinne für die Unionsparteien.“¹⁶⁰

[94] Die Übersicht solcher Stimmen und Töne ließe sich beliebig fortsetzen. Es ist durchgängiges Motiv der konservativen Periodika und im publizistischen Wirken konservativer Ideologen, es ist der Geist der alljährlichen Treffen zur Adenauer-Preis-Verleihung und weiterer Foren reaktionärer Selbstdarstellung, es ist die artikulierte Furcht und Hoffnung der rechtsextremistischen Kräfte aller Schattierungen in der BRD.

In der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung von W. Brandt berief sich F. J. Strauß bei seinen Angriffen gegen die demokratischen Kräfte ausdrücklich auf Ernst Forsthoff. Er zitierte dessen Aussage über „den gegenwärtigen unübersehbaren Verfall der Staatlichkeit“ und identifizierte sich mit dessen Auffassung vom „Dualismus von Staat und Gesellschaft“.¹⁶¹ Die gleiche Grundanschauung machte sich A. Dregger zu eigen, als er – ohne Forsthoff zu erwähnen – an den aktuellen politischen Diskussionen bemängelte, daß „kaum noch vom Staat, seinen Aufgaben und seiner sich daraus ergebenden Würde, sondern nur noch von der Gesellschaft und von der Gesellschaftspolitik die Rede ist“.¹⁶²

Der Staats- und Verfassungsrechtler Ernst Forsthoff verdient es tatsächlich, von den Strauß und Dregger beachtet zu werden; seine Auffassungen dienen der theoretisch-ideologischen Fundierung ihrer friedens- und fortschrittsfeindlichen Politik. Der Adenauer-Preisträger der Deutschland-Stiftung und Autor des Springerkonzerns, seit Jahrzehnten ein Vertrauensmann der Monopolbourgeoisie und ihrer reaktionärsten Gruppen in Konzernen und Staatsapparat, der fanatische Gegner der Demokraten und Sozialisten, ist seit über vier Jahrzehnten ein ehrgeiziger und einfallsreicher intellektueller Gehilfe bei der möglichst effektiven Gestaltung und Wirksamkeit der imperialistischen Staatsmaschinerie. Forsthoff ist ein exemplarischer, personifizierter Fall zur Demonstration des wechselseitigen Zusammenhangs von Konservatismus und Faschismus – in den Ideen wie im eigenen politischen Werdegang, in der soziologisch-ideologischen Verwandtschaft beider Strömungen und ihrer Repräsentanten mit der Monopolbourgeoisie und deren ideologisch-politischen Bedürfnissen, in der bedingungslosen, in offenen Zynismus übergehenden Feindseligkeit rechtsextremistischen Staats- und Rechtsdenkens gegenüber nicht nur revolutionären, sozialistischen Bewegungen, sondern selbst zu [95] gemäßigten demokratischen Ansprüchen und Zielen. Zutreffend wird Forsthoff von Freund und Feind als ein Repräsentant der konservativen Traditionslinie von den zwanziger Jahren bis zur Gegenwart betrachtet. Der Staat nahm als Gegenstand des Theoretikers und politischen Schriftstellers immer einen wesentlichen Platz ein, und Forsthoff befand sich in Theorie und Politik immer als ihr militanter Gehilfe auf Seiten der Monopolbourgeoisie.

Nach der wiederholten lobreichen Darstellung der Springerpresse absolvierte Forsthoff eine „glänzende akademische Laufbahn“ und gilt als „entschiedener Vorkämpfer des Staates und seiner inneren Souveränität“. Das wird in Kenntnis des Weges und Wirkens von Forsthoff geäußert und muß mit dieser Kenntnis gewertet werden. Der 1902 geborene, 1930 habilitierte Privatdozent wurde 1933 in Frankfurt a. M. ordentlicher Professor. In einer faschistischen Blut- und Schmähschrift des gleichen Jahres erwies sich Forsthoff der Nazidiktatur „als entschiedener Vorkämpfer des Staates und seiner inneren Souveränität“: bei „Abwendung von allen Formalisierungen eines das Wesentliche verfehlenden rechtsstaatlichen Denkens“, „auf der Basis der Unterscheidung von Freund und Feind, von volksgemäß und volksfremd, von deutsch und undeutsch“, gegen Versuche zur „Sabotage der nationalsozialistischen Revolution“ und für die „Errichtung des neuen, aus einer wirklichen Revolution hervorgegangenen Staatsregiments“, für das „Volk“ in einer „seinsmäßigen, artmäßigen Gleichartigkeit“, die aus der „Gleichheit der Rasse und des volklichen Schicksals“ hervorgeht. Dabei wurde auch für Forsthoff „der Jude, ... zum Feind und mußte als solcher unschädlich gemacht werden“ – denn

¹⁵⁹ Karl Oettle, Revolutionierung und Widerstandsrecht, in: Ebenda, 2/1971, S. 31 ff.

¹⁶⁰ Hans-Georg v. Studnitz, Indianerspiel?, in: Ebenda, 2/1973, S. 59.

¹⁶¹ Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 8. Sitzung, Bonn, 24. Januar 1973, S. 168.

¹⁶² Alfred Dregger, „Für die Freiheit kämpfen, bevor es zu spät ist“, in: Die Welt, Ausg. B, 25. September 1973

wie die Volkszugehörigkeit, „so ist auch der Feind und die Feindschaft etwas Seinsmäßiges, Existenzielles“. Schließlich bekannte sich Forsthoff ausdrücklich zu der „Säuberungsaktion“ nach der Errichtung der faschistischen Diktatur: „Sie diene zunächst dazu, in Vollziehung der Unterscheidung von Freund und Feind alle diejenigen auszumerzen, die als Artfremde und Feinde nicht länger geduldet werden konnten.“¹⁶³ In seinem bedingungslosen profaschistischen Eifer engagierte sich Forsthoff über sein Fachgebiet hinaus in der Nazi-Propaganda. Er gab eine in der NS-Bibliographie geführte „Deutsche Geschichte seit 1918 in Dokumenten“ heraus, deren Dokumente [96] im wesentlichen die servil gesammelten und interpretierten Auslassungen der Naziführer auf allen Gebieten ihres barbarischen Schaltens und Waltens waren.¹⁶⁴

Solche und weitere Produkte einer „glänzenden akademischen Laufbahn“ bis 1945 sicherten Forsthoff schließlich auch in der BRD Lehrstuhl, mächtige Gönner und Freunde sowie in den letzten Jahren eine zunehmende Publizität und Wirksamkeit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, speziell seitens und unter allen Fraktionen des Rechtskartells. 1953 trat er bereits wie zwei Jahrzehnte früher als gelehriger Interpret der gegebenen Staatsmacht – diesmal der „freiheitlichen, demokratischen Grundordnung“ – auf und vertrat die bis heute gültige reaktionäre Version vom angeblich fortbestehenden „Deutschen Reich“: „Der militärische und politische Zusammenbruch des deutschen Reiches, der mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 abschloß, vernichtete zwar die bisherige deutsche Staatsorganisation, nicht aber den deutschen Staat.“¹⁶⁵ Ein Jahr zuvor hatte Forsthoff bereits in einem Rechtsgutachten zur Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz die Positionen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt.¹⁶⁶

Forsthoff blieb der Monopolbourgeoisie stets unmittelbar verbunden, nicht zuletzt mit einer rechts-extremistischen Frontstellung gegen Gewerkschaften, gegen echte demokratische Bestrebungen überhaupt. Als der Springerkonzern massiven Angriffen der demokratischen Opposition ausgesetzt war, erstattete der beflissene Jurist „im Frühjahr 1968 dem Verlagshaus Axel Springer“ ein Rechtsgutachten. Von dem Resultat vermutete Forsthoff selbst, daß es „manchem Leser unbefriedigend erscheinen“ mag. Man solle „sich dahin bescheiden, den gegenwärtigen Zustand der deutschen Zeitungspressen zwar alles andere als ideal zu finden, ihn aber allem vorzuziehen, was sich als Konsequenz staatlicher Strukturgestaltung auf dem Gebiet des Pressewesens notwendig ergeben muß“.¹⁶⁷ In folgerichtiger Ergänzung dieses Einsatzes für die Interessen des Springerkonzerns und das monopolkapitalistische Eigentum überhaupt entwickelte Forsthoff Ende 1972 in einem Springerblatt ein ausführliches Plädoyer gegen Beschlüsse des 9. DGB-Kongresses. Die Beschlüsse seien „gegen die freiheitlichen Elemente unseres Staatswesens“ gerichtet. Er drohte dem DGB im [97] Falle weiterer antimonopolistischer Bestrebungen mit dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht.¹⁶⁸

Das vorläufige politisch-wissenschaftliche Resümee seiner Beobachtungen und Forderungen zur imperialistischen Staatlichkeit legte Forsthoff 1971 in einer Schrift vor, die Resonanz und Zustimmung bei allen Fraktionen der bundesdeutschen Rechten fand. Darin stellte er u. a. am Beispiel der oppositionellen Studentenbewegung seine Erwartungen an die Potenz des Staates in der Gegenwart dar: „Der Staat hat die ihm durch die Studentenrevolte offerierte Bewährungsprobe nicht bestanden.“ Allerdings sei er dabei auch noch nicht hinreichend auf die Probe gestellt worden: „Sollte es aber zu Aktionen kommen, die den harten Kern des sozialen Ganzen – Vollbeschäftigung und steigendes Sozialprodukt – berühren, so wird man mit Abwehrreaktionen sowohl des Staates wie der Industriegesellschaft selbst rechnen müssen, die der Intensität des Angriffs mindestens gewachsen sind ... Sie

¹⁶³ Alle Textstellen aus: Ernst Forsthoff, *Der totale Staat*, Hamburg 1933.

¹⁶⁴ Ernst Forsthoff (Hrsg.), *Deutsche Geschichte seit 1918 in Dokumenten*, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Stuttgart 1938.

¹⁶⁵ Ernst Forsthoff/Wolfgang Rothe, Einleitung zum Bonner Grundgesetz. Die Grundrechte der Deutschen, Gerabronn 1953, S. 3.

¹⁶⁶ Die politischen Streikaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes anlässlich der parlamentarischen Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes in ihrer verfassungs- und zivilrechtlichen Bedeutung. Zwei Rechtsgutachten von Ernst Forsthoff, Heidelberg, und Alfred Hueck, München, Köln 1952 (Schriftenreihe der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, H. 6).

¹⁶⁷ Ernst Forsthoff, *Der Verfassungsschutz der Zeitungspressen*, Frankfurt a. M. – (West-)Berlin 1969, S. 77

¹⁶⁸ Ders., Sind die Gewerkschaften jetzt verfassungsfeindlich?, in: *Die Welt*, (West-)Berlin, 30. Dezember 1972.

würden möglicherweise die Formen des Bürgerkrieges annehmen ...“¹⁶⁹ Als Folgerung aus seinen Grundanschauungen über den Staat forderte Forsthoff nach der Wahlniederlage der offen reaktionären Parteien 1972 von der CDU, „eine andere politische Leitlinie“ als die SPD sichtbar zu machen. Ihr Kernstück müsse „die Forderung nach einer Staatspolitik“ sein: „Es muß sich erweisen, ob es der CDU gelingt, ihre Aktivität auf das Fundament staatspolitischen Denkens zu stellen.“ Von da aus hätte auch die Ablehnung der Verträge mit der UdSSR, der VR Polen und der DDR motiviert und vertreten werden sollen.¹⁷⁰

Die programmatische Publikation von 1971 gab den letzten Anlaß zur Verleihung des Adenauer-Preises für Wissenschaft der Deutschland-Stiftung 1972, für die Forsthoff auch die Glückwünsche von Strauß, Dregger und anderen rechtsextremistischen Politikern, Ideologen und Organisationen empfing. In seiner Dankrede beklagte er den „Verlust der Staatsgesinnung“ und bekräftigte seine Forderungen zur Stärkung des Staates der imperialistischen Bourgeoisie als des wichtigsten Instrumentes zur Sicherung ihrer Herrschaft und Ordnung. Es bleibt hinzuzufügen, daß Forsthoff sich stets zynisch zu seiner Vergangenheit bekannte, nicht zuletzt in der arroganten Abweisung antifaschistischer Kritiker und durch wiederholte demonstrative Bekenntnisse zu seinem Lehrer und Vorbild Carl Schmitt, der [98] zum Inbegriff faschistischer Perversion der Rechtswissenschaft geworden ist und der bis zu seinem Tode diese Zuneigung des Gleichgesinnten erwiderte. Auch ein Forsthoff gehört zu den Scharfmachern gegen die DKP, gegen alle Demokraten und Sozialisten, bei ihrer verfassungsfeindlichen Diskriminierung mit Berufsverbot. Sein Weg und seine rechtsextremistischen Handlungsdienste für die herrschende Klasse seit dem Beginn der dreißiger Jahre sind ein prägnantes Zeugnis für den volks- und fortschrittsfeindlichen, antihumanistischen Geist der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit.

Schließlich sei auf Arnold Gehlen verwiesen, der zutreffend oft neben und mit Forsthoff genannt wird. Ihnen ist gemeinsam die frühere profaschistische und seitherige rechtsextremistische ideologisch-politische Position eines militanten Konservatismus, der direkte Dienst nicht nur für die allgemeinen Interessen der Monopolbourgeoisie, sondern auch für ihre Verbände, einzelne Konzerne, Veröffentlichungen in ihren Organen sowie die Nähe zum Neofaschismus und bedingungsloser Antidemokratismus. Auch im Fall Gehlen hat die Verleihung des Adenauer-Preises (1971) lediglich den tatsächlichen, seit Jahrzehnten eingenommenen Standpunkt im Klassenkampf bestätigt und auffällig signalisiert. In diesem Sinn sind Forsthoff und Gehlen im Lebensweg und theoretisch-politischen Wirken zugleich Kronzeugen der an anderer Stelle dargelegten Auffassung vom Wesenszusammenhang von Konservatismus und Faschismus.¹⁷¹

Die konservativen Ideologen führen den psychologischen Krieg zur Vorbereitung der angestrebten autoritären, entschieden antidemokratischen Entwicklung des Staates. Die obskuren Parolen der CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1972 demonstrierten dies. Es wird permanent unter rechtsextremistischem Vorzeichen das Bild bevorstehenden Umsturzes, drohenden Revolutionierung aller sozialen Bereiche, der sozialistischen Umwälzung und der Vernichtung aller „Werte“ beschworen. Am Beispiel einiger Titel von Grundsatzartikeln zur Innenpolitik seit 1970 im Deutschland-Magazin sieht dies folgendermaßen aus: „Der Nährboden der Revolution. Vorbereitung des Bürgerkrieges“ (Kl. Oettle, 1970); „Im Widerstand gegen die Zerstörer unserer freiheitlichen Ordnung“ (H.-J. v. Merkatz, 1970); „Revolution erobert Universität“ (1970); „Die deutsche Selbstvernichtung. Innenpolitische Gefahren der neuen deut-[99]schen Außenpolitik“ (Kl. Oettle, 1971); „Der Weg in die Anarchie. Unterwerfungs-Frieden nach Osten – Bürgerkrieg im eigenen Land“ (G. Breitburg, 1972); „Partisanen unter uns. Anarchisten und Kommunisten proben den Aufstand“ (H. G. Tolmein, 1972); „Die geistigen Bombenwerfer“. Linksradikale Schriftsteller, Publizisten, Professoren und Politiker im Generalangriff auf Staat, Gesellschaft, Recht und Ordnung“ (G. Breitburg, 1972); „Die innere Sicherheit

¹⁶⁹ Ders., Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S. 164 f.

¹⁷⁰ Ders., CDU muß wieder zur Staatspolitik zurückfinden, in: Die Welt, (West-)Berlin, 2. Dezember 1972.

¹⁷¹ Vgl. zu A. Gehlen: Horst-Dieter Sabban, Biographie-Dokumentation Prof. Dr. Arnold Gehlen, in: dokumentation der zeit, Berlin, 13/1971, S. 12 ff.

der Bundesrepublik. Unserem Staat steht die Bewährungsprobe erst noch bevor – Die Staatsverdrossenheit wird immer größer – Die Jugend wird nicht gefordert“ (E. Heimeshoff, 1972); „Der Linksradikalismus schafft das Klima für den Terror“ (Heinz Karst, 1972).

Der grobschlächliche Antikommunismus ist nur die in die reaktionäre politische Alltagssprache umgesetzte Grundlinie der Forsthoff, Gehlen, Kaltenbrunner u. a. Das gilt auch für die zunehmende Tendenz der Kriminalisierung der politischen Gegner, die Symptom rechtsextremistischer Ideologie und unmittelbarer Reflex des imperialistischen Dranges zum Terrorismus, zur Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden ist und heute beispielsweise einen Grundzug des politischen Denkens eines Dregger bildet.

Die den heutigen Bedingungen und Erfordernissen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems Rechnung tragende konservative Staatsauffassung Forsthoffs beeinflusst die Auseinandersetzungen in der CDU/CSU um eine „neue“ Standortbestimmung und theoretisch-ideologische Profilierung. Die von R. Freiherr von Weizsäcker geleitete CDU-Grundsatzkommission nahm in ihrem zweiten Bericht auch zum Staat Stellung. Neben der Apologetik der Restauration des Imperialismus in der BRD und der von der CDU geführten Bundesregierungen 1949 bis 1969 sowie scharfen antidemokratischen Positionen wird versucht, einen konservativen Neuansatz in der Staatsfrage zu entwickeln. Die CDU sei „an den Mängeln und Zweifeln im Staatsverständnis nicht unbeteiligt. Wir haben kein klares Bild vom Staat entwickelt.“ Es ginge jedoch um eine „konsequente Ordnungspolitik, die einen handlungsfähigen Staat erfordert“, und die CDU müsse „zu einem klaren Staatsverständnis beitragen“. In einigen Folgerungen wird das autoritäre Staatskonzept in entschiedener Frontstellung zu allen [100] wirklich demokratischen, antiimperialistischen und sozialistischen Kräften und Bestrebungen umrissen.¹⁷²

So wird am Beispiel konservativer Staatsauffassung sichtbar, welche aktuellen ideologischen Bedürfnisse hier wahrgenommen werden und worin die reaktionäre Funktion der „Rekonstruktion des Konservatismus“ besteht. Zwecks erhöhter Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der konservativen staats- und gesellschaftspolitischen Leitbilder und Ziele werden weitere Bereiche wie Individuum und Gesellschaft, Mensch und Technik, Menschenbild und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Umweltschutz, Kulturverfall, Kriminalität u. a. ebenfalls einbezogen, um angesichts der darin wirkenden Widersprüche des Kapitalismus vermeintliche Alternativen und Lösungen anbieten zu können, die tatsächlich jedoch nur modern ausgestaffierte Sackgassen sind.

[101]

¹⁷² Zit. nach Frankfurter Rundschau, 5. September 1973.

Der „neue“ Konservatismus – Symptom der Krise der bürgerlichen Ideologie

„Keiner der konservativen Staatsmänner unseres Jahrhunderts – weder Churchill noch de Gaulle, weder Seipel, Salazar und Adenauer – haben den Schatten Lenins zu bannen vermocht. Im Orkan der Weltrevolution fiel ihnen die Rolle von Kapitänen zu, die sich mit der Führung von Rettungsbooten begnügen müssen, die nur einer begrenzten Zahl Ertrinkender zu helfen vermögen.“

H.-G. von Studnitz, 1970

Die widerspruchsvollen Bemühungen um die Aufwertung und „zeitgemäße“ Aufbereitung des Konservatismus entspringen letztlich der historisch-klassenmäßigen Situation und den ideologischen Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie, und in diesem Ursprung wurzeln ihre Perspektivlosigkeit und ihr Scheitern. Auf sie trifft zu, was Herbert Häber in Betrachtungen zum Zerfall der bürgerlichen Werte äußerte: „In der Tat unterliegen die Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft einem rapiden Schwund an Substanz und an Glaubhaftigkeit, weil sie offensichtlicher denn je in Gegensatz zur Praxis geraten, weil sie dem Kriterium der Praxis unserer Zeit, dem realen Sozialismus, aber auch der zunehmenden Krise des Kapitalismus nicht standzuhalten vermögen.“¹⁷³ Er nannte das Dilemma der bürgerlichen Ideologen: Verteidigung und Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der kapitalistischen Ausbeutung, obwohl sie heute kaum noch offen und direkt betrieben werden können.

Darin liegt auch die Schwierigkeit der konservativen Apologetik. Ihre Wortführer bemühen sich um die Verschleierung der eindeutigen klassenmäßigen Zuordnung: „Adel, Junkertum, Großgrundbesitz und Dynastien spielen heute nur mehr in Illustrierten eine Rolle“, bemerkte G.-K. Kaltenbrunner. Wie Herbert Marcuse unterstellt, seien „nicht mehr die parasitären, sondern die produktiven Klassen der Gesellschaft spontan für eine konservative Haltung aufgeschlossen“.¹⁷⁴ Allerdings ist dem konservativen und dem pseudorevolutionären Ideologen [102] die Ignoranz gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Potenz gemeinsam. Für die konservativen Ideologen schließt es ein, sich möglichst reformerisch zu geben oder gar den Anspruch zu erheben, die eigentlichen Revolutionäre zu sein. „Im unwirtlicher gewordenen Gelände ist auch für die Konservativen ‚Marscherleichterung‘ die Parole. Auch wir müssen Ballast abwerfen. Wir haben von der Lage auszugehen, und die ist nicht rosig. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es zur Vergangenheit, so schön sie gewesen sein mag, kaum mehr Brücken gibt.“¹⁷⁵

Diese Forderungen Mohlers sind durchaus symptomatisch, und mancher Anachronismus oder unerwünschte Erbschaften werden künftig in den Hintergrund gedrängt. Entscheidend und vielfältig belegbar bleibt der ausgeprägte imperialistische Klassencharakter. Er erweist sich vor allem in der objektiven Funktion im Klassenkampf, die in einigen ideologischen Hauptbestandteilen skizziert wurde. Darüber hinaus sei auf die unmittelbaren soziologischen, institutionellen und personellen Verflechtungen der offen konservativen Strömungen mit der Monopolbourgeoisie, ihren Gruppierungen, Verbänden und führenden Vertretern verwiesen. Diese stellen sich zunächst wesentlich dar im Zusammenhang mit Wesen und Rolle der CDU/CSU¹⁷⁶ und selbst mit Erscheinungen der direkten Eingliederung in die politische Front des Rechtskartells, wie es beispielsweise beim Springerkonzern der Fall ist.

Darüber hinaus lassen sich bei allen Verschleierungsversuchen vielfältige direkte Verbindungslinien zwischen den eigentlichen Machthabern und exponierten konservativen Gruppierungen und Periodika nachweisen, wie es episodenhaft am Beispiel der Akteure Abs und Schoeps in der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft sichtbar wurde. Die Deutschland-Stiftung und ihr Organ werden nachweisbar u. a.

¹⁷³ Herbert Häber, Der unübersehbare Zerfall der bürgerlichen Wertvorstellungen, in: Neues Deutschland, Berlin, 1. September 1973.

¹⁷⁴ Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Der schwierige Konservatismus, a. a. O., S. 36.

¹⁷⁵ Armin Mohler, Der Konservative vor der Breschnew-Doktrin, in: Konservativ heute, 5, November/Dezember 1970, S. 18.

¹⁷⁶ Vgl. insofern zum soziologischen Hintergrund des Konservatismus einschlägige Darstellungen zur CDU/CSU, z. B.: Das schwarze Kassenbuch. Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, Köln 1973; Ekkehard Lieberam, Die Finanzierung der Parlamentsparteien in der BRD, in: dokumentation der zeit, Berlin, 7/1971, S. 20 ff.; Friedemann Schuster, Dregger – Ein Kanzler-Kandidat des Großkapitals, Frankfurt a. M. 1971.

direkt gefördert von Unternehmerverbänden, Flick-Konzern, IG Farben-Gruppe, Dresdner Bank und Springerkonzern.¹⁷⁷ Arnold Gehlen ist ein Vertrauensmann der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat ihrer Walter-Raymond-Stiftung an. Mitbegründer und Vorsitzender der Gesellschaft für konservative Publizistik e. V. ist Georg Siegfried Stockburger. Er war von 1938 bis 1969 Industriejournalist in der Glanzstoff AG Wuppertal, deren langjähriger [103] Aufsichtsratsvorsitzender seit 1938 H. J. Abs war. Die von der Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift zählt neben Professoren, Publizisten, Beamten, Lehrern und Politikern auch Angehörige der Monopolbourgeoisie zu ihren Autoren, beispielsweise Dietrich W. von Menges, Vorstand Ferrostahl AG, Vorstand Gute-Hoffnungs-Hütte und Präsident der Industrie- und Handelskammer Essen, sowie Wilhelm Claussen, Abteilungsleiter in der wirtschaftspolitischen Abteilung der I.G. Farbenindustrie und Generalbevollmächtigter der Versicherungswirtschaft.

Die skizzierte erklärt konservative Ideologie der Gegenwart ist tatsächlich nicht mehr vorrangig Sache der Junker, Monarchen und Dynastien. Sie würde ansonsten kein nennenswertes Interesse verdienen. Das beweist jedoch nicht einen Wandel zu einem progressiv-reformerischen, am tatsächlichen Gemeinwohl orientierten Konservatismus. Der Wandel besteht darin, daß die reaktionäre Ideologie heute vor allem Ausdruck der mächtigsten volks- und fortschrittsfeindlichen Kräfte der Gegenwart, der imperialistischen Bourgeoisie ist.

Die sozialdemokratische Parteiführung und die Bundesregierung tolerieren die ideologisch-politischen Aktivitäten zur Neuformierung der Rechtskräfte unter konservativem Vorzeichen. Es bestehen zwar bestimmte Unterschiede und Widersprüche der Interessen, Anschauungen und politisch-taktischen Konzeptionen, die partiell auch zu schärferen polemischen Konfrontationen führen. Rechtssozialdemokratische Politiker und Ideologen charakterisieren die CDU/CSU und weitere Gruppierungen vielfach als konservativ. Das ist jedoch keineswegs ein Ausdruck einer fundierten politisch-wissenschaftlichen Einschätzung und Kritik des tatsächlichen historisch-klassenmäßigen Wesens dieser Kräfte. Infolge des eigenen militanten Antikommunismus mit seinen antidemokratischen Implikationen sowie bürgerliche Grundanschauungen über Demokratie, Konservatismus und Faschismus gibt es keine ernsthafte Frontstellung gegen die Hauptkräfte und die Grundlinie der offenen Reaktion. Das wird durch Verlautbarungen der Brandt-Regierung zu Fragen des Rechtsradikalismus drastisch bestätigt, bei denen nicht nur die Strauß und Springer, sondern selbst Institutionen wie die Deutschland-Stiftung unerwähnt und unangefochten bleiben. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende [104] Helmut Schmidt glorifizierte im Herbst 1972 die weltanschaulich-ideologischen Positionen und den politischen Lebensweg des Großgrundbesitzers, CSU-Politikers und erzkonservativen Gegners aller Demokraten und Sozialisten in der BRD, K. Th. Freiherr von und zu Guttenberg. In entscheidenden Situationen – äußerte Schmidt – würden sozialdemokratische Führer mit einem Mann wie Guttenberg zusammenstehen, mit dem sie „vielfältig verbunden“ waren.¹⁷⁸ Die künftigen ideologisch-politischen Auseinandersetzungen mit konservativen Kräften schließen zwangsläufig solche mit der rechten sozialdemokratischen Führung ein, die den Konservatismus nicht nur fehlerhaft einschätzt, sondern mit seinen historisch-ideologischen Grundvoraussetzungen selbst vielschichtig verbunden ist.

Bestimmte konservative Tendenzen und Elemente finden sich heute in allen Strömungen der bürgerlichen Ideologie. Zugleich wird durch bürgerliche und revisionistische Einflüsse das historisch-klassenmäßige Wesen des Konservatismus verschleiert und der notwendige konsequente Kampf gegen die äußerste Rechte desorientiert und beeinträchtigt. Unter diesen Voraussetzungen ist die Einschätzung aktueller Entwicklungstendenzen der exponierten konservativen Richtungen zunächst vor allem Bedingung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik des Klassenkampfes, deren Spitze dem Imperialismus und insbesondere seinen reaktionärsten Gruppen und Repräsentanten gilt. In dieser Stoßrichtung äußert sich das demokratische Wesen und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, des Sozialismus in der Welt von heute; sie bildet eine wesentliche Grundlage einer erfolgreichen Bündnispolitik. Die Kennzeichnung des volks- und fortschrittsfeindlichen

¹⁷⁷ Weitere aufschlußreiche Fakten finden sich in der unter Fußnote 59 angegebenen Literatur.

¹⁷⁸ Helmut Schmidt, Er war ein Gegner, nicht ein Feind, in: Die Zeit, Hamburg, 13. Oktober 1972.

Wesens auch des vermeintlich modernen Konservatismus schließt die Kritik an jenen Kräften und ihren ideologisch-politischen Positionen ein, die mit der konservativen Rechten paktieren, Gemeinsamkeiten mit ihr pflegen und fördern und den Zusammenschluß der Volkskräfte gegen jeglichen Rechtsextremismus durch eigenen entschiedenen Antikommunismus behindern.

Der imperialistische Anpassungsprozeß basiert auf der Kontinuität und steten Reproduktion des reaktionären Wesens des Imperialismus und dient ihnen. Auf dieser Grundlage bleibt die Möglichkeit terroristischer und barbarischer Machtausübung [105] und Herrschaftsformen gegeben, selbst wenn sie unter bestimmten Bedingungen in den Hintergrund treten. Die historisch und klassenmäßig richtige Erfassung des Rechtsextremismus einschließlich seiner konservativen und neofaschistischen Spielarten ist damit zugleich Bedingung dafür, daß die demokratischen und sozialistischen Kräfte stets auf alle Möglichkeiten, Erfordernisse und Erscheinungsformen im Verlauf des Klassenkampfes vorbereitet sind.

Der Konservatismus ist wie jeglicher Rechtsextremismus Äußerung des epochalen Rückstandes des Kapitalismus und der Perspektivlosigkeit seiner „modischen“ wie seiner „zeitlosen“ Ideologien.

Die einzelnen Abschnitten vorangestellten Textstellen sind wörtlich Veröffentlichungen konservativer Politiker und Ideologen (Monographien, Artikeln, Interviews) entnommen worden.